

CRIMETHINC.

USA: DYSTOPIE UND DISTRUPTION

INTERNATIONALISTISCHE REIHE

IMMERGRÜN

USA
Dystopie und Disruption

Impressum

Creative Commons, 1. Auflage Februar 2026

USA: Dystopie und Disruption
Verlag immergrün
www.verlag-immergruen.de
berlin@verlag-immergruen.de

Covergestaltung: Martina Zaninelli
Satz: elemer
Druck: mcp

ISBN: 978-3-910281-24-0

crimethInc.

USA:
Dystopie und Disruption

IMMERGRÜN

Inhalt

Der Milliardär und die Anarchist*innen 7

Warum bei Biden aufhören? 15

Die Notwendigkeit des Widerstands 23

Vorne ist es sicherer 57

ICE schmelzen, Wasser sein 73

Chicago gegen ICE: »La migra,
la policía, la misma porquería« 85

time is tight. it's time to get ready 97

ICE raus aus Illinois,
ICE raus aus allem 103

Anarchist*innen bei den
No Kings-Demonstrationen 117

Umkehr der Gezeiten 135

Der Milliardär und die Anarchist*innen

Die Entwicklung von Twitter von seinen Anfängen als Tool für Proteste bis zur Übernahme durch Elon Musk

Nachdem Elon Musk Twitter unter seine Kontrolle gebracht hatte, behauptete er, er werde es zu einer ›gemeinsamen digitalen Plaza‹ machen. Aber welche Plaza gehört einem einzelnen Plutokraten? Die Plaza in einer Firmenstadt – oder in einer Monarchie. Was bedeutet das aber für Menschen, die auf Plattformen wie Twitter angewiesen sind, um im digitalen Zeitalter zu kommunizieren und sich zu organisieren?

Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse schlichten

Die Konflikte, die sich während Trumps Präsidentschaft innerhalb der kapitalistischen Klasse abspielten, brachten eine aufstrebende Koalition aus Nationalist*innen und Kapitalist*innen des alten Geldes (wie der Öllobby) gegen die Anhänger*innen des neoliberalen Business auf – stellvertretend durch die die große Mehrheit des Silicon Valley. Ohne diese klasseninternen Konflikte wäre Trumps Bestreben, die Kontrolle über die US-Regierung für seine Art von nationalistischem Autoritarismus zu konsolidieren, vielleicht schon damals erfolgreich gewesen. Graswurzelbewegungen führten den Widerstand gegen Trumps Politik und seine Unterstützung auf der Straße an, aber auch das Silicon Valley ergriff Partei, was darin gipfelte, dass Twitter Trump nach dem verpatzten Putschversuch vom 6. Januar von seiner Plattform ausschloss. Dies unterstrich, was bereits seit Sommer 2020 klar war: Trump hatte in der herrschenden Klasse nicht genug Unterstützung, um sich an der Macht zu halten.

Was wäre, wenn es Trump gelungen wäre, mit einer kritischen Masse von Milliardären aus dem Silicon Valley gemeinsame Sache zu machen? Wären die Dinge dann anders gelaufen? Das ist eine wichtige Frage, denn der dreiseitige Konflikt zwischen Nationalist*innen, Neoliberalen und partizipativen sozialen Bewegungen ist noch nicht vorbei.

Um es in vulgär-dialektischen Worten auszudrücken:

These: Trump strebt die Festigung eines autoritären Nationalismus an
Antithese: es gibt Widerstand der neoliberalen Tycoons im Silicon Valley
Synthese: Elon Musk kauft Twitter

So gesehen ist Musks Übernahme von Twitter nicht nur die Laune eines einzelnen Plutokraten, sondern auch ein Schritt zur Lösung einiger Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse, um eine einheitliche Front gegen die Arbeiter*innen (und alle anderen, die der Gewalt des kapitalistischen Systems ausgesetzt sind) aufzubauen. Welche Veränderungen Musk auch immer einführt, sie werden sicherlich seine Klasseninteressen als reichster Mann der Welt widerspiegeln.

Von allen Social-Media-Giganten – und trotz Trumps berüchtigter Präsenz auf der Plattform – waren die Administrator*innen von Twitter weniger entgegenkommend gegenüber Trumps Agenda, als die von Facebook oder Youtube. Während Mark Zuckerberg sich wiederholt mit Trump und seinen rechtsextremen Anhängern wie Tucker Carlson traf und Facebook und Instagram rechtsextremen Forderungen zur Sperrung von Anarchist*innen und Antifaschist*innen von ihren Plattformen nachgaben, sperrte Twitter Faschist*innen mindestens genauso bereitwillig wie Anarchist*innen und andere Aktivist*innen.

Damals spekulierten wir, dass dies daran liegen könnte, dass Twitter immer noch unter der Leitung einiger der ursprünglichen Gründer*innen stand.

Hier werden wir Twitter von seinen Anfängen als Tool für Aktivist*innen bis zur Übernahme durch Musk zurückverfolgen und so die Geschichte der kapitalistischen Übernahme des Internets im Mikrokosmos skizzieren.

Innovation und Vereinnahmung

Mit dem Kauf von Twitter durch Musk schließt sich ein Kreislauf aus Innovation und Vereinnahmung im Bereich der Kommunikation. Im späten 20. Jahrhundert waren die vorherrschenden politischen und technologischen Modelle monolithisch und einseitig ausgerichtet: wie das Fernsehen und politische Massenparteien. Als Reaktion darauf experimentierten Anarchist*innen und andere Rebell*innen mit unabhängigen Medien und Untergrundnetzwerken und brachten innovative horizontale und dezentrale Modelle wie indymedia.org hervor. Technologiekonzerne haben diese Modelle schließlich als partizipative Medien des Web 2.0, wie Facebook, zu Geld gemacht. Von der Jahrhundertwende bis zum Aufstand von 2020 haben die horizontalen und partizipativen Aspekte des Internets im Allgemeinen und der sozialen Medien im Besonderen diejenigen gestärkt, die mehr Selbstbestimmung anstrebten – wie durch die ›Thank you Facebook‹-Graffitis in Tunesien nach den Aufständen des sogenannten ›Arabischen Frühlings‹ von 2010–2011 sichtbar wurde.

In den letzten zehn Jahren haben Unternehmen und Regierungen jedoch mehr und mehr Online-Überwachung und -Kontrolle eingeführt. Die Übernahme von Twitter durch Musk ist die jüngste Stufe eines reaktionären Vorgehens mit düsteren Folgen.

Musk und seine Kolleg*innen sehen den Kapitalismus als eine Meritokratie, in der die gerissensten und fleißigsten Konkurrent*innen unaufhaltsam an die Spitze gelangen. Daher kommt ganz bestimmt auch ihr eigener Erfolg.

Wenn Musk beweisen möchte, dass sein Erfolg nicht nur auf Privilegien und Glück – auf Fortuna und Vermögen – zurückzuführen ist, könnte er dies natürlich ganz einfach tun, indem er sein Vermögen verschenkt, seine sozialen Bindungen kappt, seinen Namen ändert und seine angeblichen Leistungen ›vom Tellerwäscher zum Millionär‹ ein zweites Mal wiederholt. Wenn es ihm gelänge, die Pyramide ein zweites Mal zu erklimmen, ohne dass er als Weißer im Südafrika der Apartheid-Ära aufgewachsen wäre (die Frage nach den Smaragd-Investitionen seines Vaters lassen wir mal beiseite), müssten wir ihm vielleicht zugestehen, dass der Markt ihn aufgrund seiner persönlichen Qualitäten emporgehoben hat – obwohl das immer noch kein Beweis dafür wäre, dass der Kapitalismus die Bemühungen belohnt, die für die Menschheit am nützlichsten sind.

Nach dem Silicon-Valley-Narrativ sind Plattformen wie Twitter die Erfindungen von Einzelunternehmern, die durch das Finanzkapital kluger Investor*innen ins Leben gerufen wurden.

Aber Twitter ist nicht einfach wie Athena aus dem Kopf des Firmenmitbegründers Jack Dorsey entstanden. Vielmehr war es eine bescheidene Verfeinerung eines Modells, das bereits von TXTmob betrieben wurde. Einem SMS-Programm, dass das Institute for Applied Autonomy für die Proteste gegen die Nationalkongresse der Demokraten und Republikaner im Jahr 2004 entwickelte.[1] Blaine Cook und Evan Henshaw-

1 Wir könnten noch weiter zurückgehen zu den Protesten anlässlich des Gipfeltreffens der Europäischen Union in Göteborg vom 14. bis 16. Juni 2001, bei denen einige Teilnehmer*innen eine ›Kommunikationszentrale‹ organisierten, die ein einfaches Programm zur Massenverteilung von SMS-Nachrichten verwendete. Jede*r konnte den Dienst abonnieren, aber die Infrastruktur war nicht dezentralisiert, was sie angreifbar machte. Die Polizei führte eine Razzia durch und acht Personen verbüßten jeweils ein Jahr oder mehr hinter Gittern. Ähnliche Razzien folgten bei Protesten gegen den Republican National Convention 2008 in St. Paul und den G20-Gipfel in Pittsburgh 2009, bevor die Behörden von dem Versuch Abstand nahmen, diejenigen zu verfolgen, die während der Proteste Informationen an die Öffentlichkeit weitergaben,

Plath, anarchistische Entwickler, die mit Dorsey bei seinem früheren Unternehmen Odeo zusammengearbeitet hatten, halfen bei der Verfeinerung von TXTmob und nahmen das Modell später in die Gespräche mit Dorsey mit, aus denen schließlich Twitter hervorging.[2]

Die Unerbittlichkeit der Dringlichkeit der sozialen Medien im Allgemeinen und von Twitter im Besonderen ist anstrengend, aber erwartbar. Vergessen wir nicht, dass die Infrastruktur von Twitter ursprünglich für die Kommunikation auf der Straße während hochriskanter Massenproteste entwickelt wurde, bei denen Informationen sofort und auf das Wesentliche reduziert verbreitet werden müssen. Es ist kein Zufall, dass die Plattform trotz ihrer Unzulänglichkeiten weiterhin für Straßenaktivist*innen und Konfliktjournalist*innen nützlich ist.

Der Punkt, auf den wir hinauswollen, ist, dass innovative Modelle nicht unbedingt von gewieften Unternehmer*innen entwickelt werden, sondern vielmehr im Zuge kollektiver Bemühungen, eines der Probleme zu lösen, die die kapitalistische Ordnung geschaffen hat, entstehen. Widerstand ist der Motor der Geschichte. Danach nutzen Opportunist*innen wie Musk die übergroße wirtschaftliche Macht, die ihnen ein gewinnorientierter Markt verleiht, um neue Technologien aufzukaufen und sie endgültig gegen diejenigen Bewegungen und Milieus zu wenden, die sie ursprünglich hervorgebracht haben.

Wir können zwei Phasen der kapitalistischen Aneignung des TXTmob-Modells erkennen. In der ersten Phase wur-

---

und stattdessen diejenigen ins Visier nahmen, die versehentlich über soziale Medien zu viele Informationen über sich preisgaben.

2 Einem Bericht von Evan Henshaw-Plath und Harry Halpin zufolge »erhielt Twitter zwar früh positive Berichterstattung von Risikokapitalmagazinen wie TechCrunch und verzeichnete einen Anstieg der Nutzung im Zusammenhang mit dem Erdbeben in San Francisco im August 2006, hatte aber im September 2006 immer noch nur 5.000 Nutzer*innen – genauso viele wie TXTMob.« Der Durchbruch gelang erst auf der SXSW-Konferenz 2007.

de ein Rahmen, der ursprünglich von Freiwilligen für die Nutzung durch gewöhnliche Demonstrant*innen entwickelt wurde, in ein börsennotiertes Unternehmen umgewandelt – etwa zur gleichen Zeit, als die offenen Räume des frühen Internets von den gewinnorientierten Überwachungssystemen des Web 2.0 kolonisiert wurden. In der zweiten Phase wurde dieses börsennotierte Unternehmen in das private Spielzeug eines einzelnen Tycoons umgewandelt – mit noch nicht absehbaren Folgen.

Musk behauptet, dass es sein Ziel ist, die Plattform für das ganze Spektrum der Redefreiheit zu öffnen. In der Praxis jedoch gibt es keine ›freie Meinungsäußerung‹ in reiner Form – jede Entscheidung, die die Bedingungen des Dialogs beeinflussen kann, hat unweigerlich Auswirkungen darauf, wer teilnehmen kann, wer gehört werden kann und was gesagt werden darf. Bei allem, was mensch gegen sie sagen kann, haben die früheren Moderator*innen von Twitter die Plattform nicht daran gehindert, Basisbewegungen zu dienen. Es bleibt abzuwarten, ob Musk absichtlich Aktivist*innen und Organisator*innen ins Visier nimmt oder einfach nur Reaktionären erlaubt, dies auf Crowdsourcing-Basis zu tun. Aber es wäre äußerst naiv, ihm zu glauben, dass es sein Ziel ist, Twitter offener zu machen.

Der Milliardär gegen die Anarchist*innen

Nehmen wir einmal an, dass du der Meinung bist, dass Elon Musk nicht mehr Macht über die Vorgänge auf Twitter haben sollte, als die rund 238 Millionen Menschen, die es heute nutzen. Stell dir für dieses Gedankenexperiment vor, dass du glaubst, dass niemand eine so unverhältnismäßige Macht über das Mittel haben sollte, mit dem Menschen miteinander kommunizieren. Mit anderen Worten: Stell dir vor, du bist ein*e Anarchist*in.

Was kannst du tun, um sicherzustellen, dass die Technologien, die uns verbinden, von den Menschen selbst kontrolliert werden? Kannst du neue Plattformen einrichten, die direkt auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren, die sie nutzen? Und was noch wichtiger ist: Kannst du diese Plattformen populär machen und die Nutzer*innen von den geschlossenen Spielwiesen der sozialen Medien der Konzerne weglocken? Kannst du Menschen in anderer Form zusammenbringen, in Räumen, die nicht von Milliardären gekauft und kontrolliert werden können?

Die Übernahme von Twitter durch Musk versetzt uns praktisch in die 1980er Jahre zurück, als die wichtigsten Kommunikationsmedien vollständig von großen Unternehmen kontrolliert wurden. Der Unterschied ist, dass die heutigen Technologien eher partizipatorisch als einseitig sind: Anstatt einfach nur Nachrichtensprecher*innen und Prominente zu sehen, sehen wir Darstellungen voneinander, die von den Betreiber*innen der Plattformen sorgfältig kuratiert werden. Das macht den Anspruch der sozialen Medien, die Wünsche der Gesellschaft als Ganzes zu repräsentieren, heimtückischer und überzeugender, als es die Spektakel des Fernsehens je sein könnten.

Twitter selbst ist wahrscheinlich ein hoffnungsloser Fall, aber wir sollten nicht vorschnell ein Gebiet aufgeben, in dem wir kommunizieren und uns gegen unsere Unterdrücker*innen organisieren können. In einer global vernetzten Welt werden unsere Gegner*innen in Regierungen, Unternehmen und reaktionären Bewegungen weiterhin die Vorteile der digitalen Technologie nutzen, um schnell und koordiniert zu handeln. Wir können es uns nicht leisten, nicht ebenso zu handeln, auch wenn wir auf lange Sicht nach viel reichhaltigeren Formen der Verbindung suchen als alles, was die digitale Technologie bieten kann.

Du gegen die Milliardäre. Sie verfügen über den ganzen Reichtum und die Macht des größten Imperiums in der

Menschheitsgeschichte. Alles, was du hast, ist dein eigener Einfallsreichtum, die Solidarität deiner Gefährt*innen und die Verzweiflung von Millionen wie dir. Die Milliardäre haben Erfolg, indem sie die Macht auf Kosten aller anderen in ihren eigenen Händen konzentrieren. Damit du Erfolg hast, musst du Wege aufzeigen, wie jede*r mächtiger werden kann. In diesem Wettbewerb stehen sich zwei Prinzipien gegenüber: auf der einen Seite die individuelle Verherrlichung auf Kosten aller Lebewesen, auf der anderen Seite das Potenzial des Einzelnen, die Selbstbestimmung aller Menschen und aller Lebewesen zu erhöhen.

Die gute Nachricht ist, dass ihre Erzählung darüber, woher Innovation kommt, eine Lüge ist. Anarchist*innen hatten mehr mit den Ursprüngen von Twitter zu tun als Plutokraten wie Musk. Wir können neue Plattformen schaffen, neue Ausgangspunkte für Verbindungen, neue Strategien, um die Welt zu verändern. Wir müssen es sogar tun.

erstveröffentlicht am 28.10.2022

Warum bei Biden aufhören?
Man kann nicht in der Mitte stehen bleiben

Anderthalb Wochen, nachdem wir diesen Text veröffentlicht haben, haben die Demokraten Joe Biden endlich dazu gezwungen, sich aus dem Rennen um die Präsidentschaft 2024 zurückzuziehen. Aber unser Argument hat ungeachtet dessen Bestand – nicht nur, weil es fast einen Monat dauerte, bis Biden sich zurückzog, und nicht nur, weil er die Fackel einfach an Kamala Harris weiterreichte, die dieselbe Politik und dieselbe verknöcherte Bürokratie vertritt, sondern weil alle Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, mit ihr genauso unlösbar sind wie vor Bidens Ausstieg. Eine echte Lösung würde nichts daran ändern, wer der*die demokratische Präsidentschaftskandidat*in ist – sie würde ihn*sie irrelevant machen.

Es würde wie eine plumpe Metapher wirken, wenn es nicht unsere tatsächliche Realität wäre. Ein tattriger Patriarch – der ein zusammenbrechendes politisches Projekt der Mitte repräsentiert – weigert sich, zur Seite zu treten, selbst als klar wird, dass er von einem aufstrebenden Autokraten besiegt werden wird. So sehen die globalen Aussichten für die Demokratie heute aus.

Es ist nicht ein einzelner Politiker, der senil geworden ist, sondern ein ganzes politisches System.

Als wir 2018 die Politik der Mitte als einen Wettlauf nach unten bezeichneten, der ihre Anhänger*innen dazu verdammte, für das ›zweitschlimmste aller möglichen Übel‹ einzutreten, erschien das wie eine Übertreibung. Jetzt räumen selbst die treuesten Journalist*innen der Mitte ein, dass dies tatsächlich der Fall war.

Eine sklerotische Machtstruktur hat sozialen Wandel unmöglich gemacht und die Katastrophe unausweichlich werden lassen. Indem sie unerträgliche Ungleichheiten in Bezug

auf Reichtum und Macht durchgesetzt und gleichzeitig jede Reaktion der Basisbewegungen unterdrückt haben, haben die Zentrist*innen eine Situation geschaffen, in der sich Faschist*innen als die einzige Alternative ausgeben können.

Erinnert euch, dass es demokratische Politiker*innen unter Obama waren, die die Räumung der Occupy-Camps in den Vereinigten Staaten koordinierten, um zu verhindern, dass der Antikapitalismus an Boden gewinnt. Es waren die Demokraten, die nach den Morden an George Floyd und Breonna Taylor die Mittel für die Polizei in Minneapolis, New York und anderswo im Land erhöht haben, obwohl Millionen Menschen die Abschaffung der Polizei forderten. Es waren größtenteils Demokraten, die die Camps räumten, die Studierende an der Columbia und anderen Universitäten in Solidarität mit den Palästinenser*innen errichtet hatten.

2016 und auch 2020 hat die Maschinerie der Demokratischen Partei Bernie Sanders zugunsten von Hillary Clinton und Joe Biden beiseite gedrängt. Eine Sanders-Regierung wäre sicherlich genauso enttäuschend gewesen, wie es die linken Regierungen in Spanien und Griechenland waren, aber der Punkt ist, dass die Maschinerie der Demokratischen Partei systematisch jede Alternative unterdrückt und damit letztlich zu ihrem eigenen Untergang beigetragen hat. Donald Trump hat absichtlich Bernie Sanders kopiert, um seine verlogene Rhetorik über ›Eliten‹ und ›Globalismus‹ zu formulieren. Seit einem Jahrzehnt haben die Rechtsextremen auf der ganzen Welt ihre Erfolge dadurch errungen, dass sie vorgaben, Rebell*innen gegen genau die Elite zu sein, die sie vertreten.

Gleichzeitig haben sich die Regierungen der Mitte darauf konzentriert, die Bewegungen zu unterdrücken, die die erste Verteidigungslinie gegen eine faschistische Machtübernahme bilden würden, und gleichzeitig die Institutionen zu stärken, die die Faschist*innen zur Durchsetzung ihrer Herrschaft nutzen werden.

Jahrelang hat das gesamte demokratische Establishment Biden unterstützt, obwohl er die Militarisierung der Polizei-

behörden vorantrieb, Trumps Grenzpolitik kopierte und den Genozid in Palästina anführte. Die Frage nach Bidens Alter sollte nebensächlich sein – ein Politiker wie er ist am gefährlichsten, wenn er gesund und munter ist. Seine Anhänger*innen haben immer argumentiert, dass wenn Biden all diese Dinge nicht tun würde, Trump derjenige wäre, der sie tut. Jegliche Kritik an Biden wurde zugunsten dessen zurückgewiesen, was seine Anhänger*innen für einen knallharten Pragmatismus hielten.

Plötzlich, mitten in Bidens Debatte mit Trump am 27. Juni, wurde unausweichlich klar, dass sie mit ihrem Pragmatismus die Wahl 2024 verlieren würden – ihr einziges Alibi für all die Gräueltaten, die sie bis zu diesem Zeitpunkt gebilligt haben. Doch obwohl ein Chor von Expert*innen sofort lauthals forderte, Biden zu ersetzen, stand die große Mehrheit der demokratischen Politiker*innen weiterhin geschlossen hinter dem Präsidenten. Und er bestand weiterhin darauf, dass er es verdiente, bis in seine späten Achtziger an der Macht zu bleiben. Wie Michail Bakunin schon vor anderthalb Jahrhunderten feststellte, tun das alle Staatsoberhäupter, egal wie die Umstände sind.

Wie können die Demokraten munter daran gehen, eine Wahl zu verlieren, von der sie lautstark behauptet haben, dass es die letzte demokratische Wahl in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein könnte? Die Parteimaschinerie muss so sehr von kleinkariertem Ehrgeiz, Seilschaften und Klientismus durchdrungen sein, dass sie ihren Kurs um keinen Preis ändern kann. Nachdem sie das verraten hat, was in der Demokratischen Partei als ›links‹ galt, verrät sie jetzt die Mitte – die Gruppe, der sie angeblich dienen soll. Wenn dein Ziel aber darin besteht, den Menschen Ungleichheit und Unterdrückung aufzuzwingen, wird dir der Faschismus als effizienterer Kandidat erscheinen als die Demokratie.

Ja, es ist schmerzhaft mit anzusehen, es ist peinlich für alle Beteiligten und die Auswirkungen auf die Zukunft sind



»Nichts ist für die private Moral des Menschen gefährlicher als die Gewohnheit zu befehlen. Selbst der beste Mensch, der intelligenteste, uneigennützigste, großzügigste und reinste, wird durch dieses Handwerk unfehlbar und immer verdorben werden.«
– Michail Bakunin

erschreckend. Aber es sollte uns auch interessieren, dass die Demokratie, die lange Zeit als das politische Äquivalent des freien Marktes angepriesen wurde – welcher angeblich das effizienteste Modell für die Lösung menschlicher Bedürfnisse darstellt – uns an diesen Punkt gebracht hat. Diese Situation sollte alle innehalten lassen, die Wahlstrategien mit dem Argument des Pragmatismus verteidigt haben.

Die Argumente, die viele Demokrat*innen vorbringen, um Biden jetzt zu ersetzen – entgegen dem Parteiprotokoll, da seine Nominierung durch die Vorwahlen endgültig beschlossen war – haben Auswirkungen, die sie nicht zu Ende denken. Wenn sie bereit sind, ihren ordnungsgemäß ernannten Kandidaten aus dem Rennen zu werfen, warum sollten sie dann damit aufhören? Warum nicht auch den Parteiapparat und die Parteipolitik an sich wegwerfen? Wenn sie zugeben, dass sie bis jetzt in einem Narrenparadies gelebt haben, sollten sie

das gesamte politische System in Frage stellen, das dieses Fiasko ermöglicht hat.

Das Problem ist nicht, dass ein einzelner älterer Mann das Steuerrad in der Hand hält und sich weigert, es loszulassen. Es ist auch nicht so, dass ein bestimmter Kader innerhalb der Demokratischen Partei die Kontrolle an sich gerissen hätte. Das Problem ist größer als die loyalen Funktionär*innen, die bis vor zwei Wochen bereit waren, alles mitzumachen, was die Führung der Demokraten beschloss. Es ist größer als die gesamte Demokratische Partei. Es betrifft alle Wähler*innen, die gehofft haben, dass es ausreicht alle ein oder zwei Jahre ihre Stimme abzugeben und auf das Beste zu hoffen. Es betrifft zudem all jene, die nach einer Führungspersönlichkeit suchen, die die Probleme der Welt in unserem Namen löst.

Das Problem mit Bidens altersschwachem, aber scheinbar unnachgiebigem Griff nach der Macht ist dasselbe Problem, welches uns daran hindert, die Ursachen der Hitzewellen und Hurrikans zu bekämpfen, die Nordamerika gerade heimsuchen. Es ist dasselbe Problem, das uns daran hindert, die Katastrophen anzugehen, die der Kapitalismus und der Kolonialismus angerichtet haben. Letztlich ist es das Problem mit dem Staat, mit der Hierarchie selbst.

Bidens Weigerung, zur Seite zu treten, ist ein Mikrokosmos für eine ganze Zivilisation, die sich in einer Sackgasse befindet. Wir alle wissen, dass der industrielle Kapitalismus den Klimawandel, das Massensterben und den ökologischen Kollaps beschleunigt, aber wir delegieren unsere Verantwortung weiterhin an Vertreter*innen, die den Konzernen unterstehen und sich einen Dreck um uns scheren. Wir wissen, dass wir nicht sicher sind, wenn wir unsere Zukunft einer herrschenden Klasse anvertrauen, die aus einigen der eigennützigsten Menschen auf diesem Planeten besteht, aber wir wählen sie weiter, arbeiten für sie und kaufen ihre Waren. Wir wissen, dass es nicht gut für uns ist, den Kopf in den Sand zu stecken, aber wir haben Angst vor der Aussicht, uns selbst als diejeni-

gen zu erkennen, die durch ihr eigenes Handeln Veränderungen herbeiführen müssen.

All dies sind Strategien, die zum Scheitern verurteilt sind, die uns als Pragmatismus verkauft wurden – als die einzig mögliche Option. Jetzt befinden wir uns in der Spätphase des Katastrophenkapitalismus, in der Kriege, Wirtschaftskrisen und Umweltkatastrophen Millionen von Menschen auf der ganzen Welt vertreiben – und es ist nicht mehr möglich, die Konsequenzen dieses Ansatzes zu verleugnen, genauso wenig wie es möglich ist, Bidens Alter und seine geringen Aussichten, Trump zu schlagen, zu leugnen.

Also hör nicht damit auf, dich Biden zu entledigen. Sie müssen alle gehen. Entweder wir fühlen uns verpflichtet, das Protokoll und die Autorität derjenigen, die das Protokoll an die Macht bringen, zu respektieren – seien es aufstrebende Autokraten oder senile Artischocken. Oder unsere Freiheit und unser Wohlergehen sind wichtiger als alle Regeln – in diesem Fall könnten wir viel mehr tun, als Biden durch eine*n andere*n rechenschaftslose*n Politiker*in zu ersetzen.

Die demokratische Politik ist Teil des Weges, der uns uns hierher geführt hat. Wenn die Demokratie so zerbrechlich ist, dass sie als Folge einer einzigen Wahl abgeschafft werden kann, dann heißt das, dass sie bereits bankrott war – sie war nie ein Mittel, um die Selbstbestimmung zu sichern und zu verteidigen, die allen zusteht. Wir brauchen etwas Ehrgeizigeres. Etwas, das in der Lage ist, dem Faschismus die Stirn zu bieten und jede*n andere*n zu verdrängen, der*die versucht, die Macht zu übernehmen. Wir brauchen eine gemeinsame Werte, Organisationsprinzipien und Strategien, die uns in dem Albtraum, der uns zweifellos bevorsteht, Orientierung geben könnten.

Es ist immer noch möglich, dass die Führung der Demokratischen Partei sich zusammenreißt und ihren Kurs ändert. Doch selbst wenn sie das tut, zeigt die Tatsache, dass es so lange gedauert hat, wie gefährlich es ist, sich auf sie – oder

auf andere Politiker*innen – zu verlassen. Ein öffentliches Verfahren zur Auswahl eine*r Nachfolgekandidat*in für Biden – wie es einige der klügeren Demokraten vorgeschlagen haben – könnte der Partei neuen Schwung verleihen und einige derjenigen, die sich entfremdet haben, zurückholen. Aber auch das wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein, auch wenn es dafür sorgen würde, dass sich so etwas wiederholen wird. Jedoch wird das Umstellen der Stühle auf der Titanic ihren Untergang nicht aufhalten, auch nicht, wenn sich mehr Passagiere daran beteiligen. Bevor es zu einem regelrechten Faschismus oder zu einer Erneuerung des kosmetischen Reformismus kommt, müssen wir dies als eine Chance begreifen, als einen lehrreichen Moment.

Unabhängig davon, was die Demokraten in den nächsten vier Monaten tun, ist es gut möglich, dass Donald Trump die Wahl gewinnt. Dann werden all die Institutionen, auf deren Schutz sich die Anhänger*innen der Mitte verlassen haben – die Wahlen, das Gerichtssystem, die Polizei, die Neigung der Bürger*innen, das Gesetz zu befolgen und die Behörden zu respektieren – zu Waffen in den Händen ihrer Feind*innen. Natürlich erleben viele von uns diese Institutionen bereits jetzt als unsere Feind*innen. Bidens Unterstützer*innen werden sich fragen müssen, ob sie bereit sind, mit uns gegen sie zu kämpfen, oder ob sie den Faschismus der Freiheit vorziehen.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat es sich als einfacher erwiesen, Polizeistationen niederzubrennen und Regierungen zu stürzen, als bescheidene Reformen zu erreichen. Das sollte lehrreich sein. Wenn es Hoffnung auf einen echten Wandel gibt, dann nicht durch Pragmatismus oder durch das Bemühen um schrittweise Verbesserungen zu kämpfen. Mit den Worten von Heraklit: »Der bekannte Weg ist eine Sackgasse«.

Als Trump 2016 an die Macht kam, machte sich eine relativ kleine Zahl von Anarchist*innen sofort daran, die Art von Taktik zu demonstrieren, mit der Basisbewegungen dezentralen Widerstand leisten können. Was am ersten Tag der Trump-

Administration mit ein paar hundert Menschen begann, wurde bis Mai 2020 zu einer Bewegung von Millionen. Auf dem Weg in eine weitere turbulente Zeit sollten wir darüber nachdenken, wie unsere strategischen Vorschläge heute aussehen und wie sie die Millionen von Menschen ansprechen und ermächtigen können, die bald gezwungen sein werden, Lösungen außerhalb der Wahlpolitik zu suchen, ob sie wollen oder nicht.

Die Zentrist*innen verdienen es nicht, an der Macht zu bleiben – und wir verdienen es nicht, im Faschismus zu leben. Es liegt an uns, einen anderen Weg einzuschlagen.

erstveröffentlicht am 11.07.2024

Die Notwendigkeit des Widerstands

Wogegen wir kämpfen – und wie der Kampf aussehen könnte

In der folgenden Analyse untersuchen wir, was wir von Donald Trumps zweiter Amtszeit befürchten und wie wir uns darauf vorbereiten können. Wenn du nur Zeit hast, einen Teil zu lesen, lies die Vorschläge, was wir tun können, um Widerstand zu leisten.

Es ist verständlich, dass sich viele Menschen von der Aussicht auf eine zweite Ära Trump erschöpft fühlen. Es ist nur allzu verständlich, wenn mensch abschalten und sich abkapseln möchte. Was können wir denn überhaupt tun?

Wir wüssten nicht, wie die erste Trump-Ära verlaufen wäre, wenn sich nicht Millionen Menschen in verschiedenen Formen des Widerstands engagiert hätten. So schwierig es auch war, es hätte viel schlimmer sein können. Wir haben zwar nicht den Kapitalismus gestürzt oder die Polizei abgeschafft – aber wir haben die Faschisten daran gehindert, die Straßen zu übernehmen, und wir haben Trump und seine Anhänger*innen daran gehindert, einen großen Teil ihrer Agenda durchzusetzen. Jede*r, der*die dir etwas anderes erzählt, redet unsere kollektive Macht klein.

Solange wir uns auf unsere eigene Kraft verließen, wurden wir immer handlungsfähiger. Unsere Proteste haben andere zum Handeln bewegt und gezeigt, was auf dem Spiel stand und wo das Regime verwundbar war. Unsere Aktionen prägten das öffentliche Narrativ und wirkten Trumps Bemühungen entgegen, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Die daraus resultierenden Unruhen vermittelten der Kapitalist*in-

nenklasse den Eindruck, dass Trumps Herrschaft schlecht für die Wirtschaft war, und schwächten so ihre Unterstützung für ihn. Erst nachdem wir Trump scheinbar von der Bühne der Geschichte vertrieben hatten, ließen wir unsere Wachsamkeit fallen, ließen unsere sozialen Bewegungen schwinden und schufen eine Situation, in der die Demokratische Partei wieder an die Macht kommen konnte.

Die Lektion ist klar. Wir werden nur das bekommen, was wir durch unsere Kämpfe gewinnen. Die Ära Trump war keine historische Anomalie. Sie liegt nicht hinter uns. Wir befinden uns immer noch in ihr und können sie nur überstehen, wenn wir kämpfen.

Jetzt ist es wieder soweit: Die Demokratische Partei übergibt Donald Trump die Schlüssel zum Königreich, einschließlich der modernsten Mittel der Unterdrückung in der Geschichte der Menschheit. Die Macht von unten, die im Aufstand von 2020 zum Ausdruck kam, – und das Einzige ist, was stark genug war, um diesen aufstrebenden Diktator zu stoppen – hat sich zerstreut, untergraben von denselben Demokrat*innen, die behaupteten, sie wüssten am besten, wie mensch Trump besiegen kann.

Dies ist ein entscheidender Moment, und jede*r, der oder die nicht zynisch distanziert ist, schlägt Alarm. Diejenigen von uns, die die Notwendigkeit des Kampfes erkennen, sollten sich zusammenfinden, die Stärken und Schwächen aller beteiligten Parteien erkennen, sich die Lektionen der letzten acht Jahre ins Gedächtnis rufen und eine Strategie entwickeln.

Das Gleichgewicht der Kräfte

In mancherlei Hinsicht sind wir heute in einer schlechteren Lage als 2017. Die Wahl Trumps im Jahr 2016 war ein Schock für alle und löste eine sofortige Massenreaktion aus; damals waren die Besetzung von Standing Rock und die Aufstände gegen Polizeigewalt in Ferguson und Baltimore noch frisch

in den Köpfen von Millionen Menschen. Diesmal fühlt sich der Aufstand von 2020 wie eine ferne Erinnerung an, obwohl er exponentiell größer war als die genannten früheren Bewegungen. Die Student*innenbewegung im letzten Frühjahr, die sich mit Palästina solidarisierte, war inspirierend, aber sie ging kaum über die Universitäten hinaus, und konnte so die Repression und die Sommerpause der Unis nicht überstehen.

Nichtsdestotrotz teilen Millionen von uns die Erfahrung, am größten Massenaufstand in den USA seit mindestens einem halben Jahrhundert teilgenommen zu haben. Diese Erinnerungen sind unter den späteren Sedimentschichten der Geschichte begraben, aber sie sind nicht völlig unzugänglich.

Zum ersten Mal hat Trump die Mehrheit der Stimmen gewonnen und konnte bei einigen BIPoC-Wähler*innen Zugewinne verzeichnen. Ein größerer Teil der Bevölkerung ist bereit, für offenen Faschismus zu stimmen als zuvor, wohl wissend, was sie dieses Mal tun. Obwohl die faschistischen Aktivitäten an der Basis nach dem gescheiterten Putsch vom 6. Januar 2021 zurückgegangen sind, sind Neonazis wieder auf den Straßen zu sehen. Wenn Trump die Personen begnadigt, die wegen des 6. Januars im Gefängnis sitzen, werden rechtsextreme Organisationen, wie die Proud Boys, wahrscheinlich wieder mit voller Kraft auf die Straße gehen.

Nach acht Jahren voller Skandale und Notfälle sind alle desensibilisiert und demoralisiert. Sowohl institutionelle als auch einfache Demokrat*innen scheinen bereit zu sein, sich Trump zu beugen und ihn gewähren zu lassen. Wie schon 2017 werden die Republikaner*innen das Weiße Haus, das Repräsentant*innenhaus und den Senat kontrollieren; wieder einmal üben sie eine große institutionelle Macht aus, während sie vorgeben, ›Rebellen‹ gegen eben jenen Staat zu sein, den sie kontrollieren. Dieses Mal ist Trump jedoch bereit, seine Agenda noch viel weiter voranzutreiben. Als Neuling in der Republikanischen Partei war er 2017 gezwungen, seine Regierung mit Neocons und anderen traditionellen Republikanern



Der Faschismus, den sie wollen.

zu besetzen. Jetzt stehen die Republikaner*innen geschlossen hinter ihm, und er bereitet sich darauf vor, die gesamte Bundesregierung und die oberen Ränge des Militärs zu entmachten und dafür eine Bande von Loyalisten einzusetzen.

Doch dies könnte neue Angriffsflächen gegen ihn schaffen. Die Beförderung von Kriechern in Machtpositionen auf der Grundlage von Loyalität und nicht von Fachwissen führt nicht unbedingt zu einer effektiven Regierung. Je mehr sich Trump und seine Gefolgsleute ermutigt fühlen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Widerstand provozieren. Wenn er versucht, ein Kabinett voller Vergewaltiger, Verschwörungsideologen und Fox-News-Moderatoren zu ernennen, wird er selbst die liberalsten Liberalen dazu zwingen, die Regierung der Vereinigten Staaten zumindest vorübergehend nicht mehr als legitim anzusehen. Wenn er Tausende von Menschen aus der Regierung und dem Militär entlässt und gleichzeitig einen offenen Krieg gegen einige der verzweifeltsten Sektoren der Gesellschaft führt, könnte er an mehreren Fronten Widerstand hervorrufen.

Wie populär ist Trump?

Donald Trump ist 2024 nicht wesentlich beliebter als 2020 und er repräsentiert auch nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Er hat zwar ein paar Millionen Stimmen mehr erhalten als 2020, trotzdem hat er 2024 immer noch deutlich weniger Stimmen erhalten als Joe Biden im Jahr 2020, obwohl die Bevölkerung der USA seitdem um mehrere Millionen gewachsen ist. Und erinnert euch: Biden war 2020 nicht wirklich beliebt, wie sich später herausstellte.

Trump hat also nicht wirklich an Popularität gewonnen. Die Demokratische Partei hat an Popularität verloren, das ist alles.

Das ist nicht überraschend. Die Demokrat*innen haben versucht, die Partei des Kompromisses zwischen unauflösbaren Gegensätzen zu sein. Sie haben versucht, einen Kompromiss zwischen dem Kapitalismus und der Arbeiter*innenklasse, zwischen der Polizei und den Communities (die Polizeigewalt erfahren), zwischen Genozid und Frieden zu finden.[1] Kein Wunder, dass sie gescheitert sind. Eigentlich ist es erstaunlich, wie gut sie abgeschnitten haben, wenn mensch bedenkt, dass sie auf der Plattform ›Demokratie‹ kandidierten, ohne den Wähler*innen auch nur eine Vorabwahl anzubieten, in der sie eine*n Kandidat*in wählen konnten. Weltweit schnitten regierende Parteien bei Wahlen 2024 noch schlechter ab.

Aber das bedeutet nicht, dass die Menschen die Demokrat*innen mögen. Es bedeutet nur, dass die Menschen Donald Trump hassen.

1 Genauso wie die Demokraten bereitwillig das ›internationale regelbasierte System‹, das sie angeblich vertreten, untergraben haben, um den Völkermord in Palästina zuzulassen, ist es nicht überraschend, dass sie bereit sind, die demokratische Ordnung im Namen des Schutzes der demokratischen Ordnung den Faschist*innen zu opfern. Trotz Trumps ständiger Kritik an den Vereinten Nationen hat die bedingungslose Unterstützung der Demokratischen Partei für den von der israelischen Regierung verübten Völkermord mehr zur Untergrabung der UNO als politische Kraft beigetragen als alles, was Trump getan hatte.

Wenn einige Demokrat*innen als Reaktion auf diese Wahl unbedingt die Republikaner*innen noch weiter nach rechts drängen wollen, zeigt dies nur, wie sehr sie die Situation immer noch falsch einschätzen. Ihr Versuch, die Mitte zu umwerben, indem sie sich bei den Neokonservativen einschmeicheln, hat es nicht geschafft, eine tragfähige Mehrheit aufzubauen. Das liegt daran, dass der Status quo unpopulär ist. Die Menschen, die Trump zum Sieg verholfen haben, haben größtenteils Proteststimmen gegen die herrschende Ordnung abgegeben. Wie wir im letzten Juli vorausgesagt haben, kann sich die Mitte nicht halten.

Die Wahl 2024 bedeutet das Ende des technokratischen neoliberalen Konsenses, der die Welt von den 1970er bis zu den 2010er Jahren beherrschte. Trumps Popularität ist kein einzigartiges Phänomen. Überall auf der Welt nehmen rechtspopulistische Bewegungen zu und autoritäre Führer*innen gewinnen an politischer Legitimität. Jahrzehntelang haben Liberale und Konservative zusammengearbeitet, um Basisbewegungen zu unterdrücken, die die vom neoliberalen Kapitalismus geschaffenen Probleme angehen wollten; dadurch entstand ein Vakuum, welches die Rechten schließlich gefüllt haben. In dieser Hinsicht haben die Demokrat*innen dem Nationalismus und Faschismus den Weg geebnet, um den Neoliberalismus abzulösen. Vermutlich gehen sie davon aus, dass diese ihre Privilegien weniger bedrohen werden als das Ende des Kapitalismus es tun würde.

Vielleicht erklärt das, wie die Demokratische Partei Jahre damit verbringen konnte, Trump als Faschisten zu beschimpfen, um dann sofort eine ›friedliche Machtübergabe‹ zu arrangieren. Die institutionellen Demokrat*innen stecken den Kopf in den Sand und hoffen, dass die demokratischen Institutionen die nächsten vier Jahre überleben, wenn sie diesen nur treu ergeben sind – auch wenn diese Ergebenheit einseitig ist. Aber wenn mensch bedenkt, wie dramatisch sich das Spielfeld in den letzten acht Jahren verschoben hat, gibt es



Die Demokraten haben nicht die Absicht, sich für diejenigen einzusetzen, die Donald Trump angreifen will. Sie sind die wissenden Komplizen des Faschismus.

keinen Grund zu glauben, dass diese Institutionen intakt bleiben werden, es sei denn, die herrschende Klasse braucht sie als Verhandlungsmasse.

Das alles sind keine guten Nachrichten. Diejenigen, die von den Demokrat*innen enttäuscht sind, werden nicht unbedingt den Weg zu den Befreiungsbewegungen finden. Sie könnten weiter nach rechts abdriften, sich autoritären linken Strukturen zuwenden oder sich ganz in die Apathie zurückziehen. Aber es gibt auch hier Möglichkeiten.

Milliardäre und Superschurken

Es ist erstaunlich, dass Trump seine Wählerbasis nicht noch mehr vergrößern konnte, wenn mensch bedenkt, dass der reichste Mann der Welt ihn unterstützt hat, indem er 44 Milliarden Dollar ausgab, um die wichtigste politische Diskus-

sionsplattform der Welt zu kaufen, und deutlich mehr als 250 Millionen für private Wahlwerbung ausgab – einschließlich der Bemühungen, Wähler*innen aus der Arbeiter*innenklasse zu bestechen, indem er täglich einen Millionengewinner im Wahl-Lotto auswählte.

Echtes Superschurkenzeug.

Elon Musk und Donald Trump geben beide vor, dass sie sich aus einem Gefühl der Bürgerpflicht heraus zur Politik hingezogen fühlen; in Wirklichkeit vergrößern beide einfach nur ihre Unternehmen, indem sie den Handel mit staatlicher Macht ausbauen.[2] Am Tag nach der Wahl stieg Musks Nettovermögen durch einen Anstieg der Aktienkurse um 26,5 Milliarden Dollar – der größte Anstieg in der Geschichte. Während die Demokrat*innen immer noch versuchen, den neoliberalen Kapitalismus in seiner ursprünglichen Form zu bewahren, stehen die Republikaner*innen für eine neue Verschmelzung von populistischem Nationalismus und Oligarchie, die darauf abzielt, den Profit direkt über den Staat abzuschöpfen und die Wut der Armen zu kanalisieren, um die noch Ärmeren zu Sündenböcken zu machen.

Trump und Musk können sich nur deshalb als selbstlose Wohltäter ausgeben, weil die Ressourcen so ungleich verteilt sind, dass ein paar Milliardäre den Ausgang einer Wahl bestimmen können. Es sind dieselben Leute, die die Lieferketten, die Kommunikations- und Nachrichtenplattformen und die aufkommenden Bereiche der künstlichen Intelligenz, der Neurotechnologie und der Raumfahrt kontrollieren. Das ist

2 Elon Musk wurde zum reichsten Mann der Welt, auch weil die US-Regierung Milliarden von Steuergeldern in Form von Regierungsdarlehen, Verträgen, Steuergutschriften und Subventionen in Tesla investiert hat. Er weiß, dass derjenige, der Washington, D.C., kontrolliert, bestimmt, wer auf dem Markt ein Vermögen verdienen kann.

der Faschismus des 21. Jahrhunderts, in dem Autokratie und Technokratie miteinander verschmelzen und sich überschneidende Kontrollmatrizen schaffen, die auf jeder Ebene funktionieren, von der intrazellulären bis zur interplanetaren.[3]

Was auch immer sie der weißen Arbeiter*innenklasse versprechen, ihre eigentliche Priorität ist es, sich selbst zu bereichern. Mensch kann nicht einen gigantischen Vermögenstransfer in die Kassen von Milliardären durchführen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Probleme der einfachen Amerikaner*innen lösen. Trump hat es immer geschafft, die Missstände in der Bevölkerung auszunutzen, indem er arme Menschen dazu gebracht hat, sich mit ihm als Symbol des Erfolgs zu identifizieren, indem er ihnen den Nervenkitzel verschafft hat, das Siegerteam anzufeuern, während er ihre Taschen in seine eigenen leert. Aber das wird die Menschen nicht ewig besänftigen.

Angeblich will Donald Trump mit der Regierung der Vereinigten Staaten das machen, was Elon Musk mit Twitter gemacht hat: Sie in Beschlag nehmen, alle feuern, die nicht loyal zu ihm sind, und sie in ein Vehikel für Profitmacherei und die Verbreitung von Faschismus verwandeln. Als Musk Twitter übernahm, erschienen zahlreiche Artikel, in denen behauptet wurde, dass er Twitter in den Ruin treiben würde und

3 Wie unsere russischen Gefährt*innen in ihrer Antwort auf diese Analyse betont haben: »Die Russische Föderation im Jahr 2024 ist das, was das Amerika von Donald Trump eines Tages werden könnte, wenn es sich weiterhin in die gleiche politische Richtung bewegt. [Wladimir] Putin und [die Oligarchen Igor] Setschin und [Sergej] Tschemesow sind Trump und Elon Musk in Reinform. In Russland ist dieser Prozess bereits abgeschlossen oder steht kurz davor: Der Staat wird zu 100 % von einem Konglomerat riesiger Monopole kontrolliert, die mit dem Sicherheitsapparat verschmolzen sind und unter dem Vorwand eines ›heiligen Krieges‹, wird direkt Geld aus dem Haushalt abgezweigt. Und die Unzufriedenheit der Menschen wird mit Hilfe von Totalpropaganda auf eine Vielzahl von Sündenböcken umgelenkt: Ukrainer*innen, Arbeitsmigrant*innen aus Tadschikistan, LGBT-Personen und so weiter. Für ein solches politisches Regime wurde schon vor langer Zeit ein Name erfunden. Dieser Name ist ›Faschismus‹«.



Der reichste Mann der Welt warb für Trump, indem er täglich einen Millionengewinner in der Lotterie auswählte und damit im Grunde genommen eine Werbeanzeige kaufte, in der eine Familie aus der Arbeiterklasse, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, ihre Dankbarkeit gegenüber ihren milliardenschweren Wohltätern zum Ausdruck bringen musste. Donald Trump und Elon Musk haben keinen Anreiz, das Leben gewöhnlicher Arbeitnehmer zu verbessern – gerade die Kluft zwischen Milliardären und Arbeitnehmern ermöglicht es ihnen, solche Stunts zu veranstalten.

die Plattform bald ganz aufhören würde zu funktionieren. Das wäre besser gewesen als das, was tatsächlich passiert ist. Trotz einiger technischer Pannen funktionierte Twitter weiter. Musk hat genug Kritiker*innen verbannt, vertrieben oder algorithmisch unterdrückt, um den Diskurs auf der Plattform zu verändern, so dass gerade noch genug Vielfalt übrig blieb, um die Beteiligung der Bevölkerung zu erhalten. So erreichen Autoritäre die Vorherrschaft: mit einer Mischung aus Unterdrückung und Toleranz.

Ungeachtet der Unkenrufe einiger Journalist*innen, sollten wir von der zweiten Trump-Regierung etwas Ähnliches erwarten. Es wird eine chaotische Übergangsphase und eine Welle der Unterdrückung geben, aber die wirkliche Gefahr



Der Wunsch, anderen in ihrem Namen Schaden zuzufügen, hat den Wunsch ersetzt, ihr eigenes Leben zu verbessern.

ist, dass unsere Gesellschaft weiterhin unter einem noch autoritäreren Rahmen funktionieren wird – und das sich die meisten Menschen damit abfinden werden.

Doch keine dieser Geschichten hat bisher ihr Ende erreicht. Seit Musk das Unternehmen übernommen hat, verliert die Plattform, die früher unter dem Namen Twitter bekannt war, stetig an Glaubwürdigkeit und verliert immer mehr Nutzer*innen – genauso wie die Regierung der Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren. Historisch gesehen gelingt es Kaisern, die von Vasallen umgeben sind, die ihnen nur das sagen, was sie hören wollen, selten, Stabilität herzustellen. Wir können uns also auf Chaos und Desorganisation einstellen – eine Krise nach der anderen – und es ist möglich, dass sich die Bevölkerung, die immer wankelmütig ist, gegen Trump wendet, wenn er wie Biden zuvor ihre Probleme nicht löst.

Deshalb ist es jetzt an der Zeit, mutig zu denken und für etwas Inspirierenderes zu kämpfen als eine Rückkehr zur demokratischen Herrschaft. Wir sind nicht von faschistischen Stiefelleckern umgeben, die beherrscht werden wollen – oder zumindest stellen sie noch keine Mehrheit. Wir sind von

verzweifelten Menschen umgeben, die von der Wahlpolitik weitgehend enttäuscht sind, weil sie ihnen so wenig zu bieten hat. Sie werden an der Seitenlinie bleiben, bis sich ein besserer Weg auftut.

Kenne deinen Feind

Wir haben zumindest einen Vorteil. Donald Trump ist eine bekannte Größe. Auch wenn es nicht immer möglich ist, seine Schritte vorherzusehen, sind seine Reaktionen meist vorhersehbar. Es sollte dementsprechend möglich sein, seine Schwächen auszunutzen.

Trump lebt von der Aufmerksamkeit der Medien. In seinem Bestreben, den Nachrichtenzyklus zu kontrollieren, fabriziert er eine Krise nach der anderen, um von der letzten abzulenken. Während seiner ersten Amtszeit zwang dies viele Menschen in einen Kreislauf der Reaktion und ermöglichte es Trump, das Tempo der Auseinandersetzung zu bestimmen. Wenn dein Feind das Tempo des Konflikts bestimmt, kann er dich ständig in der Defensive halten.

Zu diesem Zweck sagt und tut Trump ständig schreckliche Dinge. Bei seinen Kabinettswahlen zum Beispiel hat es den Anschein, dass er versucht, einen Skandal zu provozieren, damit seine empörendsten Nominierungen als Blitzableiter für Wut und Aufmerksamkeit fungieren und er so den Rest seiner Agenda unbemerkt durchsetzen kann.

Es liegt an uns, unsere eigenen Prioritäten zu setzen, die Initiative zu ergreifen und unsere Gegner*innen zu zwingen, auf selbstgewähltem Terrain zu kämpfen. Wenn wir einige von Trumps Plänen für seine ersten Tage im Amt kennen, können wir damit beginnen, Schlachten auszuwählen, die wir vielleicht gewinnen können. Je früher die Menschen ein paar entscheidende Siege erringen können, selbst auf lokaler Ebene,

desto eher werden die Menschen überall wieder entdecken, dass Widerstand möglich ist.

Trump wird sich übernehmen, vor allem, wenn wir ihn dazu zwingen. Erinnere dich an die berauschenden Tage im Sommer 2020, als er versuchte, seinen Unterstützer*innen in der herrschenden Klasse zu zeigen, dass er die Kontrolle über die Straßen zurückgewinnen kann. Als er im Juli 2020 Bundesbeamte nach Portland schickte, goss er Benzin auf ein Feuer und löste eine massive öffentliche Reaktion aus, welche die ihm treu ergebenen Bundesbehörden – vor allem die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) und das Ministerium für Heimatschutz – nicht unterdrücken konnten. Diejenigen, die anfangs nur am Rande zugeschaut hatten, strömten schließlich auf die Straße und griffen zu Regenschirmen, Laubbläsern, Feuerwerkskörpern und Schilden. Sie gingen mehr als hundert Tage hintereinander auf die Straße.

Trump wurde wohl nicht bei den Wahlen im November 2024 besiegt, sondern auf der Straße im Juli 2020, als die Menschen in Portland zeigten, dass seine Lakaien ihnen nicht gewachsen waren. Das kostete Trump die Unterstützung der Kapitalist*innen, die Recht und Ordnung wiederherstellen wollten – zumindest bei dieser Wahl.[4]

4 Milliardäre wollen einen Präsidenten im Weißen Haus, der ihnen Geld zuschiebt, aber sie wollen nicht, dass die Wirtschaft darunter leidet. Wenn eine kritische Masse von Milliardären zwischen 2020 und 2024 ihre Loyalität zu Trump verlagert hat, dann zum Teil deshalb, weil es den Demokraten in dieser Zeit gelungen ist, die Unruhen auf der Straße zu befrieden, was die Milliardäre ermutigt hat, zu prüfen, ob sie mit der Durchsetzung drakonischerer Bedingungen davonkommen könnten.



Portland, Sommer 2020.

Druck ausüben

Ein entscheidendes Element des Sieges im Sommer 2020 war die Polarisierung der lokalen und staatlichen Regierungen gegen Trump. Die Kompliz*innenschaft der demokratischen Beamt*innen in den ›blauen‹ Staaten und Städten ist bekannt, aber sie müssen immer noch so tun, als würden sie ihre Wähler*innenschaft vertreten, was oft bedeutet, dass sie mächtigen sozialen Bewegungen hinterherlaufen, in der Hoffnung, sie zu vereinnahmen. Wenn wir unsere Karten richtig ausspielen, sollten wir in der Lage sein, die von den Demokrat*innen kontrollierten lokalen und staatlichen Regierungen und Behörden dazu zu zwingen, zumindest einige von Trumps Programmen abzulehnen. Im Jahr 2020 zwang die Stimmung in der Bevölkerung viele lokale Staatsanwälte dazu, die Anklagen gegen die während des Aufstandes Verhafteten fallen zu lassen. Viele Gemeinden wurden zu ›sanctuary cities‹ erklärt. So leer diese Worte auch oft sind, wir können die Politiker*innen dazu zwingen, ihnen eine Bedeutung zu

geben. Jede Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse, und sei sie noch so klein, wird zu unserem Vorteil sein.

Die erste Schlacht wird um die Herzen – und die Zeitpläne – der Anarchist*innen und anderen Rebell*innen geschlagen, die 2020 aktiv waren. Haben wir das Zeug dazu, erneut, stärker und anders zu mobilisieren? Die zweite Schlacht wird um breitere Bevölkerungsschichten geführt, einschließlich der Basisdemokrat*innen. Sind sie bereit, die zweite Trump-Ära als ›business as usual‹ zu akzeptieren, oder werden sie zum Widerstand neigen?

Wenn die Politiker*innen der Demokrat*innen nicht dazu gezwungen werden, mit der republikanischen Agenda zu brechen, könnte es zu einer landesweiten Situation kommen, die mit der ›Stop Cop City‹-Bewegung in Atlanta vergleichbar ist, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die geplante Polizeiausbildungsstätte aussprach, aber Politiker*innen aller Couleur in einem parteiübergreifenden Konsens für deren Durchsetzung mit brutaler Gewalt eintraten. Aber wenn eine kritische Masse von Basisdemokrat*innen zu dem Schluss kommt, dass sie die Verantwortung haben, aufmüpfig zu werden, wird das zumindest einige demokratische Politiker*innen dazu zwingen, sich von dem ›Law-and-Order‹-Konsens abzusetzen.

Wir sollten auch mit Abtrünnigen aus den bürokratischen und administrativen Klassen rechnen. Trump plant, Tausende von Bundesbediensteten zu entlassen, und sicherlich werden noch viele mehr kündigen. Die Auswirkungen werden auf alle Ebenen der Gesellschaft spürbar werden. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, damit die neuen Unzufriedenen miteinander in Kontakt treten und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Bewegung stellen können. Wenn einige von ihnen Insiderwissen über die Bürokratie mitbringen, ist das umso besser. Wenn es um undichte Stellen bei denjenigen geht, die ihre Positionen behalten, sollte der Schwerpunkt darauf liegen, die Bewegungen zum Handeln zu befähigen, anstatt ein-

fach nur zu versuchen, die Verwaltung in einem imaginären Gericht der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

Um eine ganze Regierung anzugreifen, müssen wir Reibungen zwischen den verschiedenen Fraktionen erzeugen und die dadurch entstehenden Schwachstellen ausnutzen.

Unsere Strategien verfeinern

Einige der Instrumente und Strategien, auf die wir uns während der ersten Trump-Regierung verlassen haben, werden uns vielleicht nicht mehr helfen.

Doxxing, Deplatforming und Social-Media-Verbote konnten rechte Gruppierungen stören, bis die Rechte die Kontrolle über Social-Media-Plattformen wie Twitter übernommen hatte. Unter einem offen faschistischen Regime, in dem rechtsextreme Straßenkämpfer*innen freigesprochen werden und für ihre Untaten mit Crowdfunding und Medienrummel belohnt werden, werden sie wahrscheinlich nicht wirksam sein.

Schon bevor Elon Musk Twitter kaufte, waren die Social-Media-Plattformen zu Sparringsringen geworden, in denen die Teilnehmer*innen in einem Nullsummen-Wettbewerb um Legitimität kämpften, was sich auch auf die Atmosphäre einiger anderer Austragungsorte auswirkte. Eine solche Dynamik ist nicht gut für uns. Diesmal müssen wir eine Reihe von destruktiven Mustern ablegen, wenn wir ein Ökosystem des Widerstands schaffen wollen, das unter solch schwierigen Bedingungen gedeihen kann.

Projekte der Gegenseitigen Hilfe werden wichtig sein. Die Menschen werden Hormone, Verhütungsmittel, Abtreibungspillen, Geld für Reisen zur medizinischen Versorgung oder zur Flucht aus einer feindlichen Umgebung sowie Hilfe beim Schutz vor verschiedenen Formen staatlicher Gewalt benötigen. Aber das sind grundsätzlich defensive Strategien, die mit offensiven Formen des Kampfes verbunden sein müssen, um



Im Grunde genommen ist dies ein Kampf zwischen Empathie und Egoismus, zwischen Solidarität und Hass.

erfolgreich zu sein.[5] Wir können Fürsorge und Kampf nicht voneinander trennen und sollten auch nicht zulassen, dass der Wunsch nach individueller Sicherheit die Formen kollektiven Handelns beeinträchtigt, die unsere einzige Hoffnung sind, wenn wir den Slogan ›Wir sorgen für unsere Sicherheit‹ ernst nehmen.

5 Während der ersten Präsidentschaft von Trump entstanden Netzwerke zur Unterstützung marginalisierter Menschen in ›roten‹ Staaten; dies gipfelte 2020 in einer Welle von Umverteilungsbemühungen, die darauf abzielten, die weiße Vorherrschaft zu bekämpfen, indem Ressourcen auf individueller Basis umverteilt wurden. Es ist bemerkenswert, dass diese Gelder und Initiativen erst nach der ersten Phase des George-Floyd-Aufstands allgegenwärtig wurden, als sich der Kampf von brennenden Polizeistationen hin zum Halten von Schildern und Hinhinknien verlagerte. Dieses Mal können wir versuchen, kollektive Projekte zu etablieren, die als Allgemeingut allen Beteiligten zugutekommen, anstatt zu versuchen, die systemischen Probleme, die der Kapitalismus verursacht, mit individuellen Lösungen zu lösen.

Smart kämpfen

Wir müssen uns weigern, irgendeinen Aspekt von Trumps Agenda zur Normalität werden zu lassen. Gleichzeitig sollten wir nicht zulassen, dass seine Handlungen uns in einen Zustand ständiger Empörung versetzen, der immer weniger bringt. Wir müssen genau beobachten, was passiert, ohne uns von ihm das Tempo unseres Handelns diktieren zu lassen oder unsere emotionale Energie zu erschöpfen. Dazu müssen wir strategisch denken und nach Möglichkeiten suchen, effektiv zu handeln, anstatt einfach nur zu verurteilen. Jeder Tag wird ein eigener Notfall sein, und jeder wird wirklich dringend sein – und doch werden wir nicht in der Lage sein, unsere Prioritäten jeden Tag zu ändern. Wir müssen durch kontinuierliches Handeln nachhaltige Formen des Widerstands aufbauen und nach Strategien suchen, die mit der Zeit Kapazitäten aufbauen, anstatt auszubrennen.

Wenn es uns gelingt, solche Strategien zu entwickeln, werden sie uns auch auf das vorbereiten, was Adam Greenfield ›den langen Notstand‹ nennt, bei dem Klimawandel, politische Instabilität und gesellschaftlicher Zusammenbruch ineinandergreifen. Wenn Wirbelstürme und Überschwemmungen unsere Gemeinden heimsuchen und der Staat neue Angriffe startet, müssen wir uns damit abfinden, dass nichts mehr selbstverständlich gegeben sein wird und entsprechend handeln.

How Can We Resist?

Wir werden nicht einfach dort weitermachen können, wo wir 2020 aufgehört haben. Es wird wieder eine Lernkurve geben – wir werden mit neuen Menschen in Kontakt treten, Taktiken aufzeigen, Vorschläge machen und liberale Annahmen darüber, was akzeptabel oder effektiv ist, entkräften müssen. Wenn wir uns lange genug behaupten können, werden einige



Demonstrant*innen in Portland, Oregon, in der ersten Amtszeit von Donald Trump.

Teile der Bevölkerung, die derzeit betört oder demoralisiert sind, wahrscheinlich wieder unruhig werden, vor allem wenn sich die Wirtschaft nicht verbessert. Aber wir dürfen uns auch nicht von Trump überrumpeln lassen. Die ersten Monate werden entscheiden, wie weit und wie schnell das geht.

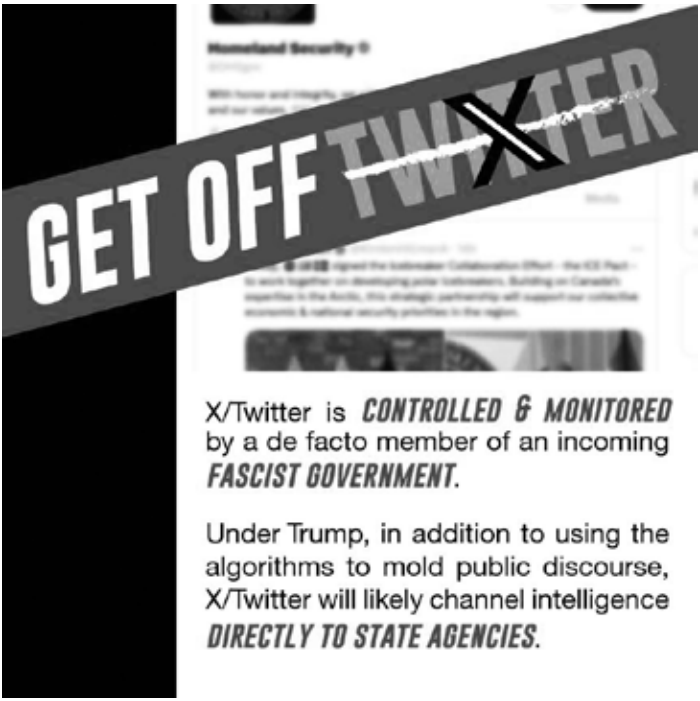
Viele von Trumps vermeintlichen Gegner*innen haben behauptet, dass zwei der negativen Folgen der nächsten Trump-Regierung darin bestehen werden, dass sich mehr Menschen ›radikalisieren‹ werden (sowohl links als auch rechts) und das es ›Chaos‹ geben wird (d.h. störende Proteste). Das bedeutet, dass Trump diese beiden Phänomene will und davon profitiert. Es ist unsere Aufgabe, zu erklären, welche Arten von Polarisierung und Chaos Trump tatsächlich nützen und welche nicht. Donald Trump hat die Wahlen 2024 nicht gewonnen, weil die Menschen auf die Straße gegangen sind – er hat die Wahlen 2020 aufgrund von störenden Protesten verloren und die Wahlen 2024 zum Teil deshalb gewonnen, weil diese Proteste nachgelassen haben. Das muss jede*r verstehen.

Hier sind einige konkrete Schritte, die wir als Einzelpersonen und Bewegungen unternehmen können.

Lösch X/Twitter; Verringere die Abhängigkeit von Instagram; richte dir Mastodon und Bluesky ein

In gewisser Weise kann Trumps Sieg direkt auf die Übernahme von Twitter durch Elon Musk zurückgeführt werden. Da Musk eine Rolle in der neuen Trump-Administration spielt, kann die Plattform den Bundesbehörden direkt Informationen ohne Haftbefehl liefern, während die Algorithmen weiterhin autoritäre Narrative fördern werden. Jetzt, wo sich die Tech-Milliardäre Trumps Herrschaft anpassen, gilt das Gleiche für Facebook, das seinen Status als Organisierungsraum bereits verloren hat, aber auch für Instagram, auf das noch immer unzählige anarchistische und linke Projekte angewiesen sind. Das ist nicht nur ein Problem für sich selbst als solche identifizierende Radikale, sondern für alle, die sich auf soziale Medien verlassen, um sich zu informieren.

Glücklicherweise sind seit der Wahl Millionen von Menschen von Musks Plattform geflohen. Einige gehen zu Instagram Threads, was kaum besser ist, aber Millionen sind Bluesky beigetreten und haben eine neue öffentliche Sphäre geschaffen, die eine Rolle bei der Verbreitung von Nachrichten und Ideen spielen könnte. Auch wenn es den Eigentümern von Bluesky gelungen ist, die Plattform für viele der Bevölkerungsgruppen, die die Trump-Regierung ins Visier nimmt, zu öffnen, bleibt abzuwarten, wie dauerhaft das sein wird – und solange der Kapitalismus vorherrscht, ist jede unternehmenseigene Plattform dem Markt ausgeliefert. Aus diesen Gründen ist Mastodon immer noch die beste Wahl, aber bis jetzt sind die Nutzer*innen dort nicht zahlreich genug, um die Massenbewegungen, die wir brauchen, zu unterstützen.



Die eindeutig gute Nachricht ist, dass die Abwanderung von Musks Plattform zeigt, dass die Menschen nicht an soziale Medienplattformen gebunden sind, egal wie etabliert sie sind. Von nun an werden Tech-Milliardäre, die versuchen, den ›öffentlichen Raum‹ zu kontrollieren, auf ein bewegliches Ziel zielen.

Lokale Treffpunkte zum organisieren einrichten
Gewöhne die Menschen in deiner Gemeinschaft daran, persönlich zusammenzukommen. Baue persönliche Beziehungen zwischen Menschen auf, die verschiedene Arten der Organisierung betreiben und von den unterschiedlichen Aspekten der Trump-Agenda betroffen sind. Eine einfache Möglichkeit, diesen Prozess in Gang zu bringen, ist die Veranstaltung von

regelmäßigen Versammlungen, sei es, um neue Menschen mit den laufenden Organisationen in Verbindung zu bringen oder um verschiedene Gruppen und Strömungen dazu zu bringen, ergänzende Strategien zu entwickeln. Eine andere Möglichkeit ist die Einrichtung eines öffentlichen Ortes, z.B. eines sozialen Zentrums oder eines regelmäßigen Treffpunkts, der als Drehscheibe für die laufende Koordination und als Anlaufstelle für Menschen, die sich engagieren wollen, dienen kann. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, Nachbarschaftsvereinigungen zu gründen, die diejenigen, die in der Nähe wohnen und arbeiten, miteinander verbinden.

Die meisten Menschen lernen am besten durch Handeln und Experimentieren. Es ist besser, etwas auszuprobieren und dabei zu lernen, als zu versuchen, einen Konsens über die perfekte Idee zu finden.

Schnellreaktionsnetze aufbauen

Wenn die Ära Trump erst einmal begonnen hat, wird es wichtig sein, dass wir aktuelle Nachrichten über Möglichkeiten zum Widerstand oder zur Unterstützung bestimmter Gruppen sofort verbreiten können. Eine Möglichkeit, dies zu tun, ist die Einrichtung eines reinen Ankündigungsthreads auf Signal und die Weitergabe an alle, die ihn brauchen könnten. Es könnte sinnvoll sein, mehrere verschiedene Reaktionsnetzwerke einzurichten – eines, um Bundesoperationen und Einwanderungskontrollpunkte in deiner Gegend anzukündigen, ein anderes, um lokale Veranstaltungen zu bewerben, und so weiter.

Baue diese Strukturen jetzt auf, bevor das Tempo der Ereignisse zunimmt.

Projekte der gegenseitigen Hilfe einrichten

Richte Projekte zur gegenseitigen Hilfe ein, die sich mit den Bedürfnissen befassen, die unter der Trump-Regierung schwieriger zu erfüllen sein werden, wie z.B. Hormonzugang und reproduktive Selbstbestimmung.

Gegenseitige Hilfsprojekte einrichten, die sich mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen befassen, z.B. Solidaritätsnetzwerke und Umsonstläden, Freeboxen und co. Diese müssen nicht nur den Bedürftigsten dienen, sondern sollten im Idealfall allen zeigen, was sie davon haben, wenn sie sich an der gegenseitigen Hilfe beteiligen und Menschen aus vielen verschiedenen Bereichen des Lebens miteinander verbinden.

Wir sollten die wirtschaftlichen Bedenken ernst nehmen, die einige Menschen zu Trump getrieben haben. Wir wissen, dass die Wirtschaft auch unter Trump für arme Menschen nicht funktionieren wird; es könnte sogar noch schlimmer werden. Gegenseitige Hilfsprojekte sind eine der wenigen Möglichkeiten, wie wir einigen von denen, die für Trump gestimmt haben, zeigen können, dass es besser ist, mit uns gemeinsame Sache zu machen, als den Lügen der Politiker*innen zu vertrauen.

Auch wenn es verlockend sein wird, sich in Enklaven zurückzuziehen oder Gespräche mit denjenigen abzubrechen, die nicht mit uns übereinstimmen, sollten wir versuchen, soziale Verbindungen zu pflegen, die noch nicht politisch kartiert und polarisiert sind.

Projekte zur Verteidigung unserer Communitys aufbauen

Organisiere gemeinschaftliche Selbstverteidigungskurse. Diese können nicht nur nützliche Fähigkeiten vermitteln, sondern die Menschen auch auf einer Basis zusammenbringen, die sie zum gemeinsamen Handeln befähigt. Wenn du Platz hast, könntest du auch ein Gemeinde-Fitnessstudio einrichten, das einen ähnlichen Zweck erfüllt.

Bilde Bezugsgruppen mit Menschen, denen du vertraust, und besprich mit ihnen, welche Art von Aktionen ihr gemeinsam durchführen wollt, um auf Razzien oder faschistische Angriffe zu reagieren.

Baue im Voraus Kautionsfonds, Strukturen zur Unterstützung von Angeklagten und Ressourcen für die kollektive Verteidigung auf, damit du vorbereitet bist. Obwohl einige

Gesetzgeber*innen versucht haben, Gesetze gegen diese Art von Solidaritätsarbeit zu erlassen, gibt es immer noch Möglichkeiten, diese zu umgehen.

Dies ist auch ein guter Zeitpunkt, um Projekte zur Unterstützung von Gefangenen wiederzubeleben.

Eine der Herausforderungen, mit denen die Behörden konfrontiert werden, ist, dass das Gerichts- und Gefängnissystem bereits überlastet ist. Wenn sie versuchen, die Repression weiter auszudehnen, könnten sie den Justizapparat überfordern. Wir sollten darauf vorbereitet sein, das Beste daraus zu machen, indem wir sie vor Gericht fesseln und die Verfahren so lange wie möglich hinauszögern.

Bereitet euch auf den Widerstand gegen Razzien und Abschiebungen vor

Bereite dich darauf vor, auf die ICE-Razzien mit cleveren und effektiven Methoden zu reagieren, die Repression als Hebel für Empörung nutzen. Massenabschiebungen werden einen enormen logistischen und infrastrukturellen Aufwand erfordern, der eine Vielzahl von Interventionsmöglichkeiten bietet.

Diese Option wird später im Text näher erläutert.

Druck aufbauen und Kampagnen organisieren

Übe Druck auf lokale und staatliche Behörden aus, damit sie nicht mit der Trump-Regierung zusammenarbeiten. Identifiziere passende Politiker*innen und Funktionsträger*innen, finde verschiedene Möglichkeiten, sie anzusprechen, und mache ihnen klar, welche Konsequenzen eine Kompliz*innenschaft haben wird.

Identifiziere lokale Behörden und Unternehmen, die eine logistische Rolle bei der Umsetzung der Trump-Agenda spielen, und übe Druck auf sie aus.

Ermutige Liberale, die Erfahrung mit Telefonakquise haben, sich an Call-in-Kampagnen zu beteiligen, um Druck auf Beamt*innen auszuüben oder Verhaftete und Gefangene zu unterstützen.

Organisiert euch gegen die Polizei

Die Polizei war schon immer die Speerspitze staatlicher Gewalt; auch diesmal wird sie bei der Durchsetzung von Trumps Politik wieder an vorderster Front stehen. Vier Jahre lang haben die Demokratische Partei und die Nachrichtenplattformen der Konzerne ein ›Law-and-Order‹-Narrativ verbreitet, um die Polizei zu relegitimieren; in der zweiten Trump-Ära wird erneut deutlich werden, dass die Polizei einfach die Sturmtruppen der herrschenden Klasse sind. Hinzu kommt, dass die Polizei mit Trumps Aufrufen zu neuem harten Durchgreifen auf neue Weise überfordert sein könnte.

Die stärksten Aufstände in diesem Land in den letzten fünfzehn Jahren waren Aufstände gegen die Polizei, die ihren Höhepunkt im Jahr 2020 erreichten. Der Widerstand gegen die Polizei verbindet diejenigen, die die staatliche Gewalt aus ideologischen Gründen ablehnen, mit denen, die sie ständig am eigenen Leib erfahren. Das hat schon früher zu explosiven Formen der Solidarität geführt und kann es wieder tun.

Wenn wir unseren Widerstand gegen die Polizei so überzeugend wie möglich gestalten wollen, sollten wir aber auch mit Basisprogrammen experimentieren, um die Probleme anzugehen, die sie angeblich lösen soll. Der Kapitalismus hat dem sozialen Gefüge echten Schaden zugefügt und zu Fentanyl-Überdosen, zunehmend sichtbarer Armut, zur Krise der mentalen Gesundheit, sowie anderen Formen von Massengewalt beigetragen. Mehr Polizei wird diese Probleme nicht lösen. Indem sie Ressourcen aus jeder Form von sozialer Unterstützung abziehen und in die staatliche Repression lenken, haben die Politiker*innen darauf gesetzt, dass sie eine extrem ungleiche Gesellschaft durch eine ständig steigende Gewaltanwendung stabilisieren können. Wir sollten zeigen, dass es eine Alternative gibt.

Entlarvt liberale Narrative

Die Liberalen, die während der ersten Trump-Regierung ›Niemand steht über dem Gesetz‹ skandierten, müssen erken-

nen, dass es keinen Sinn mehr macht, sich auf die Gerichte zu verlassen, um ihn zu bremsen, da der Oberste Gerichtshof und ein Großteil der Justiz unter seiner Kontrolle stehen. Das Gleiche gilt für die bundesstaatlichen Ermittlungen, in die die Demokrat*innen so viel Hoffnung gesetzt haben. Dies sollte ein lehrreicher Moment für sie sein: Wenn sie es ernst meinen, müssen sie sich an der Basis für direkte Aktionen engagieren.

Liberale müssen aufhören zu denken, dass die Regierung das Beste der Menschheit repräsentiert. Es ist unübersehbar, dass der Kapitalismus und der Staat die ›schlimmsten‹ Elemente der Menschheit in Machtpositionen bringen. Das ist kein Zufall, sondern die strukturelle Folge der Systeme, die die Macht verteilen. Um uns in der Ära Trump zurechtzufinden, müssen wir diese Systeme gemeinsam gründlich analysieren.

Säe die Saat des Trotzes

Erzählungen verbreiten, die den Gehorsam an sich in Frage stellen. Wie Hannah Arendt sinngemäß in das Angesicht des Faschismus sagte: »Niemand hat das Recht zu gehorchen.« Sorge dafür, dass dies auch die Funktionäre in der Bürokratie und die Mitglieder der Streitkräfte erreicht. Die Polizeibehörden und Bundesbehörden wie das Heimatschutzministerium bestehen bereits aus hartgesottenen Söldnern, die keine Skrupel haben, gegen einen Gehaltsscheck Schaden anzurichten, aber nicht jede*r in den Streitkräften oder der Bürokratie wird begeistert sein, Trumps Launen zu dienen.

Studiere die erste Trump-Ära

Für diejenigen, die seit 2017 nicht mehr auf der Straße waren, wird es hilfreich sein, die verschiedenen Kämpfe der ersten Trump-Ära zu studieren, um ein Gefühl für die Strategie und den historischen Kontext zu bekommen.

Reach Out
Wenn sich der Widerstand formiert, ist es wichtig, ihn für alle sichtbar zu machen, die ein Interesse daran haben, daran teilzunehmen. Das könnte bedeuten, die Wände mit Plakaten und Aufklebern zum Sprechen zu bringen. Es könnte bedeuten, dass du Literatur in deiner Schule oder in deiner Gemeinde verteilst. Es könnte bedeuten, Kunst und Musik zu schaffen, die die Entschlossenheit zum Widerstand stärkt.

Reach In
Wir alle würden wahrscheinlich lieber etwas anderes tun, als zu versuchen, den Faschismus zu verhindern. Wir müssen Wege finden, um diese Arbeit für uns und alle anderen, die sie tun müssen, interessant zu halten – Wege, um unsere Stimmung aufrechtzuerhalten und die Art von Charakter zu entwickeln, die uns durch schwierige Zeiten trägt.

Versuche, schon früh einen konkreten Sieg zu organisieren, egal wie klein er ist. Mach ein Brainstorming mit deinen Freund*innen: Welche Trump-Politik wird in unserer Gemeinde am wenigsten Anklang finden? Erstelle einen Plan, um die Umsetzung dieser Politik anzufechten. Beginne damit, ›bevor‹ Trump sein Amt antritt.

Überlege dir, wie du neuen Leuten Rollen anbieten kannst, um sie im Kampf willkommen zu heißen. Um erfolgreich zu sein, müssen unsere Strategien reproduzierbar und ansteckend sein. Alles, was wir tun – unabhängig davon, wie populär es ist – muss Bedingungen schaffen, die mehr Menschen zum Handeln bewegen. Es ist ein Fehler, Differenzen zu einer Einheitsfront zu verflachen, aber wir brauchen so viele Menschen wie möglich, die sich an dem Widerstand beteiligen. Wenn du auf Unterschiede stößt, bleibe nicht in ideologischen Positionen stecken, sondern mache einen Vorschlag, was ihr gemeinsam tun könnt.

Vor allem darfst du nicht zulassen, dass sich Resignation breit macht. Resignation ist die Grundlage des Faschismus, mehr noch als gestiefelte Schläger und Gefangenenlager.



Demonstrant*innen mobilisieren sich in Berkeley, Kalifornien, zu Beginn der ersten Amtszeit von Donald Trump.

Unsere Feinde zählen darauf, dass wir davon ausgehen, dass Widerstand unmöglich ist, dass wir den Kopf einziehen, während unsere Nachbar*innen verschwinden, unsere Gemeinden ausgeplündert und unsere Lebensgrundlagen zerstört werden. Aber Widerstand ist immer möglich. Die Tatsache, dass du dies gerade liest, beweist das.

Anhang: Strategien zum Stopp von Massenabschiebungen

Die neue Regierung hat sehr deutlich gemacht, dass sie sich die Unterstützung der Öffentlichkeit sichern will, indem sie Sündenböcke angreift. Das war eines der zentralen Versprechen ihrer Kampagne und ist bei Trumps Kernanhänger*innen sehr beliebt. Wir können dies als den Wunsch einer zunehmend machtlosen Bevölkerung verstehen, Gewalt stellvertretend durch einen brutalen Autokraten auszuüben – ein

unheilvolles Zeichen dafür, dass sich die Menschen gegeneinander wenden, wenn die Gewinnmargen sinken und die Aussichten für die Zukunft düsterer werden.

Wenn wir zulassen, dass Donald Trump und Stephen Miller die Infrastruktur staatlicher Gewalt ausbauen, indem sie mit Militärgeldern ›riesige Haftanstalten‹ für die Millionen Menschen bauen, die sie zu verhaften und abzuschieben versprochen haben, werden sie nicht bei der Abschiebung von Papierlosen aufhören. Sobald diese zusätzliche Infrastruktur vorhanden ist, werden sie sie gegen ein Ziel nach dem anderen einsetzen. Irgendwann werden sie uns alle holen.

Alle, die nicht wollen, dass ihre Nachbar*innen, Freund*innen, Mitschüler*innen oder Arbeitskolleg*innen verschwinden, haben eine gemeinsame Verantwortung zu handeln. Während Trumps erster Amtszeit war der Widerstand gegen sein Grenzregime ein starker Grund für Unruhen in der Bevölkerung, von den Flughafenbesetzungen als Reaktion auf seinen ›Muslim Ban‹ bis hin zu den Occupy-ICE-Camps und den Solidaritätsbekundungen nach seiner fabrizierten ›Grenzkrise‹ im Herbst 2018. Als Donald Trump 2019 ankündigte, dass ICE eine neue Runde massiver Razzien durchführen würde, gab Willem van Spronsen sein Leben bei dem Versuch, die Busflotte, die eine private Haftanstalt für Migrant*innen in Tacoma bedient, außer Gefecht zu setzen. Auf die Frage, warum die Razzien nicht stattfanden, antwortete ein ICE-Beamter, dass er um die Sicherheit seiner Beamt*innen besorgt sei.

Der Widerstand gegen Trumps Grenzpolitik formierte sich zunächst auf den Straßen und Flughäfen; erst danach kam es zu rechtlichen Anfechtungen vor den Gerichten. Jetzt können wir selbstverständlich nicht viel von einem Gerichtssystem erwarten, das von Trumps Beauftragten dominiert wird. Es wird notwendig sein, Maßnahmen zu ergreifen, um das Funktionieren der Abschiebemaschinerie zu verhindern: durch Massenaktionen, wenn möglich, aber auch, um Sand ins Getriebe zu streuen und ihre Logistik und Organisation zu stören.

Werfen wir einen kurzen Blick darauf, wie Trump diese Massenabschiebungen umsetzen könnte und welche Formen der Widerstand annehmen könnte.

Laut Jason Hauser, dem Stabschef für Immigration and Customs Enforcement (ICE) unter Biden, ist die Infrastruktur bereits vorhanden, um die Abschiebemaschinerie massiv auszubauen. Guatemaltekische, haitianische und honduranische Gemeinschaften könnten als erstes ins Visier genommen werden, da die Abschiebung in diese Länder einfacher ist als in viele andere Länder. In diesen Gemeinschaften wird es wahrscheinlich zu Razzien an Arbeitsplätzen, Kirchen, Krankenhäusern und Schulen kommen und zu Verhaftungen von Personen, die bereits wegen gewaltfreier Straftaten oder wegen ihres Schwebestatus im Asylverfahren aktenkundig sind. Rechne mit Razzien, Bussen und Lagern.

Nach ihrer Festnahme müssen diese Menschen in Haftanstalten gebracht werden. Dabei kann es sich um schnell errichtete Zelte, bestehende Gefängnisse, die bis zum Zwei- oder Dreifachen ihrer offiziellen Kapazitätsgrenzen überfüllt sind, zu temporären Hafteinrichtungen umgebaute Lagerhäuser, Militärbasen oder neue, mit militärischen Mitteln errichtete Einrichtungen handeln. Ein Beamter behauptet, dass in nur einer Woche 25 temporäre Hafteinrichtungen in bestehenden Lagerhallen geschaffen werden könnten.

Sobald sie in Gewahrsam sind, werden die Festgenommenen schließlich per Flugzeug abgeschoben. ICE verfügt derzeit über 14 spezielle Abschiebeflugzeuge, die jeweils 135 Personen befördern können, was einer Gesamtkapazität von 1890 Personen pro Rundflug entspricht. Außerdem werden viele Flüge über Classic Air Charter im Unterauftrag von Swift Air und World Atlantic Airlines durchgeführt. Sollte es Trump gelingen, sich auf den Insurrection Act oder den Alien Enemies Act zu berufen, um das Militär zu mobilisieren und Einwanderungsanhörungen zu umgehen, könnte diese Zahl drastisch steigen. Der derzeitige ICE-Direktor schätzt, dass

in den ersten ein bis zwei Monaten zwischen 150.000 und 200.000 Menschen abgeschoben werden könnten, in den ersten 100 Tagen sogar bis zu einer Million.

Das ist beängstigend. Und doch überleben Pläne selten den Kontakt mit der Realität. Eine Massenabschiebung würde sichtbare ICE-Aktionen mit der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in allen Bereichen der Gesellschaft bedeuten. Das würde bedeuten, dass überall Busse mit Gefangenen auftauchen würden. Es würde bedeuten, dass lokale Strafverfolgungsbehörden von anderen Aufgaben abgezogen und auf die Durchsetzung von Einwanderungsgesetzen umgelenkt würden. Es würde bedeuten, dass ein Flugzeug nach dem anderen voll mit Nachbar*innen, Familienmitgliedern und Freund*innen in Handschellen auf der Rollbahn wartet. All das sind Möglichkeiten, Widerstand zu leisten. Die Abschiebungen werden nicht alle im Dunkeln stattfinden; viele von ihnen werden in der Öffentlichkeit, am helllichten Tag, stattfinden. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass niemand sie ignorieren kann, und anderen zu helfen, zu verstehen, was sie tun können.

Der Erfolg oder Misserfolg von Armeen hängt von ihrer Logistik ab. Eine komplexe logistische Kette, an der mehrere Behörden und Transportmittel beteiligt sind und die von Anführern geleitet wird, die versuchen, in einem viel größeren Maßstab als zuvor zu handeln, ist anfällig für Fehlschläge. Wie können diese logistischen Verbindungen scheitern?

Wie das Sprichwort schon sagt, haben unsere Feinde Namen und Adressen. Während der ersten Trump-Präsidentschaft haben die Leute jeden ICE-Agenten, den sie finden konnten, gedoxxt. Jede Razzia erfordert die Zusammenarbeit mit den örtlichen Strafverfolgungsbehörden; bei jeder Razzia werden Sammelpunkte und Transportbusse eingesetzt. Woher kommen die Busse? Wer hält sie instand? Sind diese Leute auch ideologisch in den Faschismus verstrickt, oder haben einige von ihnen Bedenken? Wo werden die neuen Hafteinrichtungen aufgebaut? Wer wird sie bauen? Von welchen Flughäfen aus werden

die Abschiebeflüge starten? Welche Versorgungslinien werden sie unterstützen? Wie viele Niedriglohn-Flughafenarbeiter*innen haben ein Interesse an dem Kampf gegen den Faschismus?

In einer möglichen Version des Kampfes gegen die Abschiebung wird es Massendemonstrationen, moralische Empörung, fruchtlose Prozesse und symbolischen zivilen Ungehorsam geben. Die meisten Teilnehmenden werden selbsternannte Aktivist*innen sein. Das Bestreben, die Autorität bestehender formeller Organisationen, die nicht in der Lage sind, zu bestimmten Aktionen aufzurufen, in den Mittelpunkt zu rücken, wird der Bewegung Grenzen setzen, mit welchen Taktiken sie experimentieren kann. Interne Spaltungen und zwischenmenschlicher Wettbewerb um die Kontrolle der Bewegung werden sie weiter behindern.

In einer anderen möglichen Version des Kampfes wird sich jeder Bereich der Gesellschaft am Widerstand gegen die Abschiebemaschinerie beteiligen. Lokale, liberal orientierte Regierungen werden unter Druck gesetzt, die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden zu verweigern. Schnellreaktionsnetze werden die Menschen dazu bringen, sich den Razzien in großer Zahl entgegenzustellen – und nicht alle werden sich darauf beschränken, der Führung der offiziellen Organisationen zu folgen. Busfahrer*innen werden streiken; Busse werden auf mysteriöse Weise nicht mehr fahren; koordinierte Autobahnblockaden könnten den Verkehr zu Flughäfen, die wichtige Drehscheiben für Abschiebungen sind, lahm legen. Jede Form des Kampfes wird auftauchen, und jede*r Teilnehmende wird ermutigt werden, alles zu tun, was er oder sie kann, und die Kombination aus Wut und kleinen, konkreten Erfolgen wird mehr Menschen zum Handeln motivieren.

Die Abschiebungen – und jeder Kampf dagegen – werden in der Realität stattfinden, nicht in den sozialen Medien. Wenn ein Dutzend Gemeinschaften sofort mit der Organisation von strategischem Massenwiderstand gegen Abschiebungen beginnen, logistische Ketten erforschen, Ziele und strategi-



George Orwell schrieb: »Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft machen wollen, stellen Sie sich einen Stiefel vor, der für immer auf ein menschliches Gesicht stampft.« Aber die Zukunft ist noch nicht geschrieben. Was als Nächstes kommt, hängt zum Teil von uns ab.

sche Vorgaben festlegen und eine Vielfalt von Teilnehmenden und Taktiken zulassen, könnten sie effektiven Widerstand demonstrieren und ein Signalfeuer für andere im ganzen Land entfachen. Wenn die Menschen sich jetzt organisieren und damit beginnen, die Infrastruktur für Widerstand gegen Massenabschiebungen zu planen und sie ins Visier zu nehmen, bevor Trump sein Amt antritt, könnten sie die Initiative ergreifen, das Tempo vorgeben und ihn zwingen zu reagieren.

Als Trump 2017 den sogenannten ›Muslim Ban‹ unterzeichnete, löste eine einzige Massenbesetzung am JFK-Flughafen in New York Besetzungen aus, an denen sich Zehntausende Menschen im ganzen Land beteiligten. Taktiken verbreiten sich schnell, wenn sie inspirierend sind. Was können du und deine Gemeinschaften jetzt tun, um den landesweiten Widerstand gegen die Abschiebemaschinerie zu inspirieren?

Erstveröffentlicht am 20.11.2024 auf: crimethinc.com, erste Veröffentlichung im deutschsprachigen Raum in: *autonomes blättchen*, Ausgabe 60 (März – Mai 25)

Vorne ist es sicherer
In der Offensive gegen Tyrannei

Angesichts der zunehmenden Repression und staatlichen Gewalt ist es nur verständlich, dass mensch sich sicher fühlen will, wenn mensch Konfrontationen vermeidet. Aber das ist nicht immer die beste Strategie.

> »Auch wenn es kontraintuitiv ist, ist es in einer verwirrenden Situation oft am besten, wenn nicht sogar am sichersten, sich an vorderster Front aufzuhalten, damit mensch einen klaren Überblick über das Geschehen um sich herum bekommt.«
>
> – ›What I Do for a Living‹, ein Bericht über die Demonstrationen gegen den EU-Gipfel 2003 in Thessaloniki, veröffentlicht in *Rolling Thunder* #1.

Der Großvater meines Freundes wuchs in den 1920er Jahren in Deutschland auf. Als Jude engagierte er sich in radikalen Organisationen und geriet manchmal in Handgreiflichkeiten mit Nazis. In einer Erinnerung, die er Jahrzehnte später für seine Familie aufzeichnete, beschreibt er die Situation, als die Nazis die Macht übernahmen:

> »Im Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Ich dachte, jetzt würde eine Revolution beginnen, aber tatsächlich passierte nichts. Die Kommunisten liefen – oft massenhaft – zu den Nazis über, und die Sozialdemokraten hielten etwas länger durch, lösten aber schließlich ihre Organisationen auf.«

Im Mai 1933, als er zwanzig Jahre alt war, erfuhr er, dass er für eine angeblich gebrochene Nase bei einem Nazi bei einer

Straßenschlägerei strafrechtlich verfolgt werden sollte. Anstatt sich einem von den Nazis kontrollierten Justizsystem zu stellen, besorgte er sich sofort einen Reisepass und stieg noch am selben Abend um 20 Uhr in einen Zug nach Holland.

Einige Jahre später starben seine restlichen Familienmitglieder im Konzentrationslager Auschwitz.

Diese Geschichte zeigt auf den Punkt gebracht ein überraschend häufiges Phänomen. Hätte der Großvater meines Freundes sich nicht von Anfang an offen gegen die Nazis gestellt, hätte er sich zurückgehalten und Ärger vermieden, wäre er wahrscheinlich in Berlin geblieben und hätte das gleiche Schicksal wie seine Verwandten erlitten. Indem er in die Offensive ging, brachte er sich in Gefahr – aber paradoxerweise war das auf lange Sicht besser, als auf Nummer sicher zu gehen.

Ebenso gehörten die Teilnehmenden der jüdischen Untergrundguerilla zu den wenigen, die die Vernichtung des jüdischen Ghettos in Warschau durch die Nazis überlebten. Indem sie sich organisierten, um der Bedrohung durch die Nazis direkt entgegenzutreten, entwickelten sie ein starkes Selbstbewusstsein, das ihnen zugute kam, als der einzige Ausweg darin bestand, eine gewagte Flucht aus dem belagerten und brennenden Ghetto durch die Kanalisation zu organisieren.

Für Betroffene aus bedrohten gesellschaftlichen Gruppen ist der erste Impuls oft, sich zurückzuziehen und unterzutauchen. Doch wenn es um die individuelle und kollektive Selbsterhaltung geht, kann es klüger sein, von Anfang an entschlossen zu handeln, solange es noch möglich ist, den Lauf der Dinge zu beeinflussen. Selbst wenn das schiefgeht, kann es besser sein, den Konflikt sofort auf die Spitze zu treiben, bevor der Gegner noch mächtiger wird. Diese Strategie hat zumindest den Vorteil, dass mensch sich nicht in falscher Sicherheit wiegt, während die Bedrohung zunimmt.

Das klappt nicht immer, aber manchmal ist es sicherer, sich der Situation zu stellen.

Es war Mittag am 20. April 2001. Meine Freund*innen und ich hatten uns zusammen mit Hunderten anderen Anarchist*innen und Antikapitalist*innen an der Laval-Universität in Québec City versammelt, um gegen einen transkontinentalen Gipfel zu demonstrieren, bei dem eine ›Freihandelszone der Amerikas‹ gegründet werden sollte. Im Stadtzentrum, hinter kilometerlangen Schutzzäunen und Tausenden von Bereitschaftspolizisten, schmiedeten George W. Bush und seine Amtskollegen Pläne, um Arbeitsgesetze und Umweltschutzbestimmungen zu umgehen und ihre Klientel auf unsere Kosten zu bereichern.

Die Sonne schien. Immer mehr Leute kamen am Treffpunkt an. Eine Gruppe hatte sogar ein Katapult dabei. Von der Polizei war nichts zu sehen.

Trotzdem war ich nervös. Die meisten meiner Erfahrungen mit Gewalt waren subkultureller Natur – Kämpfe mit Skinheads, Hardcore-Konzerte. Ich hatte es noch nie mit einer Armee von Polizist*innen zu tun gehabt. Bei einem Treffen am Vorabend hatte uns eine lokale Organisatorin gesagt, dass es unmöglich sein würde, den Zaun um den Gipfel zu erreichen – es gab einfach zu viele Polizist*innen mit zu viel Schutzausrüstung und Waffen.

Als die Menge begann, sich aus der Universität auf die Straße zu begeben, beriet ich mich mit einem erfahreneren Freund. »Sollen wir uns zurückhalten und abwarten, was passiert?«, fragte ich.

»Wenn wir sehen wollen, was passiert, müssen wir ganz vorne sein« antwortete er sachlich.

Wir führten eine Demonstration direkt auf den Zaun durch, der den Gipfel umgab, und rissen ihn nieder. Die Polizei konnte uns nicht aufhalten. Die ›Freihandelszone der Amerikas‹ wurde nie ratifiziert.

Der Rat meines Freundes hat mir vier Jahre später, an dem Tag, als George W. Bush seine zweite Amtszeit begann, sehr

geholfen. Nach der Demonstration gegen die Amtseinführungsfeierlichkeiten am Tag, zog nachts eine zweite Demonstration durch das Viertel Adams Morgan, zerstörte die Fenster von Banken und Unternehmen und griff eine Polizeistation an. Einige Teilnehmende hängten ein riesiges Transparent mit der Aufschrift »Von DC bis zum Irak – mit der Besatzung kommt der Widerstand« an eine Gebäudefassade. Wir wollten die Bush-Regierung dazu zwingen, die Besetzung des Irak zu beenden, die unzählige zivile Opfer forderte und später zum katastrophalen Aufstieg des Islamischen Staates beitrug.

Als sich die Demonstration auflöste, befanden sich ein Gefährte und ich unter einer Gruppe von Menschen, die durch eine Gasse gingen. Vor uns tauchten Polizeibeamte am Ende der Gasse auf.

Wir hätten umdrehen und in die andere Richtung rennen können. Aber dann wären wir am Ende der Menschenmenge gewesen und hätten nicht sehen können, wohin wir rannten. »Renn, renn vorwärts«, sagte ich zu meinem Begleiter. Wir rannten bereits.

Wir sprinteten an den Polizist*innen vorbei, gerade als sie ihre Reihe am Ausgang der Gasse schlossen. »Lasst keine weiteren raus«, hörte ich einen zu einem anderen brüllen.

Wir waren die Letzten, die abhauen konnten. Die Polizei hatte auch die Gasse von der anderen Seite abgesperrt. Sie zwangen die Leute hinter uns, stundenlang im Schnee zu knien. Jahre später bekamen die Festgenommenen eine Entschädigung von der Stadt, aber es war besser, einfach zu verschwinden.

Am 25. August 2008 versammelten sich in Denver während der Demos gegen den Parteitag der Demokraten ein paar hundert Leute zu einer Demonstration, die angekündigt, aber nie organisiert worden war. Wir protestierten immer noch gegen die andauernde Besetzung des Irak und gegen den Kapitalismus im Allgemeinen.

Gepanzerte Polizist*innen standen in Gruppen von jeweils einem Dutzend rund um den Park und die umliegenden Straßen und waren den jungen Leuten, die mit schwarzen Sweatshirts auf dem Schoß herumsaßen, zahlenmäßig überlegen. Ein Fahrzeug sollte Banner liefern, aber es kam das Gerücht auf, dass die Polizei den Fahrer festgenommen hatte. Doch gerade als es sicher schien, dass nichts passieren würde, zogen ein paar junge Leute ihre Kapuzen hoch und fingen an zu skandieren.

Wer sind diese Leute? Ich erinnere mich, dass ich mich das gefragt habe. Was denken sie sich dabei, sich zu vermummen und sich mit Hunderten von Bereitschaftspolizist*innen, die sie umzingeln, und Zivilpolizist*innen überall zu messen? Was hoffen sie damit zu erreichen?

Trotzdem schlossen sich die anderen Leute, die sich für die Demonstration versammelt hatten, ihnen an und sie begannen, aus dem Park zu laufen. Sie schafften es nur bis zur Straße, wo die nächste Polizeieinheit eine Kette bildete, ihnen den Weg versperrte und sie mit Pfefferspray besprühte. Es hatte noch keine Demonstration gegeben, ich hatte keinen Auflösungsbefehl gehört, und schon setzte die Polizei chemische Waffen ein.

Eine Freundin und ich beobachteten das alles mit Bestürzung. Wir waren noch etwa zweihundert Leute, aber die Polizei rückte von allen Seiten näher und die Menge war desorientiert und unkoordiniert. Das war ein Rezept für eine drohende Katastrophe.

Wir waren ganz hinten in der Menge. Aber hinten kann auch vorne werden – es ist nur eine Frage der Initiative. Meine Freundin fing an, einen Countdown zu rufen. Andere machten instinktiv mit. Das gemeinsame Zählen konzentrierte unsere Aufmerksamkeit, unsere Erwartungen, unser Selbstverständnis als kollektive Kraft, die zu konzertiertem Handeln fähig ist. Und dann sprinteten dreißig von uns über den Rasen weg von der Polizeikette.

Als die anderen das sahen, schlossen sie sich uns an. Innerhalb weniger Sekunden rannten Hunderte von Menschen durch den Park zu der Kreuzung am anderen Ende der Wiese, wo sich noch keine Polizei versammelt hatte.

Jetzt war die Energie in der Luft elektrisierend, ganz anders als die Unruhe und Unsicherheit kurz zuvor. Wir überquerten die Kreuzung, an der ein paar unternehmungslustige junge Leute ein Schild der Stadtverwaltung mit der Aufschrift »Straße gesperrt« aufgestellt hatten – und plötzlich näherten wir uns dem Geschäftsviertel.

Das gleiche Prinzip half uns später am Abend, als wir eine Reihe von Bereitschaftspolizisten sahen, die sich einen Block vor uns über eine Kreuzung verteilten. Ohne zu zögern, rannten wir auf sie zu. Wir erreichten die Polizeikette und schlüpften zwischen ihnen hindurch, bevor sie uns den Weg versperren konnten. Sie hatten den Befehl, eine Barriere zu bilden, nicht uns zu verfolgen. Wir waren in Sicherheit.

Am Morgen des 20. Januar 2017 schlossen sich ein anderer Freund und ich der Demonstration in der Innenstadt von Washington, DC, gegen die Amtseinführung von Donald Trump an. In den Jahrzehnten seit Bushs zweiter Amtseinführung war die Polizei im ganzen Land militarisiert worden und hatte immer größere Budgets erhalten, obwohl Politiker*innen behaupteten, es sei kein Geld für andere Dinge verfügbar. Diesmal waren die Straßen mit 28.000 Polizeibeamt*innen überfüllt.

Sobald die Demonstration losging, kam es zu offenen Konflikten mit der Polizei. Das Heulen der Polizeisirenen, die ohrenbetäubenden Explosionen von Blendgranaten aus nächster Nähe, der beißende Geruch von Pfefferspray, das Dröhnen der Polizeimotorräder, das Kribbeln des Adrenalins – es war eine furchterregende Situation, aber die Demonstrant*innen um uns herum teilten ebenso aus, wie sie einsteckten. Die Idee war, am ersten Tag der Trump-Regierung ein Zeichen des Wi-

derstands zu setzen und allen klar zu machen, dass niemand die Verschärfung der Tyrannei einfach so hinnehmen sollte.

Je länger wir auf den Straßen waren, desto gefährlicher wurde es. Als wir wieder am Franklin Square vorbeikamen und unsere Spuren zurückverfolgten, war klar, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis wir umzingelt sein würden.

In der Innenstadt von Washington, D.C., zwischen den Kreuzungen, sind die Straßen wie lange Schluchten zwischen den Felswänden der Gebäude. Ich wusste, dass die Polizei uns einkesseln und festhalten wollte. Jedes Mal, wenn wir eine Kreuzung passierten, warf ich einen Blick auf die Kreuzungen einen Block entfernt auf beiden Seiten, um zu sehen, ob die Polizei uns auf den parallelen Straßen beschattete und sich darauf vorbereitete, unsere Fluchtwege abzuschneiden. Jedes Mal, wenn wir eine Kreuzung verließen und in einen anderen Canyonabschnitt kamen, beobachtete ich die Kreuzungen vor und hinter uns auf der Suche nach Polizei. Immer wenn wir uns zwischen Kreuzungen bewegten, waren wir verwundbar.

Als wir uns der 13th Street näherten, überholten uns Polizist*innen auf Motorrädern auf dem Gehweg zu unserer Linken und versuchten, uns einzuholen und die Kreuzung vor uns zu besetzen. Wir waren noch Hunderte von Metern davon entfernt. Ich drängte meinen Begleiter, mit mir vorauszulaufen, und wir sprinteten an der Spitze der Demonstration vorbei, an den Fahrradpolizist*innen und Motorradpolizist*innen, die begannen, ihre Fahrzeuge in die Menschen unmittelbar hinter uns zu rammen. Als die Polizist*innen sahen, dass einige von uns bereits hinter ihnen waren, gaben sie den Versuch auf, eine Kette zu bilden, und konzentrierten sich wieder darauf, uns zu überholen. Die Polizei hasst es, flankiert zu werden – sie kann es nicht riskieren, selbst umzingelt zu werden.

Der Zusammenstoß an der Kreuzung zeigte, dass die Demonstration die Kontrolle über das Gebiet um sie herum verloren hatte. Es war Zeit, uns aus dem Staub zu machen. Kurz vor der nächsten Kreuzung rannten wir eine Gasse zu unserer

Rechten hinunter. Hundert andere taten es uns gleich. Diejenigen, die weitergingen, wurden an der nächsten Kreuzung von einer Polizeikette aufgehalten und drehten sich um, nur um festzustellen, dass eine viel stärkere Polizeikette sie von hinten blockierte.

Zwei lange Minuten lang stand die Menge verwirrt und bestürzt da. Einige Leute am Ende der Demonstration hatten schon ihre Ausrüstung abgelegt und hofften, als Zivilisten durchzukommen, um aus dem Gebiet zu entkommen, ohne zu merken, dass sie schon von allen Seiten eingekesselt waren.

Die Teilnehmenden an der Spitze der Demonstration behielten ihre Ausrüstung an und verbanden ihre Arme miteinander. Jemand rief: »Wir machen einen Countdown!« Sie zählten schnell von zehn bis eins herunter und stürmten direkt auf die Polizeikette vor ihnen zu. Die Person ganz vorne hielt einen dünnen Regenschirm hoch, während alle blindlings vorwärts rannten. Irgendwie schützte der Regenschirm sie vor dem Pfefferspray, mit dem die Polizei reagierte.

Fünfzig von ihnen durchbrachen die Polizeikette und konnten entkommen. Diejenigen, die zögerten und abwarteten, ob der Angriff erfolgreich sein würde, bevor sie sich anschlossen, blieben im Kessel gefangen.

Jemand postete später einen humorvollen Kommentar in den sozialen Medien, dass der Cheat-Code für den J20-Protest-Simulator darin bestehe, immer mit einem Hammer auf die Polizist*innen loszustürmen. Aber da war etwas dran. Als wir uns später die Polizeivideos ansahen, die den Angeklagten im anschließenden Gerichtsverfahren gezeigt wurden, sahen wir, dass selbst nachdem die Polizei und die Nationalgarde ihre Kette verstärkt hatten, ein findiger Einzelner entkommen war, indem er einfach so schnell wie möglich direkt auf sie zugerannt war und sich zwischen zwei von ihnen duckte.

Jede*r, der*die festgenommen wurde, wurde wegen des Verbrechens, in der Nähe einer lautstarken Demonstration

massenhaft verhaftet worden zu sein, mit acht Straftaten angeklagt – bis zu achtzig Jahren Gefängnis. Einige wenige gingen einen Vergleich ein, aber alle anderen hielten zusammen, stellten einen gemeinsamen Verteidigungsplan auf und stellten sich dem Rechtssystem frontal entgegen. Am Ende, nach zwei Prozessen, in denen alle Angeklagten für nicht schuldig erklärt wurden, wurden die Anklagen gegen alle verbleibenden Angeklagten fallen gelassen. Jahre später erhielten alle von ihnen Zahlungen vom Staat, um die daraus resultierenden Rechtsstreitigkeiten beizulegen.

Das klingt wie eine Metapher, aber ich meine es sowohl wörtlich als auch im übertragenen Sinne. Ob es sich um eine Demonstration oder einen Gerichtsprozess handelt, manchmal ist es sicherer, ganz vorne in der ersten Reihe zu stehen.

Ein paar Jahre später war ich in Atlanta bei der Block Cop City-Aktion. Die Demonstrant*innen wollten den Bau einer millionenschweren Anlage verhindern, die die Polizei noch mehr aufrüsten sollte. Als Reaktion darauf hat die Polizei eine Person umgebracht und viele Leute einfach so verhaftet, sie wegen Terrorismus angeklagt und 61 von ihnen als erfundene ›kriminelle Vereinigung‹ angeklagt.

Vor der eigentlichen Aktion gab es zwei Tage lang Beratungen in einem örtlichen Gemeindezentrum der Quäker*innen. Alle waren nervös. Das Ziel war, in den Wald zu laufen und die Baustelle zu besetzen. Würden wir alle verhaftet werden? Würden auch wir wegen Terrorismus und organisierter Kriminalität angeklagt werden? Die Diskussionen drehten sich im Kreis, während die Leute vergeblich versuchten, vorherzusagen, was passieren würde, und über ihre eigene Risikobereitschaft verhandelten.

Es wurde beschlossen, dass es innerhalb der Demonstration drei selbstorganisierte Blöcke geben sollte: im Wesentlichen den vorderen, den mittleren und den hinteren. Offiziell basierte diese Unterscheidung nicht auf dem erwarteten Risiko,

da die Organisator*innen keine Versprechungen darüber machen konnten, wie die Polizei reagieren würde. Aber keine*r konnte sich entscheiden, welchem Block er sich anschließen sollte, ohne sich mit größeren Fragen auseinanderzusetzen. Wie sehr fürchte ich die Gewalt der Polizei und des Justizsystems? Was bin ich bereit, für diese Bewegung zu opfern?

Nur die wenigen Mutigen, die sich mit ihren Ängsten abgefunden hatten und sich entschlossen hatten, an der Spitze der Demonstration mitzulaufen, schienen gelassen zu sein. Selbst innerhalb des ›mittleren‹ Blocks gab es viele Querelen und Verhandlungen. »Ich werde in der Mitte sein, aber nicht ganz vorne in der Mitte ...«

An diesem Abend erklärte ich meiner Familie, was zu tun sei, falls ich nicht von der Demonstration nach Hause kommen sollte. Meine beiden Partnerinnen fragten mich unabhängig voneinander, ob es mir wirklich so wichtig sei, an dieser bestimmten Demonstration teilzunehmen. Könnte ich das nicht einfach den jüngeren Aktivist*innen überlassen?

Vorne ist es sicherer. Ich erinnerte mich an diesen Spruch aus früheren Mobilisierungen – aber als ich darüber nachdachte, war ich mir nicht mehr so sicher. Wie konnte es sicherer sein, direkt in die Polizeiketten zu stürmen? Der Slogan fasste die Lehren aus meiner eigenen Erfahrung zusammen, aber angesichts einer weiteren gefährlichen Situation war ich skeptisch.

Am Morgen der Mobilisierung versammelten wir uns im Park. Trotz einiger festlicher Akzente war die Stimmung gedrückt: Ein paar hundert Menschen riskierten Verletzungen, Verhaftungen und Gefängnisstrafen für die Anerkennung einer umkämpften Bewegung. Viele hatten sich in letzter Minute entschieden, zu Hause zu bleiben. Wir führten eine Demonstration in einer Kolonne aus dem Park durch, wobei jede*r eifrig an seiner*ihrer jeweiligen Position im Risikotoleranzspektrum festhielt. Solange wir den schmalen Fußgängerweg entlang auf Demonstration laufen, machte das Sinn, aber als wir auf die Hauptstraße kamen und auf die Baustelle

zusteuerten, machte es weniger Sinn. Wir hätten uns auffächern sollen, um eine breite Front zu bilden, als wir uns den Reihen von Polizist*innen und gepanzerten Fahrzeugen näherten, die die Straße blockierten, aber nein, die Menge streckte sich zu einer fast einreihigen Linie, wie Lämmer, die sich zur Schlachtung anstellen.

Trotzdem nahmen die Leute vorne Fahrt auf, bildeten mit ihren verstärkten Transparenten einen V-förmigen Keil und richteten ihre Regenschirme nach vorne, um den Polizisten die Sicht zu versperren, während sie direkt auf die Schilde der Vorhut zustürmten. Der Rest von uns schleppte sich hinterher und hielt die Positionen, zu denen wir uns verpflichtet hatten – nicht weniger und nicht mehr.

Die Leute mit den verstärkten Transparenten drängten die erste Reihe der Polizist*innen zurück, bis sie durch eine zweite Reihe verstärkt wurde. Selbst dann gaben sie nicht nach, sondern drängten weiter gegen die Polizei vor. Die Polizist*innen schlugen mit ihren Schlagstöcken zu, verloren aber weiter an Boden. Der Block an der Spitze der Demonstration hielt zusammen, schützte sich gegenseitig und handelte überlegt. Vielleicht hatten sie Angst, aber es war nicht die Angst, die ihr Handeln bestimmte.

Als ich hinter ihnen stand und zusah, hatte ich Angst. Ich war froh, dass ich nicht vorne stand und Entscheidungen treffen musste. Polizeiknüppel sind beängstigend, Gefängnisstrafen sind beängstigend, Strafanzeigen sind beängstigend, aber das wirklich Beängstigende ist Verantwortung. Menschen nehmen viele negative Konsequenzen in ihrem Leben in Kauf, nur um Verantwortung zu vermeiden. Und leider ist das unmöglich: So sehr wir uns auch bemühen, wir können nicht umhin, dass wir, solange wir Entscheidungen treffen und handeln können, für uns selbst verantwortlich sind. Das gilt unabhängig davon, ob mensch sich an der Spitze oder am Ende positioniert oder gar nicht erst erscheint.

Ich sah, wie die Demonstrant*innen vor mir beide Polizeiketten zurückdrängten, bis sie eine dritte Kette erreichten, die aus futuristisch anmutenden Sturmtruppen bestand. Unter ihrer militärischen Ausrüstung war nichts Menschliches an den Sturmtruppen zu erkennen, nicht einmal ihre Augen waren zu sehen. Sie hatten sich vollständig aus der menschlichen Gemeinschaft zurückgezogen.

Die Sturmtruppen zogen Tränengasgranaten hervor. Ungläubig sah ich zu, wie sie die Granaten eine nach der anderen über die Köpfe derjenigen an der Spitze hinweg in die Mitte der Demonstration warfen – mitten unter uns, die wir gehofft hatten, dass andere für uns Risiken eingehen würden, die wir einfach nur ein Anhängsel der Handlungsfähigkeit anderer sein wollten. Vielleicht wäre es an der Spitze doch sicherer gewesen?

Dann verschwand alles in einem giftigen weißen Nebel.

Wir taumelten blind und verwirrt zurück, würgten und husteten. Aber die Sturmtruppen hatten auch den Rest der Polizist*innen mit Tränengas angegriffen, und die anderen Polizist*innen trugen keine Gasmasken. Auch sie hatten sich zurückgezogen. Entgegen aller Erwartungen endete die Schlacht unentschieden.

Am Ende war die einzige Person, die an diesem Tag verhaftet wurde, jemand, der sich dafür entschieden hatte, weit entfernt vom Ort des Geschehens eine unterstützende Rolle zu spielen. Sie wurden in einem Fahrzeug in der Nähe des Parks festgenommen, von dem aus wir gestartet waren. Niemand wurde wegen Terrorismus oder organisierter Kriminalität angeklagt.

In all unserer Angst hatten wir das größte Risiko von allen vergessen: dass wir vielleicht nichts tun würden, dass wir uns einschüchtern lassen und die Straßen verlassen würden. Da so viele Menschen bereits mit absurden Anklagen konfrontiert waren, war die Demonstration zur Baustelle ein riskantes Unterfangen – aber wenn wir dem Staat erlaubt hätten, die Bewegung zu zerschlagen, hätte dies einen Präzedenzfall geschaffen, der andere Bewegungen bedroht und die Behörden

ermutigt hätte, dieselben Taktiken auch anderswo gegen viele andere wie uns anzuwenden.

Manchmal kann mensch die Risiken nur herausfinden, indem mensch ein Risiko eingeht. Dieses Mal hatten wir Glück gehabt. Aber in gewisser Weise hatten wir auch eine Prüfung bestanden.

Vorne ist es nicht wirklich sicherer. Zu Hause zu bleiben ist sicherer – zumindest solange, bis die langfristigen Folgen des Rückzugs von den Straßen spürbar werden. Dann ist es nirgendwo mehr sicher, und es stellt sich heraus, dass es besser gewesen wäre, früher kleinere Risiken einzugehen.

Die Antifaschist*innen, die im August 2017 nach Charlottesville fuhren, um gegen die ›Unite the Right‹-Kundgebung zu protestieren, haben sich selbst in Gefahr gebracht. Eine von ihnen wurde getötet, mehrere wurden schwer verletzt. Aber wenn sie zu Hause geblieben wären, wenn sie den Faschisten erlaubt hätten, die Kontrolle über die Straßen zu übernehmen, wäre die ganze Welt gefährlicher geworden. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir heute gezwungen sein könnten, denselben Kampf noch einmal zu führen, ändert nichts an der Tatsache, dass sie uns acht kostbare Jahre relativer Sicherheit verschafft haben.

Selbst wenn alles wirklich hoffnungslos verloren ist, ist es meistens besser, mutig zu handeln und ein Signal der Hoffnung über die Generationen hinweg zu senden, so wie es die Kommunard*innen und die Kronstädter Rebell*innen gemacht haben. Damit hältst du zumindest die Möglichkeit offen, dass andere inspiriert werden, weiter an der Welt zu arbeiten, die du dir wünschst, sodass dein Traum eines Tages vielleicht wahr wird – auch wenn du nicht mehr da bist und das zumindest teilweise dank deiner Bemühungen.

Aber so sieht es heute nicht aus. Wir stehen mächtigen Gegnern gegenüber, aber die Mehrheit der Menschen, darunter viele ihrer Unterstützer*innen, hat gute Gründe, sich gemeinsam mit uns gegen sie zu stellen. Wenn wir die Menschen zu-

sammenbringen, wenn wir wirksame Wege zum Widerstand aufzeigen und unsere eigene Risikobereitschaft in den Dienst größerer Kämpfe stellen, werden sich uns letztendlich viel mehr Menschen anschließen. Es gibt keinen Grund, voreilig das Märtyrertum zu verherrlichen oder eine Niederlage zu akzeptieren, wenn die Zukunft noch ungeschrieben ist.

Selbstredend kann nicht jede*r immer an vorderster Front stehen. Das kann anstrengend sein. Aber die Front ist kein räumlicher Ort. Richtig verstanden erfordert sie nicht unbedingt bestimmte körperliche Fähigkeiten oder Fertigkeiten. Sie ist eine Art, sich mit Ereignissen auseinanderzusetzen, sich auf unsere Handlungsfähigkeit zu konzentrieren und die Initiative zu ergreifen, wo immer wir können, anstatt nur auf die Initiativen unserer Gegner zu reagieren. Jede*r kann eine neue Front im Kampf eröffnen, indem er*sie eine Schwachstelle in der herrschenden Ordnung identifiziert und in die Offensive geht. Je mehr Fronten es gibt, desto sicherer sind wir alle.

Angesichts der zweiten Amtszeit von Donald Trump wissen viele Anarchist*innen und Antifaschist*innen nicht, wo sie anfangen sollen. Während der vorherigen Trump-Regierung haben wir hart gegen einen Gegner gekämpft, der viel mächtiger war als wir, und gewonnen – nur um dann zu sehen, wie uns der Sieg von feigen Demokraten aus den Händen gerissen wurde, die eifrig dort weitermachten, wo die Republikaner aufgehört hatten, und so viele Menschen enttäuschten, dass Trump wieder an die Macht kommen konnte. Aber das ist kein Grund, diesmal aufzugeben – es zeigt nur, dass wir die ganze Zeit über Recht hatten mit unserer Einschätzung der Natur der Herrschaft, und wir sind es der Welt schuldig, eine echte Alternative aufzuzeigen.

In Ländern, die von Faschismus oder anderen Formen der Despotie regiert werden, unterstützt die Mehrheit der Menschen nicht unbedingt die Behörden; sie sind einfach mutlos geworden und haben sich an Passivität gewöhnt. Viel mehr als Liberale sind Anarchist*innen daran gewöhnt, in

der Unterzahl und unterlegen zu sein und gegen unglaubliche Widrigkeiten zu kämpfen. Während Demokrat*innen Entschuldigungen für die Faschist*innen suchen oder sogar deren Agenda begrüßen, sollten wir zeigen, dass es möglich ist, ehrgeizige, prinzipientreue Maßnahmen zu ergreifen, um Widerstand zu leisten.

Wenn du Verzweiflung empfindest, wenn du dich besiegt fühlst, wenn du dich dabei ertappst, dich zu distanzieren oder dich darauf zu konzentrieren, was unsere Unterdrücker tun, anstatt darauf, was du selbst tun kannst – dann ist das ein Gebiet, das der Feind in dir erobert hat.

Gib ihnen nichts kampflos auf. Konzentriere dich auf deine Handlungsfähigkeit. Jede Stunde, jeden Tag, wo auch immer du bist, gibt es immer etwas, das du tun kannst. Pass auf dich und deine Mitmenschen auf. Halte Ausschau nach Chancen und nutze sie. Wir befinden uns in einem Kampf – aber es ist ein Kampf, den wir gewinnen können. An vorderster Front ist es sicherer.

erstveröffentlicht am 28.01.2025

ICE schmelzen, Wasser sein

Bericht von einer heißen Sommerdemonstration in Austin, Texas

Die Welle des Widerstands gegen die Razzien der Bundesbehörde ICE (Immigration and Customs Enforcement), die in Minneapolis losging und sich bis nach Los Angeles ausgebreitet hat, löst im ganzen Land Revolten aus. Während Donald Trump die Nationalgarde und Marines in Los Angeles zusammenzieht, um diejenigen einzuschüchtern, die mutig für ihre Communities eintreten, ist die beste Form der Solidarität, die Fronten weit auszudehnen und die Söldner*innen, die ihm dienen, zu überlasten. Im folgenden Bericht beschreiben Teilnehmende einer Demonstration in Austin, Texas, am 9. Juni, wie sie sich der Kontrolle durch Parteien entzogen, die das Potenzial der Proteste einschränken wollten, und dann zwei Stunden lang der Polizei entkamen und so den Druck auf diejenigen, die uns unterwerfen wollen, weiter verstärkten.

ICE zerschlagen – in Bewegung bleiben

Am Abend des 9. Juni versammelten sich über 600 Demonstrant*innen vor dem texanischen Kapitol zu einer Demo, zu der die Party for Socialism and Liberation (PSL) aufgerufen hatte. Eine revolutionäre Organisation rief zu einer parallelen Demonstration auf, die eineinhalb Stunden später vor dem JJ Pickle Federal Building, einer Einrichtung der US-Einwanderungs- und Zollbehörde, vier Blocks vom Kapitol entfernt, beginnen sollte.

Die PSL-Kundgebung setzte sich in Bewegung, begleitet von einer Polizeimotorrad-Eskorte, und erreichte die ICE-



Die Demo umringtt das JJ Pickle Federal Building in der Innenstadt von Austin, das von der ICE als Operationsbasis und vorübergehende Haftanstalt genutzt wird.

Einrichtung um 19:45 Uhr. Die Gruppe war voller Energie und Wut. Eine riesige Menschenmenge skandierte vor dem Gebäude. Trommler*innen lassen zum Klang zerbrechender Fenster einen Rhythmus ertönen. Einige Leute zogen City-Roller auf die Straße, andere sprühten Pro-Einwanderungs- und Anti-ICE-Slogans oder warfen mit Farbe gefüllte Luftballons. Die ganze Zeit über forderten die rot gekleideten Organisator*innen der PSL die Menge auf, weiterzugehen. Dutzende von Menschen drängten zurück und skandierten »ICE ist hier!«. Dennoch gelang es den PSL-Organisator*innen bis 20 Uhr, den größten Teil der Menge zurück zum Kapitol zu mobilisieren, indem sie einige Teilnehmenden davon überzeugten, den anderen zu sagen, dass die Gruppe durch den Rückzug in Sicherheit sei. Eine Splittergruppe von etwa 100 Personen blieb zurück und drückte weiterhin mit Kunst und Musik ihre Gefühle aus. Die Demo war effektiv geteilt

zwischen denen, die aus eigener Initiative handelten, und denen, die sich der Autorität der PSL unterwarfen.

Die PSL führte die größere Gruppe zurück zum Kapitol, zu einer Kreuzung, an der es nichts als hohe Zäune, berittene Polizist*innen und von der Polizei blockierte Straßen gab. Die Organisator*innen der PSL griffen zum Mikrofon, um die Demo offiziell aufzulösen. Sie dankten allen für ihr Kommen und forderten sie auf, nach Hause zu gehen und sich auszuruhen, um die ganze Aktion in den nächsten Tagen zu wiederholen. Die Menge wurde unsicher, kehrte größtenteils auf den Bürgersteig vor dem abgesperrten Kapitol zurück und überließ die Straße fast vollständig der Polizei, bis auf ein paar hartnäckige Leute, die an der Kreuzung blieben und mit Transparenten tanzten. Polizist*innen ließen auf beiden Seiten ihre Sirenen heulen und forderten sie auf, auf den Bürger*innensteig zu gehen – aber die Tänzer*innen blieben und skandierten »Chinga la migra! Chinga la migra!«

Währenddessen setzte die Polizei in der Pickle-ICE-Einrichtung Tränengas gegen die verbliebenen Feiernden ein, warf einige von ihnen zu Boden und drängte die Menge vom Gebäude weg.

Davon nichts mitbekommen, tanzten die Cheerleader*innen vor dem Kapitol weiter, vor allem als die Ampel auf Grün sprang, was einige aus der Menge dazu inspirierte, auf die Straße zu strömen. Die Menge formierte sich in Wellen neu. Die erste Welle nahm einen Weg über den Bürger*innensteig zurück zum Pickle, wo sie auf die kleinere Splittergruppe traf, die gerade mit Tränengas angegriffen worden war. Gemeinsam bildeten sie eine Barrikade aus City-Rollern auf der Straße hinter sich und begannen, sich mit der Polizei vor ihnen zu anzulegen.

Zurück am Kapitol brachte der Ruf »Whose streets? Our streets« die Hunderte, die noch auf dem Gehweg standen, zurück zur Kreuzung und auf die Congress Avenue in Richtung Süden.



Ein Polizist der Staatspolizei sprüht einem Demonstranten Pfefferspray ins Gesicht, nachdem es zu einer Konfrontation gekommen war, weil Polizisten mit ihren Motorrädern in die Menge gefahren sind.

Die Menge wurde unmittelbar von zwei Motorradpolizist*innen bedrängt. Die Leute zögerten, drängten aber weiter vorwärts. Die Cops versuchten, sie durch lautes Sirenengeheul und Vorwärtsfahren abzuschrecken. Ein Motorrad-Polizist fuhr mit hoher Geschwindigkeit in die Menge und zwang die Demonstrant*innen zur Seite zu springen. Seine Aggression hatte sofort Konsequenzen: Eine Menschenmenge umzingelte sein Fahrzeug, zwang ihn abzusteigen und brachte ihn zu Boden. In der Zwischenzeit kam die Nachricht, dass die kleine Gruppe am Pickle-Gebäude mit Tränengas angegriffen und auseinandergetrieben wurde, inklusive einiger Festnahmen. Obwohl dies einen Moment des Zögerns auslöste, brach Jubel aus, als die Menge die 8th Street umrundete und auf die Barrikade aus Lime-Scottern stieß.

Angesichts einer Polizeikette, die den Zugang zum Gebäude versperrte, drehte die größtenteils wieder versammelte Menge um. Als sie wieder die Congress Avenue erreichten und sich nach Westen bewegten, stand direkt vor ihnen eine

Reihe von Streifenwagen und links eine Reihe von Fahrradpolizist*innen. Sofort fand die Menge eine Lücke in der Fahrradreihe auf dem Bürger*innensteig und strömte hindurch, ganz nach dem Motto der Hongkonger Unruhen von 2019: »Be water« – auch wenn viele zu jung waren, um diesen Slogan aus den George-Floyd-Unruhen von 2020 zu kennen.

Die Menge erkannte schnell, was für ein Sieg diese Ausweichmanöver waren. Plötzlich waren keine blinkenden Lichter mehr zu sehen. Sie hatten die Polizeisperre durchbrochen. In den nächsten Stunden konnten sie sich frei durch die Innenstadt von Austin bewegen.

»Chinga la migra!« hallte durch die Straßen der Innenstadt. Die ausgelassenen und spielerischen Aktivitäten eskalierten, jede Geste baute auf der vorherigen auf. Alles, was nicht niet-fest war, wurde auf die Straße gebracht: Baustellen-Absperrungen, Roller, Veranstaltungsschilder. Die Musen sangen für Sprüher*innen: an Banken und Risikokapitalfirmen. Einige Geschäfte in der Innenstadt verloren ihre Fenster, einige geparkte Lexusse verloren ihren Wind in den Segeln.

Die Menge zog weiter südlich die Congress Street entlang, erreichte die Congress Bridge und begann, sie zu überqueren. Zu diesem Zeitpunkt war die Spitze der Demo weit vor dem Rest der Menge. Die Leute waren sich unsicher, ob sie die Brücke aus der Innenstadt heraus überqueren sollten; einige begannen, auf den Bürger*innensteig auszuweichen. Es gab einen Moment des Zögerns, bevor die Menge umkehrte und zu bekannten Zielen wie dem Rathaus, dem Kapitol und der Innenstadt im Allgemeinen zurückkehrte.

Dann bewegte sie sich westlich auf der MLK entlang des Flusses, hielt am Rathaus an, um die mexikanische Flagge über dem Balkon zu hängen, bevor sie zehn lange texanische Blocks nach Norden zurück zum Kapitol lief. Zum Glück trafen sie dort auf die Überreste der Gruppe, die ursprünglich beim JJ Pickle-Gebäude geblieben war, bis sie mit Tränen-



Demonstrant*innen kippen Wasserpoller um, leeren sie und fluten die Straße mit Wasser.

gas angegriffen und auseinandergetrieben worden war. Es gab Rufe wie »LA – zeigt uns den Weg!«.

Mit wieder zwei- bis dreihundert Leuten kehrte die Menge schließlich zum Pickle-Gebäude zurück. Weitere Fenster wurden eingeschlagen. Einige Trucks tauchten auf und die Fahrer*innen machten Burnouts, während sie laute Musik spielten. Die Leute kippten mit Wasser gefüllte Baustellenbegrenzungen um und überschwemmten die Straße. Alle fanden das toll. Es war laut, es wurde getanzt und gejubelt.

Die Menge zog weiter zur 6th Street, der Hauptstraße des Nachtlebens. Ein Roller zerschmetterte die maßgefertigte Leuchtreklame von The Mothership, Joe Rogans Comedy-Bar. Obwohl der Laden mit heruntergelassenen Rollläden geschlossen schien, erfuhr mensch später über Reddit, dass drinnen eine Show stattfand. Nach diesem Punkt hatte die Menge Schwierigkeiten, sich auf eine Route zu einigen, was sie verlangsamte. Diese Unentschlossenheit führte dazu, dass die Menge eher auf Gewohnheiten als auf Strategie zurück-

griff. Die Erinnerung trieb sie entgegen besseren Wissens zurück in Richtung Kapitol und zur Polizei.

Nachdem fast zwei Stunden lang kein*e einzige*r Polizist*in zu sehen war, stieß die Menge an Kreuzungen wieder auf Motorradstaffeln. Anstatt sich wie zuvor durch diese Staffeln zu drängen – was die Menge leicht hätte wiederholen können –, ließ sie der Polizei die Wahl der Route. Dies ging mindestens zwanzig Minuten lang so weiter. Das war ein fataler Fehler: Die Menge ließ sich von der Polizei in einen Hinterhalt führen. Die Leute hätten sich weiter entfernen und ohne Verhaftungen zerstreuen können, aber stattdessen gingen sie direkt in eine Falle.

Nachdem sie die 6th Street wieder hochgelaufen waren, zog die Menge weiter nach Westen, vorbei am Congress, der Straße, die zum Kapitol führt. Nach ein paar Blocks stand eine Reihe von Polizist*innen auf Motorrädern der Menge gegenüber und versperrte den Weg. Wieder mal unentschlossen, teilte sich die Menge in verschiedene Gruppen auf – eine ging nach Norden, eine nach Süden –, bevor sie sich wieder zu einer einzigen Masse zusammenschloss, die nach Süden zog. Sie hatten kaum die Hälfte des Blocks hinter sich, als zwei unmarkierte weiße Transporter an der Kreuzung vor ihnen Trupps von APD-Riot-Cops mit Pfefferkugelgewehren ausladen. Die Leute wussten, dass sie in Gefahr waren, eingekesselt zu werden, und bogen in eine Seitenstraße ein. Diejenigen, die vorausliefen, kehrten schnell um, als ein weiterer Block mit APD-Polizist*innen die Kreuzung blockierte. Die Polizist*innen stiegen ab und jagten die Leute durch die Seitenstraße, packten wahllos Leute und schossen mit Pfefferkugeln, die die Demonstrant*innen und einige ihrer eigenen Beamt*innen mit Pfeffergas einnebelt. Diese Zangenbewegung zerstreute einen Großteil der Menge und führte zu einer Handvoll Festnahmen.

Kurz darauf versammelte sich ein Teil der Menge vor dem Hochhaus in der Innenstadt, in dem sich die Büros der Job-

börse Indeed befinden. Dort wurden sie auf einer belebten Straße voller Autos von zwei LRAD-Panzern angegriffen. Die Menge nahm die Fahrer*innen der Panzer ins Visier und bewarf sie mit Gegenständen, während einige der Trucks, die den Protest verfolgt hatten, die Panzer daran hinderten, weiterzufahren. Diese Kombination von Taktiken führte schließlich dazu, dass die Panzer sich zurückzogen.

Zu diesem Zeitpunkt löste sich der Rest der Demo für den Abend auf.

Warum verging so viel Zeit, ohne dass die Polizei zu sehen war? Erstens wurde sie durch die Blockade wirklich daran gehindert, der Demo zu folgen. Das hatte die Polizei von Austin in diesem Ausmaß noch nie erlebt. Zweitens hatten sie nicht genug Leute, um mit dem Protest Schritt zu halten und ihn einzukreisen, und die Kampfbereitschaft der Menge erhöhte die Kosten, die sie für einen Einsatz kalkulieren mussten. Und während diese Menge lief, gab es immer noch eine Gruppe, die das Bundesgebäude umzingelte, mit Graffiti besprühte und dann mit der Polizei aneinandergeriet, sodass ihre Kräfte zwischen diesem Einsatz, der Verteidigung des Kapitols und der Verfolgung von uns aufgeteilt waren.

Ein Polizist hat das nach den Unruhen von 2020 so beschrieben:

Wir können mit einer Demonstration von 10.000 Menschen umgehen, aber zehn Demonstrationen mit jeweils 1.000 Menschen in der ganzen Stadt überfordern uns.

Vielleicht wurde die Polizei angewiesen, sich zurückzuhalten, keine Konfrontationen in dem Viertel zu provozieren, durch das die Demo führte, oder sich auf das Kapitol und das Bundesgebäude zu konzentrieren, aber das wissen wir derzeit nicht. Es kam erst wieder zu größeren Zusammenstößen mit der Polizei, als wir zum Kapitol zurückkehrten. Danach versuchte die Polizei nur noch, mit einer einzigen Menschenmenge Schritt zu halten. Als die Menge weiterlief, räumte die Polizei wahrscheinlich die Straßen und schmiedete Pläne, um

die Menge zu zerstreuen, was schließlich zu dem Hinterhalt am Ende führte.

Wir schließen mit einigen Schlussfolgerungen zu den Ereignissen des Abends und zu den möglichen nächsten Schritten.

Die wichtigste Erkenntnis des Abends ist, dass die Lage gerade echt angespannt ist. Ein Minimum an physischer Vorbereitung und ein bisschen Mut reichten aus, um eine vorhersehbare, harmlose Kundgebung am Kapitol in die stärkste Demonstration gegen das rassistische und autoritäre Regime zu verwandeln, die Austin seit 2020 gesehen hat. Die Menge war taktisch besser ausgerüstet als sonst, mehrere Personen hatten Handschuhe, Schutzbrillen, Sprühdosen und Atemschutzmasken mitgebracht – aber das Wichtigste ist, dass die Menschen im Moment ein Gefühl der Dringlichkeit verspüren.

Außerdem: es ist wichtig einzuplanen, das mensch Erfolg haben könnte. Demonstrant*innen sollten mit einer Reihe möglicher Ziele im Kopf ankommen, für den Fall, dass sie ihr ursprüngliches Ziel leicht erreichen. Aber wenn sich eine Demo zu wiederholen beginnt und man mit abnehmendem Ertrag immer wieder dasselbe Gebiet durchläuft, ist es vielleicht an der Zeit, abzubrechen. In diesem Fall haben sich die Teilnehmer*innen selbst überrascht, indem sie die Polizei überwanden und neue Möglichkeiten eröffneten. Nach einer Weile verloren sie jedoch die Fähigkeit, neue Ziele zu identifizieren und kreativ zu bleiben, und gerieten stattdessen in eine Schleife, in der sie immer wieder dieselben paar Blocks der Innenstadt umkreisten. Die Menge hätte sich entweder früher auflösen oder ein neues Ziel außerhalb des Gebiets finden sollen, durch das sie wiederholt gelaufen war. Sobald die Menge die Fähigkeit verloren hatte, neue Ziele zu finden, neue Richtungen einzuschlagen oder zumindest weiter zu wachsen, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Polizei sich neu formieren und eine Offensive starten konnte.

Genauso wie es wichtig ist, sich den Versuchen selbsternannter Anführer*innen zu widersetzen, die bestimmen wollen, was eine Demo tun darf. Außerdem sollte mensch sich, wann immer möglich, den Versuchen der Polizei widersetzen, die Bewegungen der Menschen zu kontrollieren. Als die Menge auf ein paar Motorräder und einen einzigen Streifenwagen stieß, riefen einige Leute »Sie wollen uns einkesseln!« und drehten um, anstatt weiter vorzustoßen. Genau das ermöglichte es der Polizei, die Menge direkt in eine Situation zu treiben, in der sie fast eingekesselt worden wäre. Es ist wichtig, sich der Versuche bewusst zu sein, eine Menschenmenge einzukesseln, aber oft ist es am besten, durch Polizeiketten zu brechen, bevor sie verstärkt werden.

Schließlich kann es hilfreich sein, materielle Verstärkung bereit zu halten, die erst lange nach Beginn einer Demo zum Einsatz kommt.

Da sich die Welle des Widerstands, die in Minneapolis begann und sich bis nach Los Angeles ausbreitete, zu einer landesweiten Revolte ausweitet, können wir mit weiteren heißen Demonstrationen rechnen. Jetzt wissen wir, dass die Menschen hier zu kämpferischen Massendemonstrationen kommen werden, wenn dazu aufgerufen wird. Im Vorfeld des nächsten Moments der Möglichkeit gibt es ein paar Dinge, die Crews jetzt tun können, um sich vorzubereiten:

- Nimm dir einen Moment Zeit, um dich auszuruhen, zu erholen, zu erden, Essen zu teilen und über deine Erfahrungen nachzudenken, damit du bereit bist, mit allen dir zur Verfügung stehenden Mitteln zu handeln, wenn es soweit ist.
- Identifiziert potenzielle Ziele und überlegt euch, welche Aktionen dort möglich wären. Das können bestimmte Gebäude, Institutionen, Stadtviertel oder Geschäftsviertel sein. Erstellt Flyer, um diese Ziele bekannt zu machen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen.

- Entscheidet als Gruppe, welche Maßnahmen ihr ergreifen könnt, um die Dynamik zugunsten der Menge zu verändern. Könnt ihr entschlossen ein neues Ziel vorschlagen und die Menge dorthin lenken? Habt ihr ein Projekt zur gegenseitigen Hilfe, das Gasmasken, Schutzbrillen, Regenschirme und andere Hilfsmittel verteilen könnte, damit die Menschen weiterkämpfen können? Könnt ihr die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit koordinieren, um mehr Menschen auf die Straße zu bringen und die Demonstrationen zu verstärken? Könnt ihr gleichzeitige Aktionen an mehreren Orten organisieren, vor allem an Orten, an denen bisher noch nichts passiert ist? Könnt ihr neue Räume schaffen, um die Leute in der ersten Reihe zu unterstützen? Könnt ihr mit Essen, medizinischer Versorgung, Wasser, Transport und anderen Dingen helfen, die Demo am Laufen zu halten?

Die Chance ist jetzt da und die Möglichkeiten sind riesig. Es liegt an uns allen, diese Möglichkeiten zu nutzen, bevor die Kräfte, die eine Welt der Polizei, Grenzen und Ausbeutung aufrechterhalten wollen, sie zunichte machen können.

erstveröffentlicht am 11.06.2025

Chicago gegen ICE: »La migra, la policía, la misma porquería«

Bericht über die Demonstrationen vom 10. Juni

Ab dem 6. Juni kam es in Los Angeles zu heftigen Protesten gegen Razzien der Bundesbehörden gegen Einwanderer*innen. Die Unruhen breiteten sich rasch im ganzen Land aus. Im folgenden Bericht reflektieren Teilnehmer*innen der Demonstrationen und Konfrontationen in Chicago am 10. Juni über das Potenzial dieses Moments – und darüber, was nötig ist, um es weiter zu erschließen.

Bei Trumps Sieg im November 2024 und in den ersten Tagen seiner zweiten Amtszeit gab es kaum dynamische Straßenproteste, wie sie seinen Aufstieg zur Macht im Jahr 2016 begleitet hatten. Einige Genoss*innen sahen darin einen Beweis dafür, dass die meisten Menschen demoralisiert und demobilisiert waren und sich damit abgefunden hatten, ihr Leben an das neue Regime anzupassen, anstatt sich zu wehren. Wir hatten eine andere Hypothese: Wir glaubten, dass Hunderttausende von Menschen, vielleicht sogar noch mehr, auf den richtigen Moment warteten, um ihre Chance zu nutzen. Da es kaum außerparlamentarische Faschist*innen gab, gegen die mensch auf der Straße kämpfen konnte, und es wenig Sinn machte, vor verschiedenen Trump Towers herumzustehen und mit cleveren Plakaten zu wedeln, stellte sich die Frage: Was ist das Problem, wo sind die Ziele und was ist die beste Gelegenheit, um Trump und das Programm, für das er steht, auf sinnvolle und wirksame Weise anzugreifen?

Demonstrationen vor Tesla-Läden – und die vielversprechendere Zerstörung von Tesla-Autos und -Infrastruktur –

boten einen solchen Weg, obwohl dies fest im Rahmen eines Verbraucherboykotts blieb, wenn auch eines feurigen. Die Proteste von Indivisible und 50501 erinnerten an die schlechten alten Zeiten der endlosen Gruppentherapiesitzungen unter freiem Himmel im Jahr 2017 und wiederholten größtenteils Punkt für Punkt die Botschaften von damals: Wir fordern einen kompetenteren Verwalter des blutigen Drangs des Kapitalismus zum planetarischen Selbstmord.

Dann kamen die Szenen in Los Angeles: mutige und entschlossene kollektive Aktionen, um Trumps ungeschickte Bemühungen um die »Größte Massenabschiebung der Geschichte USA« zu unterbrechen. Die Aktion war nicht symbolisch, sondern direkt und effektiv. Die Risiken wurden nicht eingegangen, um dem Faschismus die Wahrheit zu sagen, sondern um seine sich abzeichnenden Pläne praktisch zu verhindern. Und der Feind war nicht nur Trump oder seine Sturmtruppen von verblendeten Bundespolizisten, sondern auch die örtlichen Polizist*innen, die blauen Stadteliten und die gesamte soziale Ordnung, die den globalen Süden zu einem Ort macht, aus dem die Menschen fliehen wollen, während sie migrantische Arbeit zu Löhnen unterhalb des Mindestlohns sowohl wirtschaftlich notwendig als auch grausam entbehrlich machen.

Während wir die Unruhen in LA verfolgten, koordinierten Bundesbeamte Ressourcen und Personal um sie niederzuschlagen. Sie befürchteten einen ›Vorfall wie in Portland‹ – eine Übergriffigkeit des Bundes, die 2020 zu monatelangen erbitterten Straßenkämpfen führte und schließlich die Regierung blamierte. Im ganzen Land haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet. Die Unterdrückung der Rebell*innen in LA durch die Trump-Regierung wiederholt das harte Vorgehen, das die Proteste in Portland zu einem monatelangen Aufstand gemacht hatte. Im Einsatz war die Nationalgarde und im Hintergrund standen Marines, die in Techniken zur Unterdrückung von Menschenmengen ausgebildet sind, in Bereitschaft.

Und in den Städten, in denen die Polizei eher zurückhaltend reagiert, tut die Regierung ihr Bestes, um die verlorene Zeit aufzuholen. Als Reaktion auf die Unruhen der vergangenen Tage kündigte die Trump-Regierung am Abend des zehnten Tages an, dass sie beabsichtigt, Strategic Response Teams – die militarisierten ICE-Einheiten, deren Massenrazzien die Anti-ICE-Demonstrationen in Paramount, Kalifornien, zu einem stadtweiten Aufstand gemacht haben – in New York, Philadelphia, Nord-Virginia, Seattle und Chicago einzusetzen.

Los Angeles hat den Menschen, die auf den richtigen Moment zum Kämpfen gewartet haben, einen Weg aufgezeigt. Es liegt in der Verantwortung aller, die nach Befreiung streben, das Potenzial dieses Moments zu maximieren und dazu beizutragen, dass sich daraus eine allgemeinere Revolte gegen die kapitalistische Gesellschaft entwickelt. Dies erfordert die Bereitschaft, zu experimentieren, Risiken einzugehen und ehrlich darüber nachzudenken, was funktioniert und was nicht. Was folgt, ist ein solcher Versuch, basierend auf unseren Erfahrungen in Chicago. Nach den Kämpfen in Los Angeles sagen wir: Irgendwo muss es anfangen, irgendwann muss es anfangen. Gibt es einen besseren Ort als hier, gibt es einen besseren Zeitpunkt als jetzt?

»Fuck ICE!«

Am 10. Juni versuchte Chicago, an die Dynamik anzuknüpfen, die in Los Angeles begonnen hatte. Am Vortag wurden ein Dutzend Menschen während eines Gerichtstermins im vierzehnten Stock eines Gebäudes in Chicagos Innenstadtviertel Loop abgeführt. Anonyme Aktivist*innen riefen für den 10. Juni eine Reihe von Demonstrationen an den Parkplatzausfahrten des Gebäudes aus, in der Hoffnung, die ICE-Transporter abzufangen, bevor sie zu einem Bearbeitungszentrum in derselben Nachbarschaft oder zu Bundes-

haftanstalten außerhalb des Bundesstaates weiterfuhren. Die Demonstrant*innen trafen um 9 Uhr morgens in der 55 East Monroe Street ein und kontrollierten aggressiv jeden Transporter, der den Parkplatz verließ. Aus Sorge, dass die Menschenmenge während der Demonstration um 15 Uhr nur noch größer werden würde und dass Zusammenstöße wegen der Abschiebungswagen zu ernsthaften Unruhen führen könnten, beschlossen die Einwanderungsgerichte der Stadt, sowohl in der 55 East Monroe Street als auch am anderen Standort in Loop, einem Bundesgebäude in der 101 Ida B. Wells Drive, in dem sich auch die ICE-Außenstelle befindet, für diesen Tag zu schließen.

Die Demonstration um 15 Uhr fand wie geplant statt. Anfangs war die Beteiligung gering und die Menschen verhielten sich recht gehorsam, sodass wir nicht sicher waren, ob überhaupt etwas passieren würde. Ein Vertreter des Gebäudes kam heraus und forderte uns auf, uns vom ›Privatgrundstück‹ des Gebäudes fernzuhalten, wobei er auf eine schwache Linie deutete, die einen Betonbereich von einem anderen trennte. Die Menschenmenge kam dieser Aufforderung nach. Da sie jedoch vom größten Teil des Gehwegs verdrängt worden war, entstand eine Lücke, als die Demonstration anwuchs. Um 15:30 Uhr hatte die Menge die Straße eingenommen, und einige Teilnehmer*innen liefen zum anderen ICE-Zentrum im Loop, der Außenstelle in der Ida B. Wells, die noch in Betrieb war, obwohl ihr Gericht geschlossen war. Der Rest der Menge folgte ihnen.

Als die Demo sich der Außenstelle näherte, kam eine Fahrradkolonne in Sicht, hinter der eine Reihe von CPD-Fahrzeugen und ein paar gelbe Absperrbänder standen. Mit den Leuten, die wir hatten, wäre es unter anderen Umständen, mit einer geschlosseneren und besser vorbereiteten Menge, möglich gewesen, die Polizei zurückzudrängen. Aber die Demo war zu langsam, zu verstreut und nicht koordiniert genug, um dies zu tun; ein Teilnehmer rief »Seid wie Wasser« und schlug vor, umzukehren, und der Rest der Menge folgte ihm.

Zu diesem Zeitpunkt, mehr von den Reaktionen auf die Schikanen der Polizei als von klaren strategischen Prioritäten geleitet, verwandelte sich die Demonstration in einen Marsch ins Nirgendwo. Wir liefen drei Stunden lang, geführt durch ein Labyrinth aus Fahrradketten der CPD – wiederholt vorbei am Metropolitan Corrections Center, während die Menge ›Free them all‹ skandierte und die Menschen im Inneren gegen die Scheiben klopften, und am Federal Plaza, wo um 17:30 Uhr eine Demonstration der Party for Socialism and Liberation (PSL) stattfinden sollte, in komfortabler Entfernung zu jeglicher lokalen ICE-Infrastruktur. Einige Demonstrant*innen an der Spitze versuchten, durch die sich bildenden Fahrradketten vorzudringen, aber der Rest der Menge war nicht bereit, mit ihnen mitzugehen.

Die Demonstrant*innen waren sich uneinig darüber, welche Taktiken akzeptabel waren. Einige zogen Mülleimer auf die Straße, andere, die offenbar nicht verstanden, wie wichtig Barrikaden sind, um einen direkten Angriff der Polizei und feindseliger (und potenziell mörderischer) Autofahrer abzuwehren, hielten an, um sie wieder an ihren richtigen Platz zu stellen und den verschütteten Müll aufzuheben. Einige wollten sich mit der Polizei an den routinemäßigen Fahrradketten anlegen, die die Demonstrant*innen auf bestimmte Straßen und weg von der Polizei und der ICE-Infrastruktur leiteten; andere fühlten sich verpflichtet, die Polizei vor den Demonstrant*innen zu schützen. Zu diesem Zeitpunkt des Tages war noch nicht klar, welche Seite sich durchsetzen würde oder wo genau die Trennlinie verlief. Aber trotz der Bemühungen der Friedenspolizei und »Bewegungsmanager*innen« sprangen jedes Mal, wenn die Chicagoer Polizei versuchte, jemanden aus dem Demonstrationszug zu holen, hundert Menschen in Aktion, warfen die CPD gegen die Wand und rissen die Verhafteten physisch von ihnen weg.

Im weiteren Verlauf schrumpfte die Zahl der Demonstrant*innen auf etwas mehr als hundert. Lange Zeit liefen wir



schweigend. Die CPD wollte diese Demoralisierung ausnutzen und drängte die Demo immer näher an die PSL-Demonstration auf dem Platz heran, sodass die Demonstrant*innen, die bereit waren, auf die Straße zu gehen, schließlich auf die Fahrradspur beschränkt wurden und die anderen hundert gezwungen waren, durch die PSL-Kundgebung zu laufen. Wie zuvor führte dieser Versuch, die Demo von ihrem ursprünglichen Kurs abzubringen, dazu, dass sie sich weiterentwickelte, anstatt sich aufzulösen.

»PSL, springt ein!«

Der letzte Durchgang der autonomen Demo durch den Federal Plaza erfolgte um 17:50 Uhr, zwanzig Minuten nach Beginn der PSL-Kundgebung und weit vor dem geplanten Beginn ihres regulären Programms. Aber zwanzig Minuten Reden schienen die Menge ermüdet zu haben. Die Demo, die sich auf den Radweg beschränkte und auf den Platz gedrängt wurde, skandierte ›Whose Streets? Our Streets‹ und

›PSL hop in!‹ – und als sich die wenigen Nachzügler*innen durch die Menge drängten, schlossen sich Hunderte von Teilnehmer*innen an. Dutzende junger Menschen, viele mit Keffijehs, drängten sich auf den Radweg und strömten nach Norden durch eine Polizeikette auf Fahrrädern, die zu langsam versuchte, die Demo in einem weiteren großen Kreis nach Westen zu lenken. Die anwesenden Demonstrant*innen wurden mit der Menschenmenge mitgerissen. Die Party for Socialism and Liberation folgte ihnen nervös.

Um 18 Uhr passierten Arbeiter*innen aus ganz Chicago die Loop. Büroangestellte und Dienstleistungsarbeiter*innen, die gerade Feierabend hatten, fanden sich entlang der improvisierten Route in einer stetig wachsenden Demonstration wieder. Als wir uns in Richtung Nordosten zum Trump Tower bewegten, wo wir uns an der Spitze der Demo befanden, schätzten wir, dass unsere Demonstration um einige Hundert Menschen gewachsen war. Als wir jedoch an einer an einem Gebäude angebrachten Nachrichtensendung vorbeikamen, wurde uns klar, dass wir unseren eigenen Erfolg unterschätzt hatten: Live-Aufnahmen aus einem Hubschrauber zeigten, dass die Straße über ein Dutzend Blocks lang mit Tausenden von Menschen gefüllt war. Wir befanden uns an der Spitze einer ungeplanten, nicht genehmigten Demo, die Tausende von Menschen umfasste und immer noch wuchs.

»Fuck12!«

Schließlich erreichte die Demo die Michigan Avenue. Einige Demonstrant*innen, die sich an die Lage der ICE-Infrastruktur in der Innenstadt erinnerten, machten die Demospitze auf das Einwanderungsgericht in der 55 East Monroe aufmerksam und begannen, ›ICE ist in dieser Richtung!‹ zu skandieren, wobei sie auf die bevorstehende Abzweigung deuteten. Hunderte lösten sich von der Spitze, aber die Einfahrt zum



Parkplatz des Gerichts war verbarrikadiert, und die Leute waren nicht bereit, dort einzudringen, sodass sich die Abspaltung weiter in den Loop hineinbewegte.

Als wir unter den Hochbahnschienen hindurchliefen, begann die CPD, Fahrradketten aufzustellen, um uns zurück in Richtung Millennium Park zu drängen. Auf dem Weg zur ersten Fahrradkette veränderte sich die Zusammensetzung der Spitze der Menge schlagartig: Militante, die mit Ausrüstung ausgestattet waren, die seit 2020 Staub ansammelte, drängten sich nach vorne und schlossen sich weniger gut ausgerüsteten Menschen an, die gerade von der Arbeit kamen, um die erste Fahrradkette der Polizei mit Gewalt zu durchbrechen, die CPD zu zerstreuen und Jubelrufe aus der restlichen Menge hervorzurufen. Zwei nachfolgende Fahrradketten brachen freiwillig zusammen, als sie mit der abgespaltenen Gruppe konfrontiert wurden.

Die endlosen Schlangenlinien, die darauf folgten – sich aufspaltend und wieder vereinigend, immer weiter voranschreitend auf der Suche nach einer Mission – erinnern an die Zeit nach Ferguson im Jahr 2014, bevor die ursprüngliche Black Lives Matter-Bewegung entscheidend vom Non-Profit-In-

dustriekomplex eingeschlossen wurde. Nur dass diesmal die Demonstrant*innen mit dem Scharfsinn und der taktischen Ausrüstung aus einem Jahrzehnt Straßenkämpfen auf der ganzen Welt ausgestattet waren. Taktiken wie Gefangenenbefreiung waren für viele, die die jüngsten Kämpfe miterlebt hatten, selbstverständlich, und einige von ihnen konnten nicht verstehen, warum selbsternannte Radikale tatenlos zusehen sollten, wie ihre Mitstreiter*innen ins Gefängnis gebracht werden sollten. Alternativ gab es eine deutliche Kluft zwischen der Ausrüstung der Demonstrant*innen – von denen einige in voller Block- und Frontliner-Ausrüstung kamen, ausgestattet mit Gegenständen wie Laubbläsern, die nützlich sind, um Tränengas umzuleiten, das die CPD seit sechzig Jahren nicht mehr eingesetzt hat – und dem Inhalt der Demonstration selbst, die größtenteils eine Übung im kollektiven Jaywalking war. Diese angehenden Frontliner*innen waren auf der Suche nach einer Öffnung, die noch geschaffen werden musste. Die ambitioniertesten Teile der übrigen Proteste des Tages versuchten, diese Lücke zu öffnen.

Nachdem sich die dritte Fahrradkolonne zurückgezogen hatte, wurden wir in eine Demo eingegliedert, die wir zunächst für den größeren PSL-Marsch hielten – die aber tatsächlich eine weitere Abspaltung war, die vom Außenbüro in Ida B. Wells vertrieben worden war. Die Organisator*innen der PSL- und FRSO-Gruppen versuchten, die Menge in einen großen Park zu führen, vermutlich um die Reihe von Reden zu beenden, die unsere autonome Demo unterbrochen hatte, aber wieder entschieden Hunderte von Menschen anders, und die Tausenden hinter ihnen folgten ihrem Beispiel, gingen am Park vorbei und nahmen beide Seiten des Lake Shore Drive ein. Auf dem Weg zur Autobahn beschmierten die Demonstranten CTA-Busse, die in der Menge stecken geblieben waren, mit Graffiti: ›FUCK ICE.‹ ›FUCK CPD.‹

Portland ist überall

Die wichtigsten organisierten Gruppen führten die Mehrheit der Teilnehmer*innen zurück zum Daley Plaza, wo sie eine ›Tanzparty‹ veranstalteten, um die Demonstrationen zu verzögern und die Menschen nach Hause zu schicken. Das funktionierte größtenteils, und die Zahl der Teilnehmer*innen schrumpfte. Aber ein paar hundert Menschen beschlossen, wieder zu laufen, mit dem Ziel, zum Einwanderungsgericht in der 55 East Monroe zu gelangen. Die Zusammensetzung dieses Teils der Demo unterschied sich vom Höhepunkt des Tages: Als die Sonne unterging, bestand die zum Einwanderungsgericht laufende Gruppe hauptsächlich aus jungen Latinos, unterstützt von Militanten und Menschen in Black-Bloc-Kleidung. Auf ihrem Weg durch das Herz des Loop machte diese Gruppe die zögerliche Militanz der ersten Demo des Tages wett. Als Reaktion auf eine der wenigen erfolgreichen Festnahmen der CPD umzingelten die Menschen einen Polizeiwagen, rissen dessen Hintertüren auf, um ihren entführten Freund zu befreien, wurden jedoch durch eine zusätzliche Metallbarriere aufgehalten. Es wurden Wurfgeschosse eingesetzt, und die Konfrontationen mit der Polizei wurden immer heftiger und übertrafen alles, was wir seit den Unruhen von 2020 in Chicago gesehen hatten. Die ganze Nacht über wurden Busse, Polizeiautos, Polizeiwagen und Teslas zertrümmert und mit Graffiti besprüht.

Dies ist ein Impuls, der nur darauf wartet, sich zu entfalten. Los Angeles kippte von Protesten in einen Aufstand, indem es mit den üblichen Bedingungen brach, die diese amerikanischen Anti-Regime-Kämpfe diktieren – einseitige Anti-Trump-Unzufriedenheit, zielloser Antifaschismus oder sogar spezifische Anti-ICE-Agitation, die sich nicht zu einer allgemeinen Abneigung gegen alle Polizist*innen und die von ihnen aufrechterhaltene soziale Ordnung ausweitet. Die Klassen- und ethnische Geografie von Los Angeles sowie die für

ihre Brutalität berüchtigten Polizei- und Sheriffbehörden trugen dazu bei, dass sich die Demonstrationen zu einer Revolte gegen die Polizei ausweiteten. Die vielversprechendsten Momente am 10. Juni gingen in Chicago in eine ähnliche Richtung. Ihr Erfolg wird sich in den kommenden Wochen daran zeigen, ob die spezialisierte Aktivist*innenszene Chicagos Kontakt zu den Tausenden von Menschen herstellen kann, die bereit sind, ihre Freund*innen mit allen ihnen notwendig erscheinenden Mitteln aus den Händen der Polizei und der ICE zu befreien.

Wir können diese fehlende proletarische Komponente nicht ersetzen, aber wir können dazu beitragen, die Voraussetzungen für ihr Entstehen zu schaffen. Taktisch gesehen bedeutet dies, Fähigkeiten und Wissen über Straßentaktiken zu verbreiten – Illustrationen von Straßenformationen, Tipps zum Bau von Barrikaden und Möglichkeiten, Fahrrad- und Bereitschaftspolizei-Absperrungen zu durchbrechen; wenn möglich, Workshops abzuhalten; und die Teilnehmenden zu ermutigen, ihre eigenen Freund*innen zu schulen. Einige technische Probleme, mit denen Demonstrant*innen konfrontiert sind, erfordern neue technische Lösungen – zum Beispiel die innere Barriere des Polizeiwagens. Anstatt sich übermäßig auf Ausrüstung und Geräte zu konzentrieren, die sie zu einer speziellen Gruppe von Demonstrant*innen machen, sollten angehende Frontliner*innen konkrete Informationen darüber zusammenstellen und weitergeben, wie bestimmte Gerätschaften oder Techniken zum Umgang mit Menschenmengen eingesetzt werden können, um dringende Probleme zu lösen, die durch bereits auf den Straßen entstandene Taktiken aufgeworfen werden.

Die Verbreitung spezifischer Informationen über ICE-Operationen in unseren Gemeinden kann dazu beitragen, die vorherrschende Ziellosigkeit zu überwinden. Dies könnte in Form von Flyern in Nachbarschaften in der Nähe von Abschiebungsinfrastrukturen, öffentlicher Bekanntgabe, wann

und wo ICE-Beamt*innen ihre Arbeit aufnehmen, oder der Klärung des ungefähren Zeitplans für Entführungen, Überstellungen, Bearbeitungen, Transporte zu Haftanstalten und Transporte von Haftanstalten zu nahe gelegenen Flughäfen geschehen. Wenn möglich, sollten Orte an kritischen Punkten dieser Wege für Konfrontationen ausgewählt werden, die zu semi-permanenten Konfliktorten führen könnten, so wie das Bundesgebäude in Portland im Jahr 2020 zum Epizentrum des Kampfes wurde.

Taktisches Feingefühl und politisches Engagement, die für den unsicheren, aber absolut notwendigen Kampf gegen den Staat und seine Polizei nicht geeignet sind, werden nicht in der Lage sein, den aufkommenden Konflikt so zu beschreiben, geschweige denn zu erklären, dass die Beteiligten ihn verstehen können. Wir müssen Wege finden, um Taktiken mit radikalen Implikationen populär zu machen und gleichzeitig ihren politischen Inhalt so hervorzuheben, dass er für die alltäglichen Teilnehmer*innen des Kampfes verständlich ist. Der gegenwärtige Moment erfordert eine intelligente, taktisch scharfsinnige und strategisch klare Straßenmacht, die in der Lage ist, die Abschiebungsmaschinerie in Verbindung mit dem Aufstand in Los Angeles zu blockieren, damit sich die Funken auf Dutzende anderer Städte und Gemeinden ausbreiten können.

Sie wollen die Nationalgarde einschalten, ihre Reaktion eskalieren und die Menschen zwingen, zu Hause zu bleiben. Wir müssen bereit sein, ihnen mit derselben Entschlossenheit zu begegnen.

erstveröffentlicht am 13.06.2025

time is tight.
it's time to get ready
Interview: CrimethInc Collective

Zur Amtseinführung von Donald Trump am 18. Januar diesen Jahres in den USA riefen antifaschistische, vor allem anarchistische Initiativen zu einem landesweiten »Festival of Resistance« auf. Es war der Versuch, sich auf eine ›turbulente Zeit‹ vorzubereiten, zu organisieren, sich zu finden, aufzuklären, zu bilden und Aktionen zu planen. In ihrem Aufruf schrieben sie: »Wenn Trump erst einmal an der Macht ist, wird es nur noch schwieriger werden, Verbindungen zu unseren Nachbarn zu knüpfen, die Netzwerke aufzubauen, die wir brauchen, um seine Angriffe abzuwehren, und die Fähigkeiten zu teilen, die wir brauchen, um seine Herrschaft zu überleben. Gerade jetzt haben wir ein kostbares Zeitfenster, um uns vorzubereiten. Lassen Sie uns das Beste daraus machen.«

Wir haben mit jemandem aus dem CrimethInc. collective (www.crimethinc.com) gesprochen, die Teil der Vorbereitung waren.

AIB: Hoffentlich haben wir noch etwas mehr Zeit als ihr, aber wir stehen hier vor einer ähnlichen Situation: Der Machtübernahme von rechts mit negativen Folgen unvorhersehbaren Ausmaßes. Ihr habt vor Donald Trumps Amtseinführung zu einem »Festival of Resistance« aufgerufen. Was steckte hinter der Idee?

Als Trump 2016 an die Macht kam, machte sich eine relativ kleine Zahl von Anarchist*innen sofort daran, die Art von

Taktiken zu demonstrieren, mit denen Graswurzelbewegungen seiner Regierung Widerstand entgegen bringen könnten. Wir wollten anderen zeigen, dass die Situation ein Notfall war, indem wir uns wie ein Notfall verhielten, und zeigten, was man in einem Notfall tut. Was am ersten Tag der Trump-Regierung mit ein paar hundert Menschen in einem schwarzen Block in Washington, DC, begann, wurde bis Ende Mai 2020, als der George-Floyd-Aufstand begann, zu einer großen Bewegung und Millionen von Menschen eroberten die Straßen. Diese Strategie war also erfolgreich. Doch gleichzeitig offenbarte der Erfolg auch seine Grenzen: Die Taktiken verbreiteten sich weit über unsere Netzwerke hinaus, doch Taktiken allein konnten keine dauerhaften Bewegungen hervorbringen, die von einer Phase der Geschichte zur nächsten überdauern könnten. Dies ermöglichte es den Demokraten, die Bevölkerung nach 2020 zu demobilisieren, die Menschen von den Straßen zu holen und sie vom antikapitalistischen Widerstand abzubringen. Folglich änderte sich unter der Biden-Regierung nichts wirklich, und Trump konnte in einem Kontext wieder an die Macht zurückkehren, in dem die Menschen nicht bereit waren, angemessenen Widerstand zu leisten. Als wir uns dieses Mal vorgenommen hatten, ein Beispiel zu geben, wollten wir sicherstellen, dass wir dauerhafte Gemeinschaften aufbauen – und zwar im ganzen Land, anstatt nur in Washington, D.C. zu mobilisieren. Wir müssen Widerstandsstrukturen an der Basis aufbauen – und da jetzt klar ist, dass Trumps Aufstieg kein Zufall war, sondern ein Hinweis auf die Form der Politik des 21. Jahrhunderts, müssen wir uns auf einen Kampf vorbereiten, der Jahrzehnte dauern wird, nicht Tage oder Monate.

Wie habt ihr die Menschen erreicht und wen habt ihr erreicht?

Zuerst organisierten die Menschen unmittelbar nach der Wahl in vielen Städten offene Versammlungen und luden alle ein, die sich über die Trump-Ära Sorgen machten, sich zu

versammeln, bestehenden autonomen Projekten beizutreten oder neue Projekte zu starten und Strategien für die Vorbereitung zu entwickeln. Aus dieser Organisation heraus planten die Menschen an einigen Orten »Festivals of Resistance«. Als klar war, dass es einige erfolgreiche und gut publizierte Versammlungen geben würde, kündigten wir den Vorschlag an, und Menschen anderswo wurden inspiriert, ähnliche Veranstaltungen zu organisieren.

Was geschah am 18. Januar, wie erfolgreich war euer Konzept?

In mehr als zwei Dutzend Städten fanden am Wochenende vor Trumps Amtsantritt Versammlungen statt, die vom Aufruf zum »Festival of Resistance« inspiriert waren. Einige dieser Versammlungen waren kleiner, aber viele zogen Hunderte von Menschen an, die an einer Mischung aus Unterhaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionstraining teilnahmen. Hoffentlich verließen die Menschen diese Veranstaltungen mit neuen Ideen, Verbindungen und Fähigkeiten, die sie in den kommenden Monaten nutzen werden.

Ist es euch gelungen, Menschen außerhalb der Aktivist*innenszene zu erreichen, Menschen, die von den möglichen Folgen besonders betroffen sind? Zum Beispiel Menschen in den Vierteln, Arbeiter*innen, Menschen, die von Rassismus und Queer-Feindlichkeit betroffen sind, Menschen am Rande der Gesellschaft, sprich Menschen, die als erste unter die Räder der neuen Trump-Musk-Maschinerie geraten?

Ich kann nicht für alle Veranstaltungen sprechen und wie diese abgelaufen sind. Einige von ihnen mögen kleinere, subkulturelle Veranstaltungen gewesen sein. Aber an den Veranstaltungen, von denen ich weiß, nahmen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Generationen teil. Wir haben nicht mehr das Problem aus den

1990er Jahren, dass anarchistische Organisierung nur junge Leute aus der Punkszene anzieht. Im Moment ist es einfacher, mit queeren und transsexuellen Menschen in Kontakt zu treten als mit Gemeinschaften, in denen es viele Menschen ohne Papiere gibt, was eine Folge der sozialen und sprachlichen Segregation ist. Aber wir hatten tatsächlich queere, transsexuelle und undokumentierte Menschen, die an der Organisation vieler der Festivals beteiligt waren. Das ist wichtig, denn niemand weiß besser, wie man ein Problem angeht, als die Menschen, die selbst darunter leiden.

Was habt ihr bei der Organisation des Festivals gelernt, was wir in Europa von euren Erfahrungen lernen könnten? Was würdet ihr anders oder besser machen?

Das Wichtigste ist, Einstiegspunkte für Menschen, die neugierig sind zu schaffen, damit sie sich an der anarchistischen Organisierung beteiligen können. Wir müssen eine Strategie entwickeln, die die Millionen Menschen, die die Tyrannei nicht unterstützen, als die Protagonist*innen der Bewegung positionieren. Oft hält eine liberale und zentristische Propaganda die Menschen davon ab, aktiv zu werden. Aber es gibt Zeitfenster, in denen es klar wird, dass niemand die Bedrohung durch den Faschismus für uns beseitigen wird, sondern dass wir das selbst tun müssen. Wenn wir in diesen Momenten sofort handeln können, indem wir unsere Argumente mutig und öffentlich vortragen und den Menschen die Chance geben, sich zu beteiligen, dann können wir immer mehr wachsen. Alles, was wirklich erforderlich ist, ist sich mit ein paar Leuten zu organisieren, die man mag und denen man vertraut.

Jetzt ist es passiert. Der Faschismus in einer modernen, trumpistischen Variante greift die Gesellschaft an vielen Fronten an. Wie geht es für euch weiter? Wird das Festival in irgendeiner Form eine Fortsetzung finden?

Viele lokale Projekte wurden dank der öffentlichen Versammlungen und der Events des Festival of Resistance ins Leben gerufen. Früher gab es in einigen Communities zwei Versammlungen pro Woche, jetzt sind es fünf Versammlungen pro Woche, und nicht jeder kann zu allen gehen - die Bewegungen werden also größer, aber auch weniger zentralisiert. Es gibt eine Menge Diskussionen darüber, was als nächstes kommen soll. Einige Leute haben z.B. vor Tesla-Filialen demonstriert, während andere sich auf die Organisation gegen ICE-Razzien (ICE ist die US-amerikanische Zoll- und Einwanderungsbehörde, Anm. d. Red.) konzentrieren und wieder andere die Infrastruktur für gegenseitige Hilfe ausbauen. Wir werden wahrscheinlich eine weitere Runde von Versammlungen im Frühjahr organisieren, vielleicht um den 1. Mai herum. Alle beobachten, wo die neuen Fronten entstehen werden, und überlegen, wie sie sich auf die nächste Konfliktrunde vorbereiten können. Bislang sind Donald Trump und Elon Musk noch in einer starken Position, aber sie können nur an Popularität verlieren, wenn klar wird, dass sie die Dinge für die Menschen nicht in Ordnung bringen werden - sie werden die Dinge für alle nur noch schlimmer machen, während sie die Milliardäre bereichern.

Vielen Dank für das Interview, wir alle werden wohl in Zukunft noch intensiver und enger zusammenhalten müssen.

Erstabdruck in *Antifaschistisches Info-Blatt*, Ausgabe 146

ICE raus aus Illinois, ICE raus aus allem

Ein Bericht von den Blockaden vor der Broadview-Einrichtung

Nach chaotischen Versuchen, gegen Einwanderer*innen in Los Angeles vorzugehen, hat die Trump-Regierung angekündigt, dass Chicago das nächste Ziel von gezielten Angriffen der US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) sein wird. Diese sogenannte ›Blitzaktion‹ stößt schon jetzt auf Widerstand. Im Juni 2025 gingen Tausende Menschen in Chicago auf die Straße, um sich mit dem Widerstand in Los Angeles zu solidarisieren. Gleichzeitig versuchten Demonstrant*innen von Seattle bis Chicago, ICE-Beamte daran zu hindern, Menschen bei Gerichtsterminen zu verhaften. Jetzt versuchen Leute in der Region Chicago, strategische Aktionen an Engpässen der ICE-Operationen durchzuführen. In diesem Bericht erzählen Teilnehmende der Blockaden gegen eine ICE-Einrichtung in der Nähe von Chicago von ihren Erfahrungen und teilen ihre ersten Schlussfolgerungen.

In den frühen Morgenstunden des 19. September versammelten sich Menschen vor der ICE-Verarbeitungsanlage in Broadview, Illinois, einem Vorort westlich von Chicago. Wir trafen uns viel früher als die öffentlich angekündigten Mobilisierungen, die für 7 Uhr morgens und später am Abend geplant waren, in der Hoffnung, Bundesbeamte beim Transport von Entführten aus dem gesamten Mittleren Westen auf frischer Tat zu ertappen.

In der Verarbeitungsanlage in Broadview sitzen kontinuierlich etwa 150 Gefangene ein, sie dient als Drehscheibe für

die Aktivitäten der ICE im Mittleren Westen. ICE-Haftanstalten mit höherer Kapazität sind in Illinois illegal, was den Standort zu einem logistischen Engpass beim Transport von Gefangenen macht. Da die Bundesmittel für dieses Zentrum stark aufgestockt wurden, um den Wunsch rechtsextremer Politiker nach rassistischer Gewalt zu befriedigen, hat der Standort Broadview als wichtige Infrastruktur zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Als die Demonstration in Broadview begannen, neigten kleine Gruppen zunächst zu selbstaufopfernden, spektakulären Aktionen – typischerweise setzten sie sich vor die ICE-Transporter, die das Bearbeitungszentrum verließen, nur um dann von der Polizei von Broadview weggezerrt zu werden. Als sich Berichte und Aufnahmen von jeder Aktion verbreiteten und das Vertrauen in die Wirksamkeit gewaltfreien Widerstands schwand, änderte sich die Form der Mobilisierungen: Das Hauptziel der Aktionen verlagerte sich von Opferbereitschaft zu Widerstand. Die ICE begann, Demonstrant*innen willkürlich brutal zu behandeln und festzunehmen, und Versuche, die Transporter zu blockieren, scheiterten. Als Reaktion darauf tauschten die Menschenmengen am frühen Morgen ihre N-95-Masken gegen Black-Bloc-Ausrüstung ein und beschlossen, den Beamten zu folgen, anstatt sich nur hinzusetzen.

Es war klar, dass ein proaktiverer Ansatz nötig war. Die Bemühungen vom Freitag, dem 19. September, waren das Ergebnis.

Freitagmorgen

Seit über einem Jahrzehnt bringt Broadview jeden Freitag um 7 Uhr morgens Häftlinge mit Bussen zum Gary/Chicago International Airport in Indiana – und seit kurzem auch zu anderen Haftanstalten im Mittleren Westen. Die Einrichtung reagierte auf erste im Fernsehen übertragene Akte zivilen Un-

gehorsams, indem sie die Menschen immer früher abtransportierte.

Also standen auch wir früher auf. Am 19. September versammelten sich gegen 4:30 Uhr morgens etwa zwanzig Demonstrant*innen vor der Einrichtung. Einige waren in Black-Bloc-Kleidung, andere in casual Straßenkleidung. Im Gegensatz zu den selbstaufopfernden Aktionen des zivilen Ungehorsam der vergangenen Wochen beschlossen die meisten Leute (mit Ausnahme einer angehenden Kongressabgeordneten und ihres Presseteams), sich nur vor ein Fahrzeug zu stellen, wenn es ein- oder ausfuhr. Diese Veränderung ermöglichte es der kleinen Menschenmenge, sich wie Wasser zu bewegen.

Der erste Transporter, der versuchte, Broadview zu verlassen, musste umdrehen, da die meisten Leute ihn umzingelten und drei Personen sich auf die Auffahrt setzten. Die Stimmung war ausgelassen, und die Anwesenden folgten jedem Beamten, der das Gelände verließ, auf Schritt und Tritt und beschimpften diejenigen, die auf einen nahe gelegenen Parkplatz fuhren, auf dem markierte ICE-Transporter, unmarkierte Autos und Privatfahrzeuge der Beamten standen.

Von den Frühaufstehern überrascht, waren die Beamten in heller Aufregung, einige sprinteten vom Parkplatz zu den Toren von Broadview. Als Reaktion auf die Zwischenrufe bildeten sie Gruppen von drei oder mehr Personen, um zur Einrichtung zu gehen. Einige legten ihre Vermummung an, bevor sie eintraten. Diese Feigheit ist bemerkenswert.

Die Begeisterung der Frühaufsteher*innen gab den Ton für den Rest des Tages vor. Als die Sonne aufging, machten die Beamten in der Einrichtung dort weiter, wo sie in der Woche zuvor aufgehört hatten. In taktischer Ausrüstung versammelten sich einige auf dem Dach, andere hinter dem Eingangstor.

Von der Menge blockiert, begannen die ICE-Beamten, mit ihren Fahrzeugen auf dem Bordstein um die Demonstrant*innen herumzufahren. Es gab einfach nicht genug Leute oder technische Vorbereitungen, um die Autos zu diesem

Zeitpunkt zu blockieren oder anzuhalten. Die erste Festnahme des Morgens erfolgte gegen 6 Uhr, als ein Van, der die Einrichtung verlassen wollte, erneut von stehenden und sitzenden Demonstrant*innen blockiert wurde. Diesmal stürmten sechs Spezialkräfte mit Pfefferkugelgewehren und einem Tränengaswerfer aus dem Tor. Sie packten die Menschen am Boden und zerrten sie zur Seite; eine Frau wurde heftig zu Boden geworfen, eine andere Person wurde von zwei Beamten über den Asphalt gezogen, bevor sie gepackt und durch das Tor in die Einrichtung gezogen wurde.

Als die Beamten zum Tor zurück wichen, feuerte einer von ihnen mehrere Pfefferkugeln auf die Menschen in der Einfahrt ab. Das Muster, dass Beamte des Special Response Team (SRT) herausstürmten, um ein ausfahrendes oder einfahrendes Fahrzeug zu eskortieren, wiederholte sich den ganzen Vormittag über.

Freitagnachmittag

Zwischen 7 Uhr morgens und Mittag änderte sich die Stimmung auf beiden Seiten des Zauns. Als immer mehr Wachleute mit Ausrüstung und Eimern voller Munition die Einrichtung betraten, wurden unterschiedliche Tendenzen innerhalb der Menge deutlicher. Einige Teile der Menge sangen, während andere immer wütender wurden, nachdem sie gesehen hatten, wie Demonstrant*innen wiederholt mit Pfefferkugeln beschossen und ins Innere gezerrt wurden. Wieder andere halfen Familien, die versuchten, ihre Angehörigen zu erreichen, die sich in der Einrichtung befanden.

Die SRT-Beamten setzten gegen Mittag zum ersten Mal Tränengas gegen die Menge ein, während es zu einer Pattsituation wegen der ausfahrenden Transporter kam. Die Beamten schossen Tränengasgranaten und Pfefferkugeln in die Menge, bevor sie eine Person in die Einrichtung zerrten. Nur wenige



Festnahme eines Demonstranten durch Bundesbeamte am Nachmittag in Broadview.

waren auf die chemischen Kampfstoffe vorbereitet, und die Menge zerstreute sich über die Straße, während einige halfen, Augen zu waschen und ihre am schlimmsten betroffenen Gefährt*innen in Sicherheit zu bringen. Am Nachmittag schrumpfte die Menge draußen, als sich die Menschen neu formierten und auf die zweite öffentlich angekündigte Demonstration warteten.

Freitagabend

Eine zweite Demonstration war für 19 Uhr angekündigt worden. Bilder von Menschen, die festgenommen und mit Tränengas angegriffen wurden, hatten sich in den Medien verbreitet und viele mobilisiert, die noch nicht in Broadview gewesen waren.

Am Freitagabend schlossen sich die Menschen der kleineren Menschenmenge an, die von den Protesten des Tages übrig geblieben war. Den ganzen Abend über blieben zwei

oder drei Beamte auf dem Dach der Einrichtung und schossen zeitweise mit Pfefferkugeln auf die Demonstrant*innen auf der Straße. Als sich gegen 19 Uhr die Demonstrant*innen versammelten, versammelten sich etwa dreißig SRT-Beamte hinter den Toren. Die Demonstrant*innen forderten sie auf, die Hunderte von Menschen, die im Inneren gefangen gehalten wurden, sowie die zuvor an diesem Tag festgenommenen Demonstrant*innen freizulassen.

Nach 19 Uhr kamen Schilde an. Etwa ein Dutzend Militante nahmen sie auf, aber die Mehrheit der Menge blieb auf Distanz. Vielleicht als Spiegelbild der Tendenz der vergangenen Woche zu symbolischen Aktionen einer kleinen Gruppe von Menschen gab es eine deutliche Kluft zwischen der kleinen Gruppe von Menschen an der Front und denen, die aus der Ferne zuschauten, und es fehlte ein organisches Verständnis für die Notwendigkeit, sich hinter der Frontlinie zu beteiligen. Die Leute in der Schildlinie fingen an, die Menge anzusprechen und ihnen zu signalisieren, dass die Presse aus dem Weg gehen und alle anderen sich zusammenrotten sollten.

Gegen 19:30 Uhr stürmten die Einsatzkräfte aus den Toren. Die Frontleute in der Schutzschildreihe wehrten die erste Welle von Geschossen ab und standen einer Flut von Tränengas, Pfefferkugeln und Blendgranaten gegenüber. Aber sie mussten sich zurückziehen, weil die ›weniger tödlichen‹ Waffen der Polizist*innen und die Auflösung der Menge hinter ihnen sie dazu zwangen. Das war klar: Nicht jeder hat Schutzausrüstung, und selbst die von uns mit Gasmasken spürten die Wirkung des Gases. Die meisten in der Menge stützten sich nicht gegenseitig oder die Schutzschildlinie.

Die Frontlinie kann nicht nur aus einer Gruppe von Spezialist*innen bestehen, die alleine agieren, während andere nur zuschauen oder alles dokumentieren. Die Spezialisierung auf bestimmte Fähigkeiten, von Augenspülungen bis hin zur Unterstützung im Gefängnis, führt dazu, dass Aktivist*innen isoliert sind, wenn der Druck steigt. Eine gut organisierte



Nach einer tagsüber erfolgten Pattsituation mit Demonstrant*innen vor dem Tor der Einrichtung rückt Gregory Bovino, der die ICE-Invasion in Los Angeles leitete, mit Agenten vor und versucht, die Menge zurückzudrängen.

Frontlinie verbindet offensive Rollen mit der Unterstützung, die nötig ist, um den Widerstand aufrechtzuerhalten und Ziele zu erreichen.

Aber während die Kluft zwischen den wahrgenommenen ›Militanten‹ in der ersten Reihe und den Leuten im Hintergrund weiterhin eine wirksame Verteidigung behindert, zeigt die wachsende Tendenz zum Widerstand, dass es noch mehr gibt. Wir wollen Broadview nicht nur symbolisch, sondern komplett schließen. Die Strategie des Spektakels basiert auf der Idee, dass die wiederholte Gewalt gegen unserer Gefährt*innen diejenigen, die unsere Nachbar*innen entführen, davon überzeugen wird, damit aufzuhören. Da die Menschen jedoch diese Entführungen mit eigenen Augen miterleben und die Brutalität der ›Strafverfolgung‹ erfahren, geben viele diesen Ansatz allmählich auf. Einige, für die die Gewalt des Staates zuvor ein abstraktes Konzept war, wenden sich gegen die Söld-

ner, die sie auf dem Dach von Broadview stehen sehen und dabei beobachten wie sie durch das Zielfernrohr einer Waffe auf sie zielen und sich entscheiden, den Abzug zu betätigen.

Massenkontrolle

Die ICE-Beamten selbst erwiesen sich als brutal, aber unintelligent. Mehrmals schienen sie orientierungslos zu sein, stürmten in die Menge der Demonstrant*innen und zogen sich dann ebenso schnell wieder zurück. Trotz günstiger Bedingungen wussten sie nicht, wie man einen Kessel bildet. Wenn sich die Beamten den Demonstrant*innen näherten, brachen sie oft aus der Formation aus oder bildeten nur eine einzige Reihe. Mit Pfefferkugelgewehren schossen sie sporadisch und wahllos, oft ohne ein bestimmtes Ziel.

Die Polizisten fielen oft vor den Demonstrant*innen aus der Reihe und schienen selbst von schwachen Sprechchören erschüttert zu sein. Ebenso vermieden die SRT-Beamten in der Regel die Nähe zu Demonstrant*innen, obwohl sie einen deutlicheren Vorteil hatten. Ob dies nun auf Faulheit, Verwirrung oder beides zurückzuführen war, sie zögerten, selbst diejenigen festzunehmen, die aktiv versuchten, Fahrzeuge daran zu hindern, die Einrichtung zu verlassen.

Das ist nur Spekulation, aber es sollte nicht vergessen werden, dass die Einrichtung relativ klein ist, kontinuierlich genutzt wird und etwa 150 Gefangene gleichzeitig einsperrt. Angesichts der Operation Midway Blitz und anderer ICE-Aktivitäten in und um Chicago ist es wahrscheinlich, dass die Einrichtung bereits an ihrer maximalen Kapazität arbeitet. Dies könnte zusammen mit ihrer offensichtlichen mangelnden Erfahrung in der Kontrolle von Menschenmengen dazu beigetragen haben, wie die Beamten und SRTs mit den Demonstrant*innen umgegangen sind.

Proaktiv werden

Wenn der Mut, den wir sehen, dazu dient, spezialisierte und sich wiederholende Zusammenstöße mit besser ausgerüsteten staatlichen Kräften zu vermeiden, muss man auf Medienspektakel verzichten und proaktivere Maßnahmen gegen die Abschiebungsinfrastruktur ergreifen. Wir müssen definieren, was es bedeuten würde, einen Sieg über die Agenten und Einrichtungen des Staates zu erringen, und den Kampf für die Befreiung artikulieren, der der Verlagerung hin zu einer allgemeineren Konfrontation mit den Vertreter*innen des Staates und des Kapitals zugrunde liegt. Um in diesem Umfang zu handeln, muss man über eine spezialisierte Aktivist*innengruppe (ganz zu schweigen von weniger lobenswerten, eher karriereorientierten angehenden Politiker*innen) hinausgehen und Beziehungen zu den Menschen aufbauen, die in der Umgebung der Einrichtung leben, und, allgemeiner gesagt, zu allen, die bereits instinktiv Menschen vor der ICE zu schützen.

Überall im Land haben Menschen spontan kluge und zeitnahe Maßnahmen gegen Razzien in ihrer Nachbarschaft ergriffen, noch bevor spezialisierte Aktivist*innen und NGOs eintrafen, um sie dazu zu drängen, sich auf das Dokumentieren und Beobachten zu beschränken. Anstatt sich auf reaktive Schnellreaktionsnetzwerke zu verlassen, die angesichts der Schnelligkeit der Razzien selten rechtzeitig eintreffen, könnten proaktivere Maßnahmen darin bestehen, Engpässe rund um lokale Abschiebungswege wie Broadview ins Visier zu nehmen oder, wie in Los Angeles, Gemeinschaftsverteidigungszentren an Brennpunkten der Aktivitäten der Bundesbehörden einzurichten. Jede wirksame Anti-ICE-Strategie hängt von den Aktionen der Einheimischen ab, die sich dafür entscheiden, in ihren Nachbarschaften einzugreifen. Obwohl die Medien viele dieser Geschichten heruntergespielt haben, sind die Zusammenstöße in Broadview nur

möglich, weil Leute in Los Angeles, Chicago und anderswo im Land den Mut hatten, die ICE aus ihren Nachbarschaften zu vertreiben.

Wir brauchen auch eine schnelle taktische Weiterentwicklung. Da die Polizei von Chicago auf Kesselbildung, die Zusammenarbeit mit Organizer*innen und, wenn sie es für nötig hält, auf Schlagstöcke setzt, sind die Einwohner*innen von Chicago weniger gut auf den Einsatz von Tränengas vorbereitet als die Menschen in Los Angeles. Das ändert sich gerade schnell, aber es hat einige schwierige Lernerfahrungen gebraucht.

Wir haben eine zunehmende taktische Offenheit beobachtet. In der ersten Phase der Anti-ICE-Kämpfe wurden harte und weiche Barrikaden eingesetzt, um die Laderampen eines Einwanderungsgerichts in der Innenstadt zu blockieren, wodurch die Abschiebungen dort langfristig verzögert wurden. Während der Kämpfe in Broadview ist Gefangenenbefreiung üblich geworden, Schilde werden zunehmend akzeptiert, der Einsatz von Schutzausrüstung wie Atemschutzmasken und Schutzbrillen ist üblich geworden, und Demonstrant*innen beginnen, Tränengasgranaten auf ICE-Beamte zurückzuwerfen. Diese Entwicklungen hängen nicht unbedingt mit bestimmten politischen Überzeugungen zusammen; es gibt immer noch Leute, die bereit sind, Beamte aufzuhalten und Fahrzeuge zu blockieren, aber auch idealistisch die Polizei rufen, um ICE-Aktivitäten zu melden.

NGOs und anwerbeorientierte Organisationen

Die aufkommenden autonomen Aktivitäten zur Verhinderung von Abschiebungen zeigen das Potenzial, sich von den langen Demonstrationen rekrutierungsbasierter Organisationen, die nirgendwohin führen, und der Betonung der rechtlichen Unterstützung durch NGOs nach bereits erfolgten Abschiebungsfestnahmen zu lösen. Diese Aktivitäten haben vor

allem deshalb zugenommen, weil die NGOs wichtige Orte und Kämpfe aufgegeben haben.

Die Illinois Coalition for Immigrant and Refugee Rights und Organized Communities Against Deportations, die beiden wichtigsten gemeinnützigen Organisationen, die den Kampf gegen Abschiebungen in Chicago anführen, haben im Sommer 2025 nichts gegen die wiederholten Abschiebungen vor dem Einwanderungsgericht unternommen, während autonome Gruppen eingriffen, um die Zugänge zu blockieren, Telefonaktionen zu koordinieren, das Management zu stören, andere Gebäudenutzer*innen mit Flyern zu versorgen und Menschen mit Gerichtsverhandlungen im Gebäude zu unterstützen. Diese Aktionen führten mehrfach zur Schließung des Gerichts, wodurch die Anhörungen um Jahre verschoben wurden und die Gebäudeverwaltung schließlich gezwungen war, der ICE den Zugang zu ihren Zugängen zu entziehen, wodurch die Entführungen an diesem Ort gestoppt wurden. Dies wäre nicht geschehen, wenn autonome Demonstrant*innen den Geschäftsverkehr in und aus dem Gebäude nicht blockiert hätten.

Über Anrufe und Petitionen hinaus verzichteten die NGOs ebenfalls auf Aktionen rund um Broadview. Das war einer der Faktoren, die die Aktionen der vorangegangenen Wochen ermöglichten.

Interne Spannungen

Als sich die Leute vor ein paar Wochen zum ersten Mal gegen die Broadview-Einrichtung mobilisierten, hatte das kaum öffentliche Aufmerksamkeit bekommen, sodass sich einige auf die Pressestrategie konzentrierten. Das hat zu Spannungen geführt, von Social-Media-Influencer*innen, die zur Auflösung rieten, bis hin zu Pressescharen, die Gefangenenbefreiungen verhinderten und diejenigen isolierten, die versuchten, Aktivist*innen zu schützen, die verhaftet werden sollten. Diejeni-

gen, die die Presse und die öffentliche Meinung am stärksten in ihre Aktivitäten einbezogen haben, haben letztendlich zugelassen, dass diese Aufmerksamkeit ihre Strategie beeinträchtigte. Es ist zwar klar, dass wir die Presse und die öffentliche Aufmerksamkeit in unseren Bewegungen berücksichtigen müssen, aber wir sollten niemals das derzeit vielversprechendste Ziel aus den Augen verlieren: die ICE überall zu vertreiben.

Die Demonstrant*innen haben zwar bewiesen, dass sie eine kritische Masse aufbauen können, aber manchmal haben sie ihre eigene Wirksamkeit eingeschränkt. In den Wochen vor dem 19. September wurden die Botschaften rund um die Bemühungen, Broadview zu schließen, von einer Reihe von Personen und Organisationen aufgegriffen, die, in der Annahme, sie wüssten es am besten, Begriffe wie ›Sicherheit‹ und ›Sichtbarkeit‹ verwendeten, um die Demonstrant*innen zu ihrem eigenen Vorteil zu disziplinieren. Die Annahme, dass das einzig vorstellbare Ziel dieser Demonstrant*innen darin besteht, der Herrschaft die Wahrheit zu sagen – anstatt Broadview zu schließen –, führte dazu, dass die Menschen auf die folgenden Konfrontationen nicht vorbereitet waren. In der Nacht des 19. September, als ›Schließung‹ mit ernsthaften Risiken verbunden war, gab es keine zweite Reihe, die den Schutzschild stützen konnte. Ohne Rückendeckung konnte die Frontlinie nicht halten, was den SRT-Einheiten die Möglichkeit gab, verstreute Demonstrant*innen zu jagen.

Trotzdem haben dank konsequenter Proteste und Medienberichterstattung die Menschen in den Nachbargebieten begonnen, sich zu engagieren. Ohne Finanzierung oder Unterstützung durch namhafte Organisationen oder Koalitionen hängt der Kampf um die Schließung von Broadview vom Mut der einfachen Leute ab.

Das Fiasko der Schließung

Während dieser Artikel geschrieben wurde, deuteten eine Reihe von Indiskretionen aus dem Heimatschutzministerium darauf hin, dass das Broadview-Bearbeitungszentrum vorübergehend geschlossen wurde. Etwas Ähnliches war zuvor im Delaney Hall-Internierungslager in New Jersey passiert, nachdem Demonstrant*innen es blockiert und schließlich gestürmt hatten, obwohl dieser Standort einige Monate später mit stärkeren Sicherheitsvorkehrungen wieder in Betrieb genommen wurde.

Nach einem öffentlichen Eklat mit einem stellvertretenden Minister des Heimatschutzministeriums und eifrigen Siegesbekundungen von Organisationen, die vor Ort nicht besonders präsent waren, wurde aber offiziell bestätigt, dass das Broadview-Bearbeitungszentrum offen bleibt. Seit dem Morgen des 23. September ist das Bearbeitungszentrum mit hohen Metallzäunen abgesperrt, vermutlich um Demonstrant*innen den Zugang zum Ein- und Ausgangstor zu versperren, und draußen geht es weiter mit den Zusammenstößen. Die Busse, die wir beim Verlassen der Einrichtung in Richtung Gary/Chicago International Airport gesehen haben, transportierten Häftlinge, die gezwungen worden waren, Selbstausreiseformulare zu unterschreiben.

Einerseits war uns schon seit einiger Zeit klar, dass das Bearbeitungszentrum voll ausgelastet war. Es ist ein relativ kleines Gebäude mit begrenzten Bettenkapazitäten, was es zu einem Schwachpunkt für den gesamten Abschiebungsapparat in Illinois und den angrenzenden Bundesstaaten macht. Andererseits deutet die verwirrende Abfolge von Ereignissen, die dazu führte, dass das Zentrum offen blieb, auf interne Unstimmigkeiten hin. Dies deckt sich mit den Berichten, die wir aus dem Inneren der Einrichtung selbst gehört haben, dass viele der beteiligten Söldner zum ersten Mal zusammenarbeiten und oft gegensätzliche Ziele verfolgen.

Es ist möglich, dass auf einer Ebene der ICE- und DHS-Bürokratie die Entscheidung getroffen wurde, eine Situation wie in Delaney Hall zu vermeiden und die Sicherheit zu verbessern, aber die oberste Führung lehnte den Vorschlag ab und bestand darauf, dass die Einrichtung weiter genutzt wird. Auf jeden Fall ist klar, dass das, was wir tun, auf einer bestimmten Ebene funktioniert. Es schafft stressige und chaotische Situationen für unsere Feinde, was zu internen Konflikten führt. Die Schwelle für den Erfolg ist vielleicht niedriger als gedacht, und unsere Gegner haben mehr Angst als erwartet. Gleichzeitig gibt es in der trägen und unfähigen Bundesbürokratie regelmäßig solche internen Konflikte, und wir sollten versuchen, sie zu nutzen.

ICE raus aus allem!

erstveröffentlicht am 23.09.2025

Anarchist*innen bei den No Kings-Demonstrationen

Berichte aus den ganzen USA

Nach dem Aufruf ›No Kings, No Masters‹ (Keine Könige, keine Herren), bei den ›No Kings‹-Kundgebungen am 18. Oktober in den USA eine antiautoritäre Präsenz zu zeigen, haben wir uns mit Anarchist*innen aus Dutzenden Städten und Regionen ausgetauscht, um zu erfahren, wie ihre Bemühungen gelaufen sind und wie sie die Herausforderungen und das Potenzial dieser Proteste sehen.

Viele der offiziellen Organisator*innen der No Kings-Demonstrationen betonen leidenschaftlich, dass sie friedlich und gesetzestreu sind. Gleichzeitig zeigen die Bundesbehörden ganz bewusst ihre Brutalität und ihre Missachtung der Grundrechte, während sie stetig mehr Ressourcen ansammeln, um Communities zu schaden und Opposition zu unterdrücken. Ohne einen konkreten Plan, wie mensch mit der Tatsache umgehen soll, dass Donald Trump offensichtlich nicht vorhat, freiwillig aus dem Amt zu gehen, kann die Konzentration auf symbolische, legalistische und belanglose Demonstrant*innen nur kontraproduktiv sein.

Um der Herausforderung durch den aufkommenden Faschismus zu begegnen, muss die Bewegung gegen Trumps Griff zur Macht konkrete Wege finden, um Einfluss auszuüben, wahrscheinlich auch mit den Taktiken und Strategien, die Anarchist*innen entwickelt haben. Das wird Teilnehmende nicht abschrecken, sondern diejenigen anziehen, die sich eher aus Kämpfen raushalten, bis es um was Wichtiges geht – darunter viele der Ärmsten und Unterdrücktesten, die bei den George-Floyd-Protesten dabei waren, sich aber bei den No-Kings-Protesten bisher eher zurückgehalten haben.

Obwohl viele Organisator*innen von No Kings anonym bleiben wollen, sind Donald Trump und seine Anhänger fest entschlossen, sie als verrückte Extremist*innen darzustellen. Der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Steve Scalise, nannte No Kings eine ›Hass-Amerika-Kundgebung‹. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bezeichnete die Teilnehmer als ›Hamas-Anhänger‹, ›Antifa-Typen‹ und ›Marxisten‹, während der Mehrheitsführer des Repräsentantenhauses, Tom Emmer, sie als Vertreter des ›terroristischen Flügels‹ der Demokratischen Partei bezeichnete, einer »kleinen, aber sehr gewalttätigen und lautstarken Gruppe«. Verkehrsminister Sean Duffy sagte gegenüber Fox News: »Das sind bezahlte Demonstranten der Antifa.« All das ist lächerlich verlogen, aber es sollte den Demokrat*innen klar machen, dass sie nichts damit erreichen, wenn sie versuchen, zu zeigen, wie friedlich und gefügig sie sind. Trump und seine Handlanger wollen sie einschüchtern, damit sie passiv bleiben – aber egal, wie passiv sie sind, die Regierung wird sie als Terrorist*innen behandeln.

Lassen wir die rechtsextremen Betrüger und Donald Trump selbst behaupten, dass die No-Kings-Demonstrant*innen ›Antifa‹ seien oder, widersprüchlich genug, dass Anarchist*innen versuchten, die No-Kings-Demonstrationen zu infiltrieren. Gerade diese Behauptungen werden die Glaubwürdigkeit dieser Argumente in den Augen der Öffentlichkeit untergraben und Millionen von Menschen dazu bringen, sich zu fragen, ob auch sie tatsächlich Antifaschisten sind, die sich die Lehren aus der langen Tradition des antiautoritären Widerstands zunutze machen sollten. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass dies geschieht.

Die folgenden Anekdoten, die aus verschiedenen Kontexten im ganzen Land stammen, zeigen die Anfänge der anarchistischen Beteiligung an einer Bewegung, die sich ausweiten und intensivieren muss, wenn wir eine kollektive Katastrophe abwenden wollen.

Bericht I: Eine kleine Stadt

Eine Gruppe von fünf bis zehn Leuten mit einem Banner, Flyern und ein paar Megafonen hat es geschafft, die größte Demonstration, die ich je in der mittelgroßen Stadt [Ort entfernt] gesehen habe, umzuleiten und anzuführen. Ich bin mir nicht sicher, wie groß die Demonstration war; für lokale Verhältnisse war sie auf jeden Fall riesig, wahrscheinlich mehrere Tausend Menschen, eine Größenordnung größer als das, was wir 2020 gesehen haben, da sie einen Park mit einem Umfang von über drei Meilen komplett umzingelte.

Zuerst haben wir alleine neben den Demonstrant*innen von Indivisible auf der Straße eine Demonstration durchgeführt und haben verschiedene Begegnungen mit der Friedenspolizei vermieden, die uns gesagt hat, wir sollten die Straße verlassen. »Wenn eine Menschenmenge größer als 100 Personen ist, dürfen wir eine Fahrspur benutzen« hat gut funktioniert. Nach und nach versammelten wir eine ausreichend große Gruppe, um an einer Kreuzung anzuhalten, drehten uns dann um und liefen entgegen der Richtung der sich schlängelnden kreisförmigen Gehweg-Demonstration. Infolgedessen landeten so ziemlich alle unter 60 (und einige mutige Ältere), darunter viele mit Pro-›Antifa‹-Schildern und ein paar One-Piece-Flaggen, in einer massiven, wütenden Demonstration auf der Straße, die sich den Anweisungen der ›Protest-Sheriffs‹ widersetze. Freundliche Roller- und Motorradfahrer*innen schützten spontan die Nachhut. Wir hielten an Kreuzungen an, um unsere Botschaft über Megafone zu verbreiten und die Menge einzuladen, uns zu einer Versammlung zu begleiten, die wir im Voraus organisiert hatten. Als wir durch die Innenstadt liefen, ohne dass die Polizei wirklich präsent war, und die Friedenspolizei hinter uns gelassen hatten, hätten sogar ein oder zwei Leute, die sich richtig vorbereitet hatten, viel mehr erreichen und vielleicht etwas Historisches ins Rollen bringen können. Aber diese Aktion – die erste seit langer Zeit, bei der

ich gesehen habe, dass Demonstrant*innen erfolgreich so etwas wie eine Ausbruch-Demonstration durchgeführt haben – ist ein Vorbote dessen, was noch kommen wird.

> Viele Leute scheinen im Moment sehr zögerlich zu sein, mit Leuten außerhalb der Bewegung in Kontakt zu treten. Ich denke, das ist ein Fehler. Die Faschisten haben die Wirtschaft ruiniert, systematisch jede Bevölkerungsgruppe außer den Twitter-Nazis entfremdet und die Legitimität der Bundespolizei, der Medien, des Obersten Gerichtshofs und beider politischer Parteien zerstört. Die Leute sind wütend, verängstigt und suchen nach Antworten. In vielerlei Hinsicht ist das die ideale Umgebung für Anarchist*innen, aber wir müssen bereit sein, unsere Komfortzone zu verlassen, offen und stolz für unsere Ideale einzutreten und einige Risiken einzugehen, indem wir Menschen vertrauen. Noch wichtiger ist, dass die letzten neun Monate gezeigt haben, dass niemand kommen wird, um uns zu retten. Wenn wir uns nicht der Situation stellen – nicht nur wir Anarchist*innen, sondern alle entrechteten Menschen, die sich gegen den Faschismus wehren –, könnte uns das sehr wohl das Leben kosten.
>
> Deshalb bin ich zu der Kundgebung gegangen. Ich wollte anderen Rebell*innen zeigen, dass sie nicht allein sind, dass es neben zahnlosen liberalen Demonstrationen noch andere Möglichkeiten des Widerstands gibt und dass wir nicht auf die Erlaubnis einer nationalen Organisation warten müssen, um aktiv zu werden.

Bericht II: Eine große Stadt

Ich habe an der No Kings-Kundgebung hier teilgenommen, weil Gefährt*innen bei der Organisation geholfen hatten und weil es der beste Ort in der Gegend war, den ich mir vorstellen konnte, um andere Leute zu treffen, die sich organisieren, Widerstand leisten und zurückschlagen wollen.

50501 ist im Grunde genommen nur ein Meme, das von einigen Signal-Threads und Facebook-Gruppen unterstützt wird. Es ist politisch extrem vielfältig, und viele anarchistische und kommunistische Freund*innen haben sich lokal und in der landesweiten ›Struktur‹ engagiert. Ich weiß echt nicht, was es bedeutet, wenn mensch sagt, dass ein so loses Netzwerk mit der Polizei oder den Demokrat*innen zusammenarbeitet; das heißt nur, dass einige Leute darin (egal ob wichtig oder unwichtig) das gemacht haben, aber das zeigt nicht, dass es eine gemeinsame Vereinbarung gibt, die das unterstützt. Unter diesen Umständen sollten wir meiner Meinung nach allgemeine Anschuldigungen vermeiden und stattdessen einfach den politischen Durchschnitt weg von der Zusammenarbeit mit der Polizei oder der Abhängigkeit von den Demokrat*innen bringen.

Die Risiken waren nahezu null. In den Tagen zuvor verbreiteten sich viele paranoide Gerüchte; Gefährt*innen bemühten sich, diese zu widerlegen und diejenigen zu beruhigen, die neu in politischen Aktivitäten waren und die eigentlichen Ziele der Gerüchteküche waren. Es ist klar, dass Angst derzeit unser größtes Hindernis ist, mehr als tatsächliche Repression, Gewalt oder Drama.

Ich habe eine ältere Freund*in getroffen, die ein Jahrzehnt lang von den Bundesbehörden schikaniert wurde, weil sie mit einigen der Angeklagten des ›Green Scare‹ befreundet war; sie hat sich nie wirklich davon erholt und nimmt aufgrund des Traumas und der Angst nicht mehr oft an politischen Veranstaltungen teil. Sie war überglücklich, bei dieser Veranstaltung dabei zu sein, und nahm mit uns und vielleicht 400 anderen Menschen an der illegalen Abspaltungsdemonstration teil. Sie versuchte, sich neue Sprechchöre auszudenken, und unterhielt sich fröhlich mit mir ganz vorne in der Demonstration.

Ich denke, es wäre besser gewesen, wenn die Gefährt*innen nicht nur mit Flugblättern und radikalen Zeitschriften gekommen wären, sondern auch mit Transparenten und Hilfs-

mitteln, um die Demonstration selbstbewusster und kompetenter zu gestalten. Angesichts der enormen Energie, die in dieser großen Menschenmenge herrschte, die zwar aufgeregt, aber auch ängstlich war, hätte sie wahrscheinlich gerne weitere Schritte in Richtung Militanz unternommen, mit kleinen Dingen wie Kreide und Feuerwerkskörpern. Tatsächlich war es entscheidend, dass einige Leute ihr eigenes mobiles Soundsystem mitbrachten, unabhängig von dem, das von den offiziellen Redner*innen verwendet wurde.

Bericht III: Eine Kleinstadt

Bei der ersten No-Kings-Kundgebung in unserer Stadt im Juni 2025 startete eine Gruppe von Anarchist*innen und anderen Antiautoritären an einem anderen Ort weiter unten an der berühmten lokalen Straße und führte eine Demonstration durch, bei der sie einen Sarg für Donald Trump an der No-Kings-Kundgebung vorbeiführte. Diese Aktion war ein großer Erfolg und zog etwa hundert Menschen aus der Menge am Rathaus zum Federal Building, einem der wenigen Ziele hier, das tatsächlich mit dem Regime in Washington, DC, in Verbindung steht. Das Federal Building wurde streng von DHS-Agenten bewacht, die nach einer Aktion einige Wochen zuvor, bei der wer offenbar mit einem Filzstift »Fuck ICE« auf eine Glastür geschrieben hatte, in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden waren.

Wegen dieser Aktion zog die lokale demokratische Vorfeldgruppe, die die liberalen 50501-Non-Profit-Demonstrationen organisiert, von der historischen Straße (einer zweispurigen Einbahnstraße, auf der man den Verkehr sehr leicht blockieren kann) in einen Park auf der Westseite, der an eine achtspurige Autobahn grenzt. Im Jahr 2020 hielten Liberale, die nach dem Mord an George Floyd eine Demonstration verhindern wollten, ebenfalls eine Mahnwache in diesem Park ab, doch glücklicherweise griffen lokale Highschool-Schüler*innen da-

raufhin selbst ein. Den Anarchist*innen und Straßenpunks war klar, dass es sich um eine gegenaufständische Maßnahme handelte, die unsere Möglichkeiten, auf die Straße zu gehen, einschränken sollte. Nach dem Erfolg der Performance-Kunst beim ersten Mal hatten die Leute eine weitere Idee, wie sie eingreifen könnten. Der Plan war, eine King-Donald-Trump-Puppe zu bauen, die von den Demonstrant*innen verlangen würde, auf dem Bürgersteig zu bleiben und nichts zu tun, was sein Regime tatsächlich bedrohen würde – bis ein einzelner Narr eine Rebellion der Leibeigenen anführen würde, die die Puppe zerschlagen und zerstören würden.

Leider machte die Gefahr von schweren Gewittern und tornadoartigen Winden in unserer Gegend diesen Plan zunichte, und in letzter Minute mussten die Leute eine militantere Aktion planen.

Etwa ein Dutzend Anarchist*innen, Punks und andere Radikale versammelten sich am 18. Oktober im Park mit dem Plan, ein oder zwei Fahrspuren der Autobahn zu besetzen und dann durch die ruhigen Wohnstraßen in der Nähe zurück zum Park zu laufen. Nach späteren Berichten versammelten sich etwa 2.000 Menschen im Park und säumten den Bürgersteig auf beiden Seiten der Autobahn. Die Energie und Moral der Menge war niedrig. Obwohl sie angeblich von Milliardären finanziert wurden, hatten die Liberalen keine Megafone mitgebracht, initiierten keine Sprechchöre und hatten keine Musik in ihren Herzen. Wir begannen, um den Park herum eine Demonstration durchzuführen und versammelten eine Menge von etwa vierzig Menschen, die Sprechchöre riefen und Lieder sangen. Die Leute sangen *Bella Ciao* sowie eine lokale Hymne, die für die letzte Intervention der No King-Kundgebung komponiert worden war und wie folgt lautet

> »Keine Könige! Keine Herren! Keine alten faschistischen Bastarde! Keine Könige! Keine Herren! Keine alten faschistischen Bastarde! Keine Könige! Keine Herren! Keine alten

faschistischen Bastarde! Hängt sie an den Füßen auf, lasst die Geier fressen, diesen alten faschistischen Bastard!«

Nach ein paar Runden durch den Park machten wir den entscheidenden Ausbruch auf die Autobahn mit einem Banner aus der Zeit, als Donald Trump 2018 nach Südillinois kam. Darauf steht »All Ways Closed to Fascism!« (Alle Wege sind für den Faschismus gesperrt!) – eine Anspielung auf das Motto der Stadt.

Etwa vierzig Leute nahmen schnell zwei Fahrspuren ein und blockierten beide Fahrspuren komplett. Ein Polizeiauto folgte uns, und nur wenige Leute aus der Menge schlossen sich uns an, aber viele jubelten uns zu. Wir liefen die Autobahn entlang, bevor wir wieder in die Wohnstraßen abbogen, wo die meisten Leute aus ihren Häusern kamen und uns zujubelten. Als wir uns dem Park näherten, um die fröhliche und kämpferische Demonstration zu beenden, sprangen zwei alte Männer in Warnwesten hervor und versuchten, die Demonstration zu blockieren. Sie filmten uns und behaupteten, wir seien ICE-Agenten, weil wir Masken trugen. Einer der alten Männer griff sogar einer Person mit Banner ins Gesicht. Die Leute riefen antifaschistische Parolen, um sie zu übertönen. Die Demonstration kehrte sicher zum Park zurück.

Viele Leute kamen und bedankten sich bei uns für die Sprechchöre, die Musik und sogar für die ›Aufregung‹. Während die liberalen Organisator*innen wegen unserer Aktion total sauer waren, machten wir einfach weiter.

Auch wenn das vielleicht nicht so aufregend ist wie militante Aktionen in den großen Städten, müssen wir die Bewegung so weit wie möglich überall vorantreiben. Zu Hause zu sitzen und zu kritisieren und zu verurteilen, wäre ein Fehler gewesen. Viele gute Leute, die keine andere Idee haben, wie sie kämpfen sollen, sind zu dieser Veranstaltung gegangen. Hoffentlich hat unsere Aktion den Leuten was gebracht, und die Leute, die wir dort getroffen haben, fühlen sich besser in der Lage, sich der Situation zu stellen, wenn es eskaliert.

Ein paar Fragen an Anarchist*innen aus dem ganzen Land

Warum hast du an der No Kings-Kundgebung teilgenommen?

Wenn sich Menschen öffentlich versammeln, um ihre Ablehnung zu zeigen, ist das ein Ort, den es zu besetzen und zu radikalisieren gilt. Dazugehören heißt, dafür zu sorgen, dass die Botschaft der totalen Befreiung nicht durch liberale Argumente ausgelöscht wird.

Meine Gefährt*innen und ich dachten, dass viele Leute die No Kings-Demonstration nutzen würden, um sich in unserer Stadt gegen die Einwanderungsbehörde ICE zu stellen. Wir hofften, dass es genug Chaos geben würde, damit die Polizei die Kontrolle über die Situation verliert und die Leute sich daran erinnern, wie wir im Juni waren, und etwas von der allgegenwärtigen Angst verlieren, die sich in der ganzen Stadt breitgemacht zu haben scheint.

Im Großen und Ganzen stimmte ich dem Vorschlag von CrimethInc. zu. Ich denke, es ist wichtig für uns (Anarchist*innen und Anti-Autoritäre im weiteren Sinne), wieder sichtbar auf der Straße präsent zu sein. Wir haben viele Jahre damit verbracht, verschiedene Ansätze auszuprobieren, um mehr oder weniger sichtbar zu sein, und mir ist jetzt klar, dass wir erkennbar sein müssen, ohne zur Zielscheibe zu werden.

Die Gruppe, zu der ich gehöre, ist größtenteils nicht zur Kundgebung gegangen, zumindest nicht als Block innerhalb der Demonstration. Die No Kings-Kundgebung, die hier in der Innenstadt organisiert wurde, war von 8 bis 10 Uhr morgens geplant – also extrem früh –, ging aber direkt in ein ganztägiges multikulturelles Festival namens ›Tucson Meet

Yourself‹ mit Tausenden von Menschen, Food Trucks, lokalen Interessenverbänden und Familien über. Dort tauchte ich mit einem Rucksack voller Zines und ein paar hundert Flugblättern auf, um gegen ICE zu mobilisieren und antitautoritäre Ideen zu verbreiten. Ein paar von uns hatten sie am Tag zuvor geschrieben und risografiert.

Ich nahm an der No Kings-Kundgebung teil, um Propaganda zu verteilen – sowohl um die liberaleren Narrative darüber, wie man angemessen auf die aktuelle Situation reagieren sollte, in Frage zu stellen, als auch um Menschen mit ähnlichen politischen Zielen zum Gespräch mit unserer Bewegung einzuladen. Ich hatte auch das Ziel, der Demo eine konfliktreiche Note zu verleihen.

No Kings, 50501 und die Indivisible-Bewegung vertreten eine liberale Politik. Sie arbeiten mit der Polizei und der Demokratischen Partei zusammen. Wie hast du dich damit abgefunden?

Ich bin nicht hingegangen, um ihre Politik zu unterstützen, sondern um mich mit den Grenzen ihrer Politik auseinanderzusetzen. Anarchist*innen müssen nicht auf perfekte Bedingungen oder perfekte Gefährt*innen warten, um zu handeln. Die Präsenz in liberalen Räumen kann Momente eröffnen, in denen die Menschen erkennen, dass der Staat und seine Handlanger sie nicht retten werden. Ich sehe das als Engagement, nicht als Anpassung.

Wir sind als autonome Individuen dorthin gegangen, um uns an einer Massenbewegung gegen den Faschismus zu beteiligen, nicht um mit den liberalen Organisator*innen zu streiten, die allen gesagt haben, sie sollten auf dem Bürgersteig bleiben. Viele der Menschen, die zu diesen Demonstrationen

kommen, sind ideologisch nicht dem Legalismus oder Pazifismus verpflichtet; sie sehen darin einfach die einzige Möglichkeit, etwas zu bewirken. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, unter den einfachen Mitgliedern für echten Widerstand zu agitieren. Nur weil zwölf Leute mit einem Logo und einem Social-Media-Account behaupten, sie hätten die Autorität, allen anderen bei einer Veranstaltung zu sagen, was sie zu tun haben, heißt das nicht, dass wir darauf hören müssen. Ich glaube nicht, dass es hier einen Widerspruch gibt, den es zu lösen gilt. Wir kommen, wir stehen zu unseren Werten, wir versuchen, andere Menschen dazu zu bewegen, sich uns anzuschließen, und wir machen diese Organisationen irrelevant.

Ich hab kein Problem damit, liberale Veranstaltungen zu nutzen, um Splitteraktionen zu starten. Das ist eine bewährte Taktik, und hier war das nicht anders. Große Kundgebungen ziehen viele Menschen an, die nach etwas Radikalerem suchen, also ist es gut, dort zu sein, um sie zu finden. Es scheint, als befänden wir uns in einer Warteschleife, in der die Faschisten langsam das Kriegsrecht einführen und die Leute zu ängstlich sind, etwas zu unternehmen, weil sie denken, dass das alles nur noch schlimmer machen könnte. Aber ich denke, es ist wichtig, die Widersprüche zu verschärfen und den Staat zu Überreaktionen zu provozieren, um eine weit verbreitete Wut zu entfachen, die in der Lage ist, dem Staat wirklich entgegenzutreten.

Diese Boomer wollen einfach nur jemanden zum Reden. Wir haben die Organisator*innen gemieden und sind dorthin gegangen, wo die meisten Leute waren.

Auf dem Folklorefestival gab es viele leere Stände, weil die Verkäufer*innen früh zugemacht hatten oder gar nicht erst gekommen waren. Wir haben versucht, uns aus Spaß an einem Stand der ›Pima County Association of Governments‹ einzurichten, aber dann kam der Typ, der den Stand betreute, und wir sind einfach zu einem anderen leeren Stand gegan-

gen und haben ein Schild mit der Aufschrift ›Anarchistische Polemik zum SCHNÄPPCHENPREIS‹ gemacht. Das Zeug war alles umsonst.

Einige Online-Kommentator*innen haben es als ›gefährlich‹ bezeichnet, an öffentlichen Kundgebungen teilzunehmen. Was glaubst du, waren die Risiken?

Es gibt immer Risiken, wenn mensch die Macht herausfordert ... Polizei, Überwachung, Reaktionäre oder Doxxing. Aber uns zu verstecken macht uns nicht sicherer. Wir können Schäden durch gegenseitige Unterstützung, eine gute Sicherheitskultur und Situationsbewusstsein minimieren, aber Risiken gehören zur Realität des Widerstands dazu.

Ich bin mir nicht sicher, ob es sich für mich so riskant angefühlt hat. Los Angeles hat in dieser Hinsicht vielleicht eine andere politische Landschaft als die republikanisch geprägten Bundesstaaten, aber ich wusste, dass wir es mit der LAPD zu tun haben würden, nicht mit ICE und möglichen Anklagen auf Bundesebene (die riskanter sind, obwohl sie in Los Angeles im Allgemeinen nicht so riskant sind, wie viele denken). Mit Tausenden von Liberalen, die uns Deckung gaben, fühlte sich dies wie eine der sichereren Aktionen an, die derzeit in Los Angeles stattfinden. Auf jeden Fall sicherer als eine Konfrontation mit der ICE während einer Razzia.

Was reden die Leute da, dass es für Anarchist*innen ›gefährlich‹ sei, bei No Kings dabei zu sein? Es ist gefährlich für uns, NICHT dabei zu sein.

Natürlich ist es gefährlich. Das Regime macht deutlich, dass es unsere Bewegung zerschlagen und jeden, der sich ihm in den Weg stellt, ins Gefängnis stecken, töten oder deportie-

ren will. Jede Aktion gegen das Regime, auch wenn sie nur symbolisch ist, bringt ein erhöhtes Risiko von Überwachung, Polizeigewalt und Repression mit sich. Ich bin aber der Meinung, dass die Risiken, die entstehen, wenn wir jetzt nicht mitzumachen, noch größer sein werden. Das Einzige, was die Faschisten davon abhält, noch weiter zu gehen, ist unser Widerstand, und wenn wir verlieren, wollen sie uns umbringen. Wir müssen aufhören, Gefahr als etwas zu sehen, das wir uns aussuchen können, und erkennen, dass wir, ob wir wollen oder nicht, in einen Kampf ums Überleben verwickelt sind.

Pah, das ist nur soziale Angst. Ich dachte, wir würden rausgeschmissen werden, weil wir einen Stand übernommen haben, aber wir durften den ganzen Tag bleiben. Für den Fall, dass wir rausgeschmissen worden wären, wollten wir einfach zu einem anderen Teil des Festivals gehen, einen anderen Stand nehmen oder die Zines per Hand verteilen.

Viele Leute wollen gerade über revolutionäre, staatsfeindliche Politik reden. Es war ein gutes Gefühl, als ›wir selbst‹ aufzutreten, den Leuten explizit anarchistische Ideen zu präsentieren und zu sehen, wer bereit ist, sich darauf einzulassen.

In diesem Fall, in einer Stadt, in der bereits versucht wurde, Bundestruppen zu stationieren, und in der es von menschlichem Abschaum wimmelt, der für die Einwanderungsbehörde arbeitet, war ich persönlich extrem besorgt. Massenüberwachung ist real und sie ist schlimm. Angesichts des Kontextes hatte ich jedoch das Gefühl, dass grundlegende Sicherheitsmaßnahmen wie das Tragen von Masken ausreichend waren. Die Zeit wird zeigen, ob das stimmt. Die Leute, mit denen ich zusammen war, nutzten dies meist als Gelegenheit, sich zu zeigen. Niemand hatte vor, mehr zu tun, als an der Demonstration teilzunehmen, was unsere Entscheidungen beeinflusste. Einige Leute trugen keine Masken, andere waren vollständig maskiert, wieder andere lagen irgendwo dazwischen.

Ich wusste, dass die Teilnahme an der Kundgebung das unwahrscheinliche Risiko einer Verhaftung oder Polizeigewalt oder Gewalt durch die extreme Rechte mit sich brachte. Das größte Risiko bestand jedoch nicht in meiner persönlichen Sicherheit, sondern darin, dass wir keinen Einfluss auf die Menge nehmen oder andere Menschen erreichen würden, die mit der Trump-Regierung und den liberalen Reaktionen darauf unzufrieden sind.

Was glaubt ihr, habt ihr erreicht?

Ich hatte viele gute Gespräche mit Leuten, die mit dem, was wir taten, sympathisierten, aber ich denke, das Vielversprechendste war, wie viele Menschen sich uns auf der Straße anschlossen, als wir gezeigt hatten, dass es möglich war. Sogar einige der Friedenspolizisten jubelten vom Bürgersteig aus! Eine ältere Frau aus den Vororten ist während einer Demonstration auf der Straße gestürzt, und als wir ihr aufhalfen und fragten, ob wir ihr zurück zum Bürgersteig helfen sollten, lehnte sie ab. »Ich bin gegen den Vietnamkrieg auf die Straße gegangen, und ich will auch jetzt auf die Straße gehen.« Ich habe nach der Aktion auch mit einigen jungen Leuten gesprochen, die von der Erfahrung total begeistert waren und nach verschiedenen Möglichkeiten suchten, sich weiter zu engagieren. Die übliche Haltung vieler autoritärer Demonstrant*innen (sowohl liberaler als auch leninistischer) ist, dass nicht genehmigte Straßenproteste für ältere Menschen oder Kinder zu gefährlich sind und dass sie ›die Massen‹, die für so große revolutionäre Schritte wie das Demonstrieren auf der Straße ohne Genehmigung nicht bereit sind, von Natur aus entfremden. Es war gut, daran erinnert zu werden, wie falsch das ist.

Andere Aktivist*innen und Interessengruppen waren offen für unsere Anwesenheit. Überraschenderweise gehörte dazu

auch ›Humane Borders‹ – die abwesende humanitäre Gruppe, deren Stand wir übernommen hatten. Irgendwann kam eines ihrer Mitglieder an unseren Tisch, um zu fragen, wer wir seien. Wir sagten ihr ganz offen, dass wir dort nur kostenlose anarchistische Literatur verteilen wollten, da dieser Tisch sonst nicht genutzt wurde. »Da Humane Borders nicht erschienen ist, sind wir hier für No Borders!!! Und wir alle hassen ICE!« Zuerst schien sie von unseren Possen verwirrt zu sein, aber später kam sie zurück und sagte, dass ihre Gruppe froh sei, dass wir ihren Tisch nutzten!

Ich fand es vielversprechend, dass es offensichtlich Leute gibt, die sich für militante Straßenaktionen interessieren und die wir nicht kennen. Ich denke dabei vor allem an die Gruppen von Jugendlichen, die sich mit mexikanischen Flaggen versammelt hatten.

Am vielversprechendsten fand ich, dass sich etwa fünfzig lautstarke Leute, von denen viele völlig unbekannt waren, weiterhin trotzig auf der Straße versammelten, obwohl die Ordnungskräfte sie wiederholt aufgefordert hatten, nach Hause zu gehen. Sie waren offensichtlich unzufrieden mit den Liberalen, die die Demonstration anführten, und wurden sichtlich von den Aussagen der Anarchist*innen und der Energie, die sie in die Demonstration einbrachten, beflügelt, selbst als klar wurde, dass wir den Zorn sowohl der Organisator*innen als auch der Polizei auf uns zogen. Wir sahen Menschen, die von revolutionären Botschaften inspiriert und angezogen waren.

Einige Gefährt*innen konnten mit einem lauten mobilen Lautsprecher und einigen gelben Demonstrant*innenwesten eine große Menschenmenge von etwa tausend Personen von der No Kings -Kundgebung am Rathaus zum Gefängnis lenken. Die Menge im MDC war davon richtig begeistert, und es gab ein paar kleinere Auseinandersetzungen mit der Polizei,

wenn auch nichts allzu Gravierendes. Alle waren sehr gegen die Polizei eingestellt, und die Leute verlangten etwa sieben Mal, Boosies »Fuck the Police« zu hören. Irgendwann tanzten etwa hundert Leute zu »Payaso de Rodeo« Line Dance, was echt lustig war, und es gab einen ganzen Tanzwettbewerb zu einem Monterrey-Tribal-Set. Ich glaube, die Polizei merkte, dass sie die Kontrolle über die Situation verlor, denn direkt nach dem Line Dance holten sie die Pferde und gingen sehr aggressiv vor, um die Kreuzung zu räumen.

Wir stellten mehrere Tische mit Hunderten von Zines, Postern und Aufklebern auf. Eine der freiwilligen Helfer*innen der Veranstaltung kam etwas misstrauisch auf uns zu und fragte, was wir vorhätten. Ich sagte ihr, dass wir nur ein paar Leute seien, die Ideen austauschen und ein offenes Gespräch führen wollten. Ihre Haltung änderte sich von skeptisch zu echt neugierig. Am Ende lächelte sie, stellte Fragen und ging mit einer Handvoll Zines davon.

Was hättest du dir bei No Kings gewünscht, woran du rückblickend selbst mitwirken hättest können?

Mehr autonome Präsenz, mehr Banner, Skill-Sharing, Kunst, spontane Sprechchöre, die nicht über das ›genehmigte‹ Mikrofon laufen. Räume, in denen Menschen frei reden können, ohne dass ihnen von einer Bühne aus vorgeschrieben wird, wie ›sicherer‹ Aktivismus auszusehen hat.

Unsere Propaganda fördert direkte Aktionen und politische Experimente. Alle Flyer haben einen QR-Code für einen ›Ankündigungs‹-Thread, in dem bevorstehende antiautoritäre Veranstaltungen, unsere eigenen Demonstrationen und ähnliches gepostet werden. Aber wir haben diesen Monat keine konkrete Veranstaltung in unserem Kalender, die zur öf-

fentlichen Teilnahme einlädt, zum Beispiel haben wir keinen Aufruf zur Bildung einer stadtweiten Versammlung gestartet. Solche Dinge müssen noch organisiert werden.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir unsere Propaganda besser koordiniert hätten, damit wir mehr Gespräche mit Leuten hätten führen können. Wir sind nicht so viele, was es schwierig macht, alle unter einen Hut zu bringen. Ich denke, dass es uns in Zukunft helfen würde, wenn wir unsere Öffentlichkeitsarbeit etwas gezielter machen würden, anstatt einfach Flyer und Zines an jeden zu verteilen, der sie haben will.

Ich hätte mir spektakulärere Präsentationen unserer politischen Botschaften gewünscht – sei es durch das Aufhängen von Bannern, das Kleben von Plakaten, das Hissen von Flaggen, das Verbrennen von Puppen oder etwas anderes. Im Nachhinein ist klar, dass die Demonstration einfach ein riesiges Spektakel war, das für viele Liberale ein ›lustiger Nachmittag‹ war. Dies mit einer anarchistischen Note zu versehen, um unsere Präsenz für andere so sichtbar wie möglich zu machen, hätte für uns vielversprechend und für andere dort motivierend sein können, wenn es zum richtigen Zeitpunkt und im richtigen Kontext geschehen wäre. Außerdem hätten Anarchist*innen an vielen verschiedenen Stellen versuchen können, mit großen, verstärkten Transparenten und einem Megafon an der Spitze der Demonstration zu stehen, um die Botschaften und das Image der Organisator*innen in Frage zu stellen und möglicherweise sogar am Ende der Route oder in deren Nähe eine Abspaltungs-Demo mit denen zu starten, die noch nicht genug vom Demonstrieren hatten oder nach anderen Wegen suchten, um ihre politische Frustration auszudrücken.

Ich wünschte, wir hätten mehr Möglichkeiten vorbereitet, damit die Leute nach der Veranstaltung hätten weitermachen

können. Wir haben Flyer für eine zukünftige Anti-ICE-Veranstaltung verteilt, aber viele Leute wollten direktere Möglichkeiten, sich zu beteiligen, und wir hatten keine Möglichkeit, dies zu tun, außer die Signal-Benutzernamen weiterzugeben, was nicht ideal ist. Für die Zukunft hoffen wir, einen lokalen Veranstaltungskalender einzurichten, der es den Leuten ermöglicht, sich an weniger risikoreichen Veranstaltungen zu beteiligen, und vielleicht wäre auch ein Link zu einem Telegram-Kanal oder einem Signal-Thread nur für Admins eine gute Idee.

Vor allem denke ich, dass eine weitere Gruppe von Leuten, die Splitterdemonstrationen gemacht hätte, sich durch die Innenstadt oder auf die Autobahn hätte schlängeln können, was die Polizeikräfte gespalten hätte und das Internierungslager wahrscheinlich wirklich in Aufruhr versetzt hätte, was für die Anti-ICE-Bewegung im Moment ein großer Gewinn gewesen wäre.

Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeutet, dass wir darauf warten, dass diese großen liberalen Organisationen Massenaktionen organisieren, damit wir sie kapern können, und wie viel wir dadurch verlieren, dass wir in dieser Hinsicht von ihnen abhängig sind. Gleichzeitig kostet es uns eine Menge Energie und Koalitionsbildung, diese Arbeit selbst zu machen, was uns von der Arbeit der Mietervereinigung und dem Aufbau einer Basis abhält, sodass es nie wie die beste Nutzung unserer Zeit erscheint. Trotzdem frage ich mich, ob es einen Weg gibt, diese Dynamik zu ändern.

erstveröffentlicht am 20.10.2025

Umkehr der Gezeiten
Wie wir uns aus der Ära Trump befreien können

Ein Jahr nach Beginn der zweiten Trump-Ära haben die Autoritären zwar die Kontrolle über die Bundesregierung, die Kontrolle über die Gesellschaft als Ganzes haben sie jedoch noch nicht. Sie haben viel Schaden angerichtet, aber ihr Angriff hat sich festgefahren, wenn er nicht sogar in eine Sackgasse geraten ist. Sie müssen ständig Stärke zeigen, gerade weil sie nicht unbesiegbar sind. Es ist endlich möglich, sich vorzustellen, wie wir sie nicht nur besiegen, sondern die Situation auch nutzen könnten, um tiefgreifendere Veränderungen zu erreichen, als sie zuvor denkbar waren.

Im Folgenden analysieren wir die strukturellen Kräfte, die hinter Trumps Rückkehr an die Macht stehen, gehen die Ereignisse von 2025 durch und schlagen eine Strategie vor, wie wir uns gemeinsam aus der Trump-Ära befreien können.

Eine steigende Flut, die alle Boote versenkt

Die aktuelle politische Krise in den Vereinigten Staaten ist die Folge wirtschaftlicher Prozesse, die seit Generationen im Gange sind. Der Aufstieg des Faschismus ist kein Zufall, der durch die Demagogie einer einzelnen Person hervorgerufen wurde, sondern das logische Ergebnis des profitorientierten Kapitalismus.

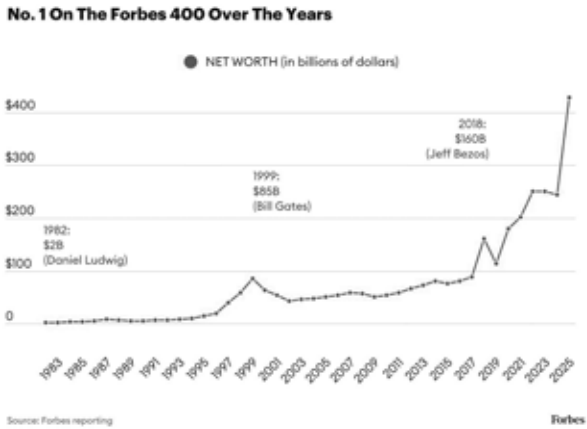
Die neoliberale Ordnung hat den Weg dafür geebnet, indem sie die Kluft zwischen Arm und Reich vertiefte und die Polizei militarisiert hat, um diese Ungleichheiten zu erhalten. So entstand eine sozial absteigende Bevölkerung, die verzwei-



Je prekärer eine Gesellschaftsordnung ist, desto mehr Gewalt ist erforderlich, um sie aufrechtzuerhalten.

felt nach Sündenböcken sucht. In einer globalisierten Wirtschaft können Politiker*innen die Auswirkungen des Kapitalismus auf ihre Wähler*innen nicht abmildern, ohne dass Investor*innen ihre Geschäfte woanders machen.[1] Deshalb haben ›linke‹ Parteien immer wieder ihre Versprechen nicht eingehalten, während reaktionäre Parteien die Politik und den zulässigen Diskurs stetig nach rechts gezogen haben – wobei die Mitte als eine Art Ratschenmechanismus fungiert,

1 »Eine Wirtschaft, die nur auf Profit aus ist, führt unweigerlich dazu, dass immer weniger Leute immer mehr Geld haben. In einer globalisierten Welt schreckt jedes Land, das versucht, das zu ändern, Investor*innen ab. Deshalb müssen heute sogar die reichsten Länder ihre ganze sozialdemokratische Infrastruktur opfern, um den Markt auf Kosten der Allgemeinheit am Laufen zu halten. Dieses Problem könnte durch die revolutionäre Abschaffung des Privateigentums und des Staates, der es verteidigt, gelöst werden, aber es gibt nur einen Weg, die Infrastruktur der Sozialdemokratie zu erhalten und gleichzeitig den Kapitalismus aufrechtzuerhalten, nämlich indem man den Kreis derjenigen einschränkt, die davon profitieren.« – siehe CrimethInc.: *Syriza kann Griechenland nicht retten: Warum es keinen Wahlweg aus der Krise gibt*



der verhindert, dass sich Politik und Diskurs wieder zurück drehen würden.

Die seit Jahrzehnten voranschreitende Vermögenspolarisierung hat zu qualitativen Verschiebungen geführt. Im Jahr 2003 galt Bill Gates mit einem Vermögen von rund 40 Milliarden Dollar als der reichste Mann der Welt; im Oktober 2025 erreichte das Nettovermögen von Elon Musk 500 Milliarden Dollar. Heute kontrollieren die zehn reichsten Männer der Welt deutlich mehr Vermögen als die ärmsten drei Milliarden Menschen. Wenn der Reichtum so ungleich verteilt ist, übt die herrschende Klasse im Vergleich zum Rest der Bevölkerung so viel Macht aus, dass sich der Charakter der repräsentativen Demokratie verändert. Ein einzelner Mann wie Elon Musk kann den Ausgang einer Wahl bestimmen, indem er Kommunikationsplattformen aufkauft und Wähler*innen besticht.

Unter solchen Umständen ist es nicht überraschend, dass Speichellecker wie Curtis Yarvin argumentieren, dass Milliardäre eine formelle politische Vorherrschaft haben sollten, die ihrer wirtschaftlichen Vorherrschaft entspricht. Der Wunsch

nach einem Politiker, der »das Land wie ein Unternehmen führt« – also wie eine Diktatur – war schon immer eine autokratische Fantasie. Da sich immer mehr Menschen an Autoritarismus im wirtschaftlichen Bereich gewöhnt haben, sind sie bereit, ihn auch im politischen Bereich zu akzeptieren. Das führt zu einer Rückkopplungsschleife: Je mehr Ungleichheit herrscht, desto beliebter wird Autoritarismus, da Menschen aller politischen Lager zu dem Schluss kommen, dass sie zu schwach sind, um ihre Interessen selbst durchzusetzen, und daher einen mächtigen Anführer brauchen, der dies für sie tut.

Seit über einem Jahrhundert fungiert die Demokratie als politisches Pendant zur freien Markwirtschaft. Beide versprechen den Menschen soziale Mobilität und bewahren gleichzeitig die Ungleichheiten, die für die Monarchie und den Feudalismus, die ihnen vorausgegangenen Systeme, grundlegend waren.[2] Eine Zeit lang diente die Demokratie dazu, die Gewalt der Wirtschaft und des Staates zu mildern, zumindest gegenüber den vergleichsweise Privilegierten. Aber mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten können weder der Kapitalismus noch die Demokratie die soziale Ordnung stabilisieren. Die Wirtschaft hat sich in den letzten fünfzig Jahren auch in anderer Hinsicht verändert. So bauen die Milliardäre von heute ihr Vermögen zunehmend durch Spekulationen auf. Während Henry Ford sein Vermögen durch den Verkauf

2 »So wie der Kapitalismus in Europa den Feudalismus abgelöst hat, so hat sich die repräsentative Demokratie als tragfähiger als die Monarchie erwiesen, da sie Mobilität innerhalb der Hierarchien des Staates ermöglichte. Der Euro und die Wahlurne sind beides Mechanismen, mit denen die Macht dergestalt hierarchisch verteilt wird, dass die Hierarchie nicht im Mittelpunkt steht. Im Gegensatz zu dem politischen und wirtschaftlichen Stillstand der Feudalzeit sorgen Kapitalismus und Demokratie dafür, dass die Macht unaufhörlich neu verteilt wird. Dank dieser dynamischen Anpassungsfähigkeit hat die potenzielle Rebellin bessere Chancen, ihren Status innerhalb des herrschenden Systems zu verbessern als dieses zu stürzen. Daher neigt die Opposition eher dazu, das politische System von innen heraus neu zu beleben als es zu gefährden.« – siehe CrimethInc.: *From Democracy to Freedom. Der Unterschied zwischen Regierung und Selbstbestimmung.*

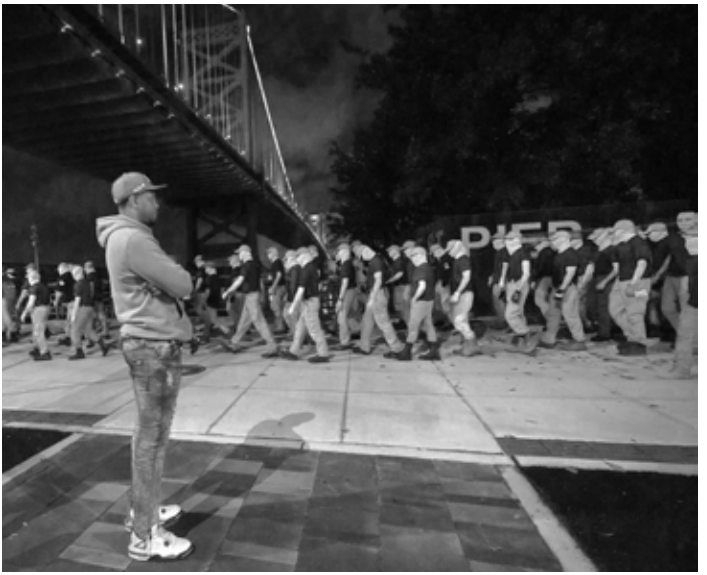
von Autos machte[3], hat Elon Musk sein Vermögen hauptsächlich durch sprunghafte Kursanstiege an der Börse aufgebaut. Donald Trump und Musk sind beides Hype-Männer, deren Strategie darin besteht, ihre Versprechungen unaufhörlich zu steigern, doppelt oder nichts, bevor irgendwer das tatsächliche Ergebnis ihrer früheren Unternehmungen bewerten kann. Wie der Boom der Kryptowährungen ist dies ein Symptom einer Ära, in der die Profitrate sinkt und Spekulationen profitabler sind als altmodischer Handel.

Der Kapitalismus ist ein Feuer, das ständig Ressourcen verbrauchen muss, um weiterhin Gewinne für die Gewinner*innen zu generieren. Letztendlich sind Kapitalist*innen gezwungen, den Staat selbst als Ort zu betrachten, aus dem sie Profit ziehen können, anstatt als Mittel zur Stabilisierung des Umfelds, in dem sie konkurrieren. In einer Zeit sinkender Gewinne wird die Eroberung und Plünderung des Staates zum ultimativen Schachzug für Hype-Männer.

Seit Jahrzehnten hören wir von solchen Dingen, die in Autokratien in Übersee passieren – Russland, Belarus, Türkei, Ungarn. Neoliberale Experten wie Thomas Friedman und Francis Fukuyama dachten, dass das weniger entwickelte Gesellschaften seien, die irgendwann den Westen einholen würden, wenn der freie Markt sie zivilisiert hätte. Tatsächlich waren es aber die Demokratien in Europa und Nordamerika, die hinterherhinkten. Donald Trump und seine Leute haben sich das Modell dieser autoritären Gesellschaften angesehen, um es in die USA zu bringen.[4]

3 Während Henry Ford und Elon Musk eine Affinität zum Faschismus und zum Rassismus teilen, kaufte Ford 1919 bekanntlich alle Aktien seines Unternehmens auf, um es zu privatisieren. Im Gegensatz dazu verdiente Musk seine Milliarden vor allem durch Spekulationen an der Börse, wodurch die Tesla-Aktien im Verhältnis zu den tatsächlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Tesla-Fahrzeugen dramatisch überbewertet sind.

4 Diejenigen, die sich in den USA gegen Donald Trump stellen, tun gut daran, sich mit dem Widerstand in China, Russland, Kasachstan und anderen autoritären Kontexten auseinanderzusetzen.



Faschisten der Gruppe Patriot Front marschieren im Jahr 2021. Der Aufstieg des Faschismus ist die logische Folge des Neoliberalismus.

Auch dies war nicht einfach die Initiative einiger weniger böswilliger Personen, sondern die Folge struktureller Entwicklungen. In den 1950er Jahren konnten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion soziale Sicherheitsnetze für ihre Bürger*innen zur Verfügung stellen, unter anderem dank der unverhohlenen Ausbeutung von Ressourcen in den Teilen der Welt, die Opfer ihrer imperialistischen Unternehmungen waren. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks war die Welt geteilt in die reichen Konsumnationen des imperialistischen Kerns, wo die meisten Leute die Vorteile der Demokratie genossen, und die armen Produzent*innennationen an der Peripherie, wo die meisten als billige Arbeitskräfte behandelt wurden und unter entsprechend repressiven Regimes litten. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichhei-

ten und der prekären Lebensbedingungen im imperialen Kern ist es nicht verwunderlich, dass auch hier die politischen Freiheiten erodieren, während die Formen der Unterdrückung, die in Übersee praktiziert wurden, nun auch im eigenen Land Einzug halten. Aimé Césaire bezeichnete diese Tendenz als imperialen Bumerang.

Aber der Übergang zu einem gnadenlosen Kapitalismus, einer Politik der verbrannten Erde und einer Herrschaft durch rohe Gewalt birgt Risiken für die herrschende Klasse.

> Sofern es nicht zu einer Weltrevolution kommt, werden die durch den Kapitalismus verursachten Krisen weiterhin soziale Unruhen hervorrufen, bis ein neuer massiver Kontroll- oder Beschwichtigungsmechanismus entsteht.
> In einer globalisierten Welt sind die staatlichen Strukturen gezwungen, diese Krisen zu verursachen und aufrechtzuerhalten, sind aber zunehmend machtlos, ihre Auswirkungen zu mildern. Dies macht den Staat zu einer Art heißem Eisen; jede Partei, die die Zügel in der Hand hält, tut dies auf eigenes Risiko, wie der Sturz Mursis in Ägypten gezeigt hat. Andererseits wird in Krisenzeiten jede*r, der*die in der Lage ist, wirksam gegen die repressiven Kräfte des Staates vorzugehen, an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung gewinnen.
>
> –CrimethInc, Die ukrainische Revolution und die Zukunft sozialer Bewegungen

Trump 2.0

Diejenigen, die den Aufstieg der Autokratie in Russland verfolgt haben, wissen, was zu erwarten ist, wenn sie sich durchsetzt. Alles sieht mehr oder weniger gleich aus – die Polizei macht weiter mit ihrer Polizeiarbeit, Vermieter*innen kassieren weiterhin Mieten, die Menschen gehen weiterhin zur Arbeit. Der Übergang verläuft so reibungslos, weil alle notwendigen Elemente des Faschismus bereits unter der Demokratie



Gregory Bovino, von der Ministerin für Innere Sicherheit, Kristi Noem, zum »Commander at Large« (ein Rang ohne gesetzliche Grundlage) der Grenzpolizei ernannt, leitete in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 ICE-Razzien in Los Angeles, Chicago, Charlotte und New Orleans. Der Übergang von der Demokratie zur Autokratie geht mit dem Aufkommen neuer militarisierter Gruppen einher, die außerhalb des alten Protokolls operieren.

vorhanden waren. Dennoch gibt es verräterische Anzeichen. Mensch sieht immer öfter militarisierte staatliche Söldner auf den Straßen, maskiert und schwer bewaffnet. Demonstrationen werden immer schwieriger und gefährlicher, bis die letzten Demonstrant*innen verhaftet werden, weil sie allein mit leeren Zetteln dastehen. Und früher oder später, sobald die Sicherheitsbehörden die interne Lage unter Kontrolle haben, zieht das Regime in den Krieg – denn der Faschismus braucht immer einen Feind, gegen den er mobilisieren kann.

Die zweite Trump-Regierung ist ein Experiment mit Autoritarismus, das es in den Vereinigten Staaten noch nie gegeben hat. Diesmal hat Trump praktisch die gesamte Exekutive und den Obersten Gerichtshof unter Kontrolle und wird außerdem von Silicon Valley unterstützt. Ja, die Vereinigten Staaten wurden schon immer auf weißer Vorherrschaft, Patriarchat und kolonialer Gewalt aufgebaut – aber wer seine Analysen nicht an die neue Situation anpassen will, verschließt einfach die Augen vor der Realität.

Für die Zwecke dieser Analyse werden wir uns nicht mit den strategischen Rahmenbedingungen und Zielen befassen, die die verschiedenen Elemente der Trump-Koalition antreiben – die ›Unitary Executive Theory‹ der Heritage Foundation, die darauf abzielt, diktatorische Macht in Trumps Händen zu konzentrieren, das ›Seven Mountain Mandate‹ der christlichen Nationalisten, das darauf abzielt, die Kontrolle über die Gesellschaft insgesamt zu erlangen, die in Irak und Afghanistan verfeinerte Strategie der Aufstandsbekämpfung, die Militär und Polizei gegen Protestbewegungen und unruhige Gemeinden in den USA einsetzen, die Bemühungen der christlichen und jüdischen Zionisten[5], Palästina als Testfeld zu nutzen, um Völkermord als Mittel zur Gentrifizierung zu

5 Anmerkung der Übersetzer*innen: in den USA gibt es große christliche Organisationen aus dem evangelistisch-fundamentalistischen Milieu, die starken Einfluss ausüben. Sie kooperieren dabei mit rechtsextremen jüdischen Zionist*innen aus den USA, aber das nicht immer einheitlich.

etablieren, die Unternehmen aus dem Silicon Valley, die Erdölkonzerne und die Profiteure der Kryptowährungen, die alle nach einer Lizenz suchen, um ungestraft plündern zu können.

Wir beschränken uns darauf, einige der ursprünglichen Ziele des Regimes zu benennen:

- Säuberung der Bundesbürokratie und des Militärs von allen Beamt*innen, die nicht ausschließlich Donald Trump treu ergeben sind
- Trans-Personen, Schwarze Frauen und andere verdächtige Bevölkerungsgruppen aus der Bundesverwaltung und dem Militär entfernen
- Unterdrückung aller Programme zur Förderung von Diversität und Gleichberechtigung
- Die Macht in der Exekutive sowohl rechtlich als auch in der Praxis zu konsolidieren
- Konzentration der Ressourcen auf die Bundesbehörden, die sich als besonders loyal gegenüber Trump erwiesen haben, wie beispielsweise die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE)
- Die Justiz schwächen und überfordern und gleichzeitig den Obersten Gerichtshof nutzen, um rechtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen
- Das Justizministerium als Waffe einsetzen, um Gegner*innen mit Rechtsstreitigkeiten zu bekämpfen
- Die Legislative unterordnen oder ins Abseits drängen
- Alle staatlich geförderten Behörden, die nicht direkt unter republikanischer Kontrolle stehen, abschaffen oder ihnen die Mittel entziehen
- Unterwerfung von Universitäten und dem Bildungswesen insgesamt durch Klagen, Zurückhaltung von Finanzmitteln und Maßnahmen zur Unterdrückung abweichender Meinungen
- Kritische Medienplattformen durch Klagen, Übernahmen und Einschüchterung unterdrücken

- Unterdrückung, Entzug der Finanzierung oder Diskreditierung aller Institutionen, die ungünstige Informationen sammeln oder verbreiten könnten, darunter medizinische Forschung, Wettervorhersagen, Wirtschafts- und Umweltstatistiken sowie Daten über den Klimawandel und den Zugang zu Nahrungsmitteln
- Den Regierenden ermöglichen durch Aktienhandel, Kryptowährungen und andere Geschäftsmodelle von ihrer politischen Macht zu profitieren und durch die Annäherung von Staat und Wirtschaft Reichtum anzuhäufen
- Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Richtung transaktionaler Beziehungen verlagern, von denen vor allem die Führung der Regierung profitiert
- Die USA geopolitisch neu an Autokratien ausrichten und dabei rechtsextreme und faschistische Parteien weltweit unterstützen
- Die Vorherrschaft der Weißen in der Außenpolitik in den Mittelpunkt stellen – zum Beispiel durch die Einschränkung des Asylrechts, außer für weiße Afrikaner*innen aus Südafrika
- Den Diskurs über die Bekämpfung des Antisemitismus für eine christlich-nationalistische Agenda nutzen
- Wahlbezirke neu zuschneiden, um eine Einparteienherrschaft sicherzustellen
- Die Loyalität innerhalb der Partei durch Einschüchterung, Kontrolle der Gelder und die Drohung, bei Vorwahlen gegen Loyalisten anzutreten, erzwingen
- Korruption und Begnadigungen durch den Präsidenten als normal ansehen und beides nutzen, um Politiker*innen aller Parteien und andere einflussreiche Leute unter Kontrolle zu halten
- Militäroperationen gegen zivile Ziele innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten zu normalisieren; Streitkräfte aufbauen, die speziell darauf ausgerichtet sind, zivile Unruhen zu unterdrücken

- Das Heimatschutzministerium, das Federal Bureau of Investigations und andere Bundesbehörden so umorientieren, dass sie sich hauptsächlich auf die Bekämpfung innerstaatlicher Dissident*innen konzentrieren
- Verschlechterung der Lebensqualität in Gebieten, die als regierungsfeindlich gelten, durch wirtschaftliche Störungen und gezielte Polizeieinsätze
- Unterbrechung der Finanzierungsströme für politische Gegner*innen, einschließlich gemeinnütziger Organisationen
- ›Flood the zone‹: Gegner*innen durch ständige Provokationen verwirren und ablenken, zum Beispiel durch die Androhung der Annexion Grönlands und Kanadas
- Angst schüren in bestimmten Gemeinschaften und bei politischen Gegner*innen

Als die Nazis die Macht in Deutschland übernahmen, wurden durch ihr Programm der *Gleichschaltung* [im Original auf deutsch] – eine elektrische Metapher für Konsolidierung – alle anderen politischen Parteien und Organisationen schnell beseitigt. Die Trump-Regierung wusste, dass sie mit einem ähnlichen Vorhaben eine Gegenreaktion provozieren würde, die sie nicht kontrollieren könnte. Das oben genannte Programm stellt das Maximum dar, von dem sie glaubten, dass sie damit durchkommen könnten.

Ende 2025 hat die Regierung die meisten dieser Ziele erreicht. Haben sie noch genug Schwung, um zur nächsten Phase ihrer Operation überzugehen?



Die Konzentration von Ressourcen in den Händen der ICE ist sowohl ein Mittel zur gewaltsamen Veränderung der Bevölkerungsstruktur als auch eine Möglichkeit, Söldnergewalt als profitable Industrie in einer Gesellschaft zu etablieren, in der die meisten Menschen mit sinkenden Zukunftsaussichten konfrontiert sind.

Der Vorhang geht auf

Die erste Trump-Regierung begann damit, dass Tausende von Demonstrant*innen in Washington, D.C. auf die Straße gingen und damit den Grundstein für vier Jahre heftigen Widerstands legten, der schließlich zum Rücktritt Trumps führte. Die zweite Trump-Regierung begann mit einer Demonstration der Proud Boys durch die Straßen von DC, wo am 20. Januar 2017 der anarchistische Black Bloc demonstriert hatte. Es war die erste Demonstration der Proud Boys in der Hauptstadt seit dem gescheiterten Putschversuch vom 6. Januar 2021, für den Trump gerade eine Generalamnestie erlassen hatte.

Wo waren die Anarchist*innen und anderen Demonstrant*innen am 20. Januar 2025? Zu Beginn von Trumps

zweiter Amtszeit waren viele Menschen gelähmt von der Vorstellung, dass jeglicher Widerstand ihm nur in die Hände spielen würde. Im Vorfeld der zahmen Proteste, die die Gruppe 50501 für den 5. Februar organisiert hatte, spekulierten einige panische Liberale, dass es sich um eine Falle handele, um das Kriegsrecht zu verhängen:

> »Projekt 2025 enthält konkrete Pläne, Demonstrationen als Vorwand zu nutzen, um das Militär zur Durchsetzung der inneren Sicherheit einzusetzen, bis hin zum Einsatz tödlicher Gewalt.«

Heute vergisst mensch leicht, wie viele Radikale einer Version dieser Erzählung Glauben schenkten. Trump und seine Anhänger*innen schienen eine unaufhaltsame Kraft zu sein, wie aus einem Albtraum. Hatten wir nicht schon vier Jahre lang alles riskiert, um sie zu besiegen, nur um zu sehen, wie sie noch stärker aus der Asche auferstanden? Als sie den Staatsapparat übernahmen, während alle anderen politischen Fraktionen in Unordnung waren, war der Terror, den sie auslösten, ihr wichtigstes Kapital. *Faschismus hängt von der Steuerung von Wahrnehmungen ab.*



Die Proud Boys und andere Faschisten kehrten am 20. Januar 2025 auf die Straßen von Washington, D.C. zurück.

Keine Zugeständnisse mehr

> Staatsvereinnahmung ist eine Art systematischer Korruption, bei der kleine Interessengruppen die Kontrolle über die Institutionen und Prozesse, durch die öffentliche Politik gemacht wird, übernehmen und diese Politik so gestalten, dass sie nicht dem öffentlichen Interesse sondern stattdessen ihren eigenen Interessen dient. [Joel S.] Hellman et al. haben das Konzept in den 1990er Jahren eingeführt, um Verhaltensmuster zu beschreiben, die während des ersten Jahrzehnts des Übergangs in Teilen der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas beobachtet wurden... Die »Staatseroberer« waren Geschäftsleute, die bald als »Oligarchen« bekannt wurden und sich durch direkte Schmiergeldzahlungen oder Versprechungen von Gefälligkeiten Einfluss auf die Politikgestaltung verschafften, indem sie ihre persönlichen Verbindungen zu Personen und Parteien mit politischer Macht nutzten. Diese Darstellung der Wirtschaft als »Eroberung« der Politik hat wahrscheinlich immer die Trennung zwischen den beiden Bereichen überbewertet.
>
> – Elizabeth Dávid-Barrett,
> *State Capture and Development: A Conceptual Framework*

Elon Musk und seine Leute haben sofort angefangen, alle Teile der Regierung abzubauen, die ihnen nicht dabei halfen, Reichtum anzuhäufen oder die Bürger*innen unter Kontrolle zu halten. Die Kürzungen, die sie gemacht haben, haben schon zu Hunderttausenden von Todesfällen geführt, ohne dass der Bundeshaushalt wirklich kleiner geworden wäre. »Effizienz der Regierung« war nicht das Thema: Sie wollten zeigen, dass eine neue Ära angebrochen war, in der der Staat neue Werte vertreten würde.

Als Anarchist*innen können wir nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass es unmöglich gewesen wäre, all diese Programme innerhalb weniger Monate abzubauen, wenn sie durch autonome Basisprojekte aufrechterhalten worden wären. Wenn

wir einen längeren Zeitraum betrachten, können wir »State Capture« sowohl als den Prozess verstehen, durch den die Institutionen des Staates Basisinitiativen verdrängen und die Öffentlichkeit zunehmend vom Staat abhängig machen, als auch als die zweite Phase des Prozesses, in der Oligarchen die Kontrolle über den Staat erlangen, die keinen Nutzen darin sehen, sicherzustellen, dass er als neutraler Schiedsrichter wahrgenommen wird oder eine allgemein nützliche Rolle spielt.

Es ist aber wichtig, sich daran zu erinnern, dass die staatlichen Akteure, die diese Initiativen ursprünglich in den Staat integriert haben – nicht nur Hilfsprogramme und soziale Sicherheit, sondern auch die repräsentative Demokratie selbst –, diese selbst als repressive Zugeständnisse verstanden, die notwendig waren, um soziale Unruhen zu unterdrücken. Musk und seine Kollegen setzen darauf, dass die Technologien der Unterdrückung – oder auch Apathie und Verzweiflung – so weit fortgeschritten sind, dass diese Zugeständnisse nicht mehr nötig sind.

Sie setzen darauf, dass harte Macht mehr wert ist als weiche Macht. Es ist ihnen lieber, dass die Menschen in Angst vor einem willkürlichen Militärschlag leben, als dass sie die Außenpolitik der USA unterstützen. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Trump geht davon aus, dass die Vorteile, die er durch die Begnadigung von Juan Orlando Hernández, dem korrupten ehemaligen Präsidenten von Honduras, der Millionen von Dollar damit verdient hat, die Vereinigten Staaten mit Kokain zu überschwemmen, mehr wert sind als die Glaubwürdigkeit, die er dadurch inmitten einer offensichtlichen Militärkampagne gegen den Drogenhandel aufgibt.

Indem sie dreist alle Elemente der Regierung zerstören, die ihre wahrgenommene Legitimität in den Augen eines großen Teils der Öffentlichkeit bewahren könnten, gehen sie ein Risiko ein, das vielleicht größer ist, als ihnen bewusst ist.

Weniger Brot, mehr Spiele

Der Dichter Juvenal schrieb, dass die Bevölkerung im alten Rom mit Brot und Spielen bestochen wurde, um das Ende der Demokratie und die Errichtung der Diktatur, bekannt als das Römische Reich, zu akzeptieren. Das bewährte Rezept, um die Menschen an die Autokratie zu gewöhnen, besteht darin, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig ihre Aufmerksamkeit auf Aktivitäten zu lenken, die die Selbstbestimmung ersetzen.

Donald Trump versucht etwas Ungewöhnlicheres: Er will die Zerstörung der letzten Überreste des sozialen Sicherheitsnetzes und die Verarmung eines Großteils der verbliebenen Mittelschicht vorantreiben, während er seine Unterstützerbasis allein mit Unterhaltung kauft. Seine Regierung hat die Wirtschaft nicht gestärkt, sondern weiter destabilisiert, als wolle sie die Menschen absichtlich prekärer, verzweifelter und ausbeutbarer machen. Als Gegenleistung dafür sollen wir uns damit zufrieden geben, die gewalttätige Reality-TV-Gameshow seiner Präsidentschaft zu verfolgen. **Weniger Brot, mehr Spiele.**

Was auch immer rechtsextreme Propagandamedien behaupten mögen, Zölle und das harte Vorgehen gegen Einwanderer*innen werden die wirtschaftlichen Aussichten der weißen US-Bürger*innen nicht verbessern. Bisher wurde die verarmte US-Arbeiterklasse nur durch billige Konsumgüter besänftigt, die von unterbezahlten Arbeiter*innen in Übersee hergestellt wurden; eine Verlagerung dieser Produktionsstätten in die USA wäre nur möglich, wenn verzweifelte amerikanische Arbeiter*innen gezwungen würden, für noch niedrigere Löhne als heute zu arbeiten. Ebenso würde die Abschiebung derjenigen, die gezwungen sind, die am schlechtesten bezahlten Jobs auf dem Markt anzunehmen, nur dazu führen, dass Waren und Dienstleistungen für alle anderen teurer werden.

Der wahre Grund für die Zölle und Abschiebungen ist, dass sie Mechanismen der Autokratie sind: Sie bieten Mög-

lichkeiten, den Einfluss zu maximieren, den Donald Trump vom Oval Office aus auf Regierungen, Unternehmen und die ›einfachen Leute‹ ausüben kann. Die Zölle ermöglichen es ihm, zu seinem eigenen Vorteil Gegenseitigkeitsabkommen mit Regierungen und Unternehmen auszuhandeln, die Abschiebungen dienen dazu, eine loyale paramilitärische Truppe aufzubauen, deren Aufgabe es ist, jeden anzugreifen, den er als inneren Feind betrachtet. Trump hat kartellrechtliche Mechanismen auf die gleiche Weise genutzt, zusammen mit dem sogenannten Justizministerium und Gerichtsprozessen im Allgemeinen. Ebenso wird die Kürzung von Mitteln für das Gesundheitswesen und die Bildung die Vereinigten Staaten als politische oder wirtschaftliche Macht nicht stärken; sie dient ausschließlich dazu, mehr Macht in Trumps Händen zu konzentrieren, während die einfachen Leute mit den Herausforderungen des bloßen Überlebens beschäftigt sind.

Vor allem geht es darum, die Bevölkerung an Leiden zu gewöhnen – sowohl an das Leiden anderer als auch an ihr eigenes. Das ist der Sinn der extralegalen Ermordungen in der Karibik und im östlichen Pazifik, der grundlos brutalen Verhaftungen von Mahmoud Khalil und anderen Green-Card-Inhabern sowie von Trumps Bemühungen, das Rechtssystem als Waffe einzusetzen. Das erklärt, warum sie ihre schlimmsten Gräueltaten nicht heimlich, sondern als Medien-Stunts begehen.

Auch hier sollten wir das nicht einfach als die Dreistigkeit einiger weniger böswilliger Personen sehen, sondern als Reaktion auf strukturelle Faktoren verstehen. Frühere Generationen von Autokraten achteten darauf, die Ressourcen auf die Brot-Seite der Formel Brot und Spiele zu konzentrieren. Wenn die heutigen Autokraten das nicht tun, dann nicht, weil sie leichtsinnig sind, sondern weil sie durch die aktuellen Bedingungen eingeschränkt sind. Wir sollten die daraus resultierenden Bruchlinien und Schwachstellen suchen.

Runde eins

Zu Beginn der zweiten Trump-Ära sind die mächtigen Basisbewegungen, die 2020 aufeinandergeprallt waren, auf beiden Seiten unterdrückt worden. Die staatliche Repression hat dabei wahrscheinlich eine Rolle gespielt – die Reaktion auf den Putschversuch vom 6. Januar 2021, die gerichtliche Verfolgung der Stop-Cop-City-Bewegung –, aber trotzdem ist das Abflauen dieser Bewegungen eines der Rätsel unserer Zeit. War die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten einfach zu digitalen Zuschauer*innen und zur Isolation verdammt?

Viele Leute dachten, dass Trumps Begnadigungen die Proud Boys und die rechten Milizen wieder voll zurückbringen würden. Vielleicht haben viele, die sich ihnen angeschlossen hätten, stattdessen versucht, sich der ICE anzuschließen, oder darauf gewartet, dass die staatlichen Institutionen Trumps Versprechen umsetzen. Aber was ist aus den Millionen geworden, die an den George-Floyd-Unruhen teilgenommen hatten?

Die ersten heftigen Proteste mit Autobahnblockaden und Streiks der Student*innen gab's Anfang Februar in Los Angeles. Die ersten Demos bei Tesla-Händlern folgten später im selben Monat. Im Frühling waren ältere Liberale aus der Mittelschicht wohl die Gruppe, die am meisten bei den Demonstrationen dabei war. Das zeigt, wie sehr Trumps Rückkehr an die Macht durch weit verbreitete Enttäuschung und Unzufriedenheit begünstigt wurde. Praktisch alle anderen Teile der Gesellschaft waren schon zynisch geworden. Die wohlhabenden Liberalen waren die einzigen, die noch was zu verlieren hatten – nämlich die Vorstellung, dass sie in einer Demokratie lebten.[6]

So zahm die Teilnehmenden auch waren, die Tesla-Demonstrationen hatten Wirkung. Wöchentliche Demonstrati-

6 Der Refrain der Demokraten: »Nehmt mir alles, aber lasst mir die Vorstellung, dass ich diesen Zustand aus freiem Willen gewählt habe!«

onen vor Tesla-Verkaufsstellen im ganzen Land, begleitet von Vandalismus und Brandstiftung, trugen zu einem stetigen Rückgang der überbewerteten Tesla-Aktie bei; am 10. März stürzte sie um 15% ab. Am nächsten Tag inszenierte Trump im Weißen Haus einen Tesla-Werbespot als Gegenleistung für weitere 100 Millionen Dollar von Musk. Die Tesla-Aktie erholte sich zwar wieder, aber der Stunt zeigte, dass die Demonstrationen wirkten. Möglicherweise hat er auch die Beziehung zwischen den beiden zusätzlich belastet.

Eines der ersten Anzeichen dafür, dass die Trump-Maschine nicht unaufhaltsam ist, kam am 1. April, als Elon Musks bevorzugter Kandidat für den Obersten Gerichtshof von Wisconsin die Wahl verlor, obwohl Musk über 25 Millionen Dollar in den Wahlkampf gesteckt hatte. Am nächsten Tag kündigte Trump seine Zölle an, ein ungeschickter Versuch, die US-Handelspolitik auf den Stand von 1930 zurückzudrehen – wahrscheinlich nicht das, was transnationale Kapitalisten wie Elon Musk im Sinn hatten, als sie ihn unterstützten. Die Anti-Tesla-Demonstrant*innen hatten nicht nachgelassen. Am 22. April sagte Musk den besorgten Tesla-Investor*innen, dass er seine Aufmerksamkeit von Washington, DC, abwenden werde.

Am 27. Mai, dem Tag, an dem es in San Diego zu einem der ersten öffentlich bekannt gewordenen Zusammenstöße zwischen Einwohner*innen und Beamten der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) kam, kritisierte Musk Trumps ›Big Beautiful Bill‹. Trump veranstaltete am 30. Mai eine Abschiedsfeier für Musk, dem letzten Tag, an dem die beiden noch den Anschein guter Beziehungen wahren konnten.

Am 3. Juni vertrieben Einwohner*innen von Minneapolis die ICE aus einem Stadtteil. Am nächsten Tag konfrontierten Menschen ICE-Beamte, als diese Razzien in Chicago und Grand Rapids durchführten.

Am 5. Juni wurde der Streit zwischen Elon Musk und Donald Trump öffentlich, als Musk verkündete, dass Trump in

den Epstein-Akten vorkomme, und vorschlug, Trump ein drittes Mal anzuklagen.

Zu Beginn der zweiten Amtszeit von Trump hatten einige spekuliert, dass Kapitalist*innen wie Elon Musk die wahren Machthaber*innen hinter den Kulissen seien und sich als mächtiger als Trump erweisen würden. Wenn wir uns jedoch das Beispiel Russlands ansehen, stellen wir fest, dass Wladimir Putin die Instrumente des Staates erfolgreich eingesetzt hat, um jeden Rivalen zu vernichten, egal wie reich er war. Bislang hat Musk eine weitaus schwächere Rolle gespielt als Trump. Solange der Staat die Bedingungen auf dem Markt bestimmt und das Gewaltmonopol behält, ist die Kontrolle über den Staat die Machtwährung, die alle anderen übertrumpft.

Gleich am nächsten Tag – Freitag, dem 6. Juni – reagierten die Menschen in Los Angeles auf eine Razzia der Einwanderungsbehörde, was zu tagelangen heftigen Unruhen führte. Trump schickte die Nationalgarde nach LA und bestätigte damit die Befürchtungen derjenigen, die behauptet hatten, dass gewalttätige Demonstrationen genau das seien, was er wolle. Die Demonstrationen ebbten jedoch nicht ab, als die Nationalgarde in Los Angeles eintraf. Im Gegenteil, sie gingen weiter und inspirierten Solidaritätsdemonstrationen im ganzen Land, die erste Welle konfrontativer Demonstrationen seit Trumps Amtsantritt.

Die ›No Kings‹-Demonstrationen waren für den 14. Juni geplant, den Tag, an dem Trump zu seinem Geburtstag eine Militärparade in Washington, D.C. organisiert hatte. Angesichts der Nationalgarde auf den Straßen befürchteten einige, dass dieser Tag den Beginn einer Militärherrschaft einläuten würde.

Der 14. Juni begann damit, dass ein Trump-Anhänger in Minnesota mehrere Politiker*innen der Demokratischen Partei erschoss. Trotzdem nahmen über fünf Millionen Menschen an Demonstrationen an Tausenden verschiedenen Orten teil.



Demonstrant*innen in Los Angeles, Juni 2025.

Wie schon im August 2014 und Mai 2020 *gingen* militante Auseinandersetzungen den Massen-Demonstrationen *voraus*: Anstatt die Menschen abzuschrecken, lockten sie noch mehr Menschen an, machten die Dringlichkeit der Situation deutlich und entzogen Trump die Kontrolle über die Berichterstattung in den Medien. Im Gegensatz dazu nahmen nur wenige Tausend Zuschauer an Trumps Militärparade teil.

In der Geschichte der zweiten Trump-Regierung endet das erste Kapitel mit den Demonstrationen vom 14. Juni. Bis zu diesem Tag war nicht klar, wie groß die Unterstützung der Bevölkerung für den Widerstand war, wie wenig Begeisterung für Trumps Wunsch, das Militär gegen die Bevölkerung einzusetzen, herrschte und was passieren würde, wenn die Menschen auf die Straße gingen.

Runde zwei: Reichstagsbrände

Natürlich hat die ICE Los Angeles nicht verlassen. Es folgte ein langwieriger Zermürbungskrieg, in dem die ICE-Söld-

ner Taktiken wiederverwendeten, die zuvor von Neonazis bei Straßendemonstrationen eingesetzt worden waren. Gleichzeitig entwickelten lokale Organisator*innen einen Plan, um ihre Bewegungen zu verfolgen, sie aus Hotels zu vertreiben und schnelle Reaktionsnetzwerke aufzubauen, um ihnen Widerstand entgegen zu bringen.

Am 4. Juli kam es während einer Demonstration vor dem Prairieland Detention Center südlich von Fort Worth, Texas, zu einer Schießerei. Die Polizei nahm schließlich 18 Personen fest und klagte sie wegen einer Reihe von Straftaten an, darunter »Transport von Antifa-Materialien«. Die Trump-Regierung lobte dies als ersten Rechtsfall gegen »die Antifa« und wollte damit einen Präzedenzfall für die Kriminalisierung von Demonstrationen im Allgemeinen schaffen. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

Anfang August meinte ein Teenager, der mit Elon Musk zusammengearbeitet hatte, um die US-Agentur für internationale Entwicklung aufzulösen, er sei in der Innenstadt von Washington, DC, angegriffen worden. Musk hatte ihn ursprünglich für Neuralink eingestellt; kaum hatte er die Highschool abgeschlossen, hatte dieser Junge im August bereits im Außenministerium, im Ministerium für Innere Sicherheit, in der Behörde für Cybersicherheit und Infrastruktursicherheit, in der Bundesbehörde für Katastrophenschutz, in der Behörde für Transportsicherheit und in der Sozialversicherungsbehörde gearbeitet. Dieser Lebenslauf sagt viel darüber aus, welche Fachkenntnisse – und welche Sicherheit – in den Bundesbehörden unter Donald Trump zu finden sind.

Trump nutzte diese Gelegenheit, um die Nationalgarde nach Washington, DC, zu entsenden. Doch die Anwesenheit der Nationalgardisten in DC unterdrückte die Äußerungen von Dissens nicht. Wenn überhaupt, hatte sie eine entmystifizierende Wirkung und zeigte, dass der Einsatz des Militärs auf den Straßen nicht dazu dienen konnte, die Kontrolle zu



ICE-Söldner wiederholen Taktiken, die sie zuvor bei Straßenprotesten von Neonazis angewendet hatten.

festigen, während sie die Grand Juries dazu veranlasste, sich offen den Staatsanwälten zu widersetzen.

Am 10. September wurde der rassistische Propagandist Charlie Kirk erschossen, als er an einer Universität in Utah für Trumps Agenda warb. Obwohl der junge Mann, der Kirk getötet hatte, selbst in einer konservativen Familie aufgewach-

sen war, nutzten Trump und seine Anhänger die Gelegenheit, um ein hartes Vorgehen gegen ›die Linke‹ zu fordern, wobei ein Trump-Anhänger ohne Ironie erklärte, die Erschießung von Charlie Kirk sei »der amerikanische Reichstagsbrand«. Zum ersten Mal seit Trumps Amtsantritt hielten faschistische Basisgruppen im ganzen Land öffentliche Demos ab.[7]

Die Zentrist*innen deckten Trump und seine Anhänger, indem sie sich dem Chor der Republikaner anschlossen, die Kirks Tod als eine bedeutendere Tragödie behandelten als die Zehntausenden von Todesfällen, die jedes Jahr durch Waffengewalt in den USA verursacht werden, darunter auch die drei Monate zuvor ermordeten demokratischen Politiker*innen. Ob sie nun aus Angst oder echter Sorge um Menschenleben motiviert waren – was angesichts ihres Schweigens zum Völkermord in Gaza zweifelhaft ist –, die Folge war, dass sie der Trump-Regierung und ihren Anhängern freie Hand ließen.

Trump und seine Handlanger eilen so schnell sie können in den Faschismus. Sie haben die Szenen bereits im Voraus geschrieben. Es gibt keine ›Ausrede‹ für ihr hartes Durchgreifen – sie sind entschlossen, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, egal wie weit hergeholt sie auch sein mag. Die wichtige Frage ist, ob andere ihnen dies ermöglichen werden. Der Reichstagsbrand im Februar 1933 ermöglichte es den Nazis nur deshalb, ihre Macht in Deutschland zu festigen, weil andere politische Fraktionen darauf mit der Gewährung von Notstandsbefugnissen für die Nazis reagierten. Der Weg, die Folgen eines Reichstagsbrand zu verhindern, besteht nicht darin, diejenigen zu kontrollieren, die auf die Gewalt des Staates reagieren, sondern darin, faschis-

7 Im August fragte ein Journalist: »Wo sind die Proud Boys geblieben?« Charlie Kirks Organisation ›Turning Point‹ wollte die Gelegenheit nutzen, um landesweit Ortsgruppen zu gründen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es ihnen gelingen wird, die Basis der extremen Rechten zu erweitern, die nicht mehr den Vorteil hat, sich als Gegner des Establishments zu präsentieren.



Charlie Kirk, meet Horst Wessel.

tische Initiativen oder Narrative unter keinen Umständen zu legitimieren. Alles andere ist schlicht und einfach Mittäterschaft.

Am 17. September verkündete Trump, dass er »die Antifa« als »bedeutende terroristische Organisation« einstufen würde. Zufrieden mit dem Fortschritt der ersten Phase ihres Programms – »Zuerst holten sie die Geflüchteten« – ging die Trump-Regierung zur nächsten Stufe über: »Dann holten sie die Antifaschist*innen«. Eine Regierung verkündet nicht, dass sie sich dem Faschismus verschrieben hat; sie erklärt Antifaschist*innen einfach zu Staatsfeind*innen.

Am 21. September drängten sich fast 100.000 Menschen in einem Stadion in Arizona zu einer Trump-Kundgebung, die als Gedenkfeier für Charlie Kirk angekündigt war. Stephen Millers Rede erinnerte an den Nazi-Propagandisten Joseph Goebbels. Trump und Musk wurden zum ersten Mal seit Mai wieder zusammen gesehen. Indem sie sich als Opfer präsentierten, konnten Trump und seine Anhänger*innen nach den Rückschlägen im Juni wieder an Schwung gewin-



»Wir werden von innen heraus angegriffen«, erklärte Trump am 30. September vor versammelten Führungskräften des US-Militärs. »Das ist nichts anderes als ein ausländischer Feind.«

nen. Faschisten müssen sowohl als Übermenschen als auch als Underdogs auftreten; dieser treibende Widerspruch ist der Kern ihres Vorhabens.

Die Nationalgarde war immer noch in den Straßen von Los Angeles und Washington, DC, unterwegs. Trump hatte angekündigt, die Nationalgarde auch in Chicago, wo eine große ICE-Operation lief, und in Portland, Oregon, einzusetzen. Am 30. September hat er US-Militärs aus der ganzen Welt zusammengerufen, um ihnen zu sagen, dass sie amerikanische Städte als »Übungsplätze« nutzen sollen.

Am 8. Oktober lud Trump eine Gruppe von rechtsextremen Betrügern ein, deren Geschäft darin besteht, Angst und Lügen über Antifaschist*innen zu verbreiten. Einer der Gäste, Jack Posobiec, sagte vor Trump und seinen Kumpels, dass »die Antifa« aus der Weimarer Republik kommt – damit machte er klar, dass die Regierung alle, die sich gegen Adolf Hitler gewehrt haben, als Feind*innen sieht.

Es ist echt beängstigend, gegen den Faschismus zu sein. Hunderte von Leuten haben ihren Job verloren, weil sie nicht so auf Charlie Kirks Tod reagiert haben, wie es ihren Chefs gefallen hätte; die Organisation ›Turning Point‹ hat einen Professor nach dem anderen ins Visier genommen, um sie zu suspendieren. Mark Bray, der Autor von *Antifa: The Anti-Fascist Handbook*, ist aus dem Land geflohen. Die antifaschistische Medienplattform *It's Going Down* wurde geschlossen.

In einer solchen Situation ist es naheliegend, sich aus proaktiven Bemühungen zurückzuziehen, um sich auf die Vorbereitung auf Repressionen zu konzentrieren – aber damit überlässt man den Behörden die Initiative und ermöglicht ihnen, weiter an Dynamik zu gewinnen.

Die Trump-Regierung bereitete die nächste Phase ihres Angriffs vor. Wie weit würde sie gehen und wie schnell?

Die Gezeitenwende

Vor der Wiederaufnahme der No-Kings-Demonstrationen am 18. Oktober bezeichneten Trump und seine Untergebenen die Demonstrant*innen als »Hamas-Anhänger«, »Antifa« und »bezahlte Demonstrant*innen«, die den »terroristischen Flügel« der Demokratischen Partei repräsentierten, eine »kleine, aber sehr gewalttätige und lautstarke Gruppe«. Dies schreckte offenbar niemanden von der Teilnahme ab. Die Teilnehmer*innenzahlen der Oktober-Proteste mit fast sieben Millionen Menschen lagen deutlich über den Erwartungen und deutlich über denen vom Juni. Obwohl die Demonstrationen selbst meist von lokalen Demokrat*innen kontrollierte, eher zurückhaltende Veranstaltungen waren, zogen sie ein breites Spektrum von Menschen an, von denen einige begierig waren, sich an konkreteren Protestaktionen zu beteiligen, insbesondere an Orten, an denen die ICE aktiv war.

Trumps Einsatz der Nationalgarde stieß auf rechtliche Hindernisse. Er sagte den angedrohten Truppeneinsatz in San Francisco in letzter Minute ab. Der Widerstand gegen die ICE-Operationen hielt in Chicago und anderen Orten des Landes an und förderte neue Basisnetzwerke und -taktiken.

Die Wahlergebnisse vom 4. November zeigten, dass die Republikanische Partei weit davon entfernt war, einen Konsens zugunsten ihrer Herrschaft zu erzielen, sondern vielmehr an Unterstützung verlor. Die heiße Kartoffel hatte erneut den Besitzer gewechselt: Wähler*innen, die aus Protest gegen Biden gestimmt hatten, machten nun Trump für die Wirtschaftslage verantwortlich. Mit der Wahl von Zohran Mamdani zum Bürgermeister von New York City wiesen die Wähler*innen die gemäßigten Demokraten zurück, die erneut argumentiert hatten, Trumps Sieg sei ein Zeichen dafür, dass die Politik der Demokraten noch weiter nach rechts rücken müsse. Mamdanis Sieg bescherte Trump außerdem einen weiteren Gegner, den er im Auge behalten musste, und lenkte seine Aufmerksamkeit von »der Antifa« auf andere Bedrohungen.

Nach den Wahlen wurden neue Spaltungen innerhalb der Republikanischen Partei sichtbar. Die sogenannte »Antisemitismus-Taskforce« der Heritage Foundation trat zurück, weil der Präsident der Stiftung den rechtsextremen Podcaster Tucker Carlson dafür verteidigt hatte, dass er einen bekennenden Antisemiten auf seiner Plattform zu Wort kommen ließ. Rechte zionistische Jüd*innen, die sich hier mit christlichen Nationalist*innen verbündet hatten, um die Palästinenser*innen zu vernichten, hatten wahrscheinlich schon vorher geahnt, dass zu dieser Koalition auch Leute gehörten, die die Jüd*innen ebenfalls vernichten wollten. Im November war jedoch klar, dass die jüdischen Zionist*innen nicht das Sagen hatten, und die Aussicht auf Wahlniederlagen schmälerte ihre Motivation, die Situation um der Machterhaltung willen weiter zu ertragen.

Marjorie Taylor Greene musste aus dem Kongress raus, nachdem sie sich mit Donald Trump darüber gestritten

hatte, dass er die Epstein-Akten nicht freigeben wollte. Sie meinte: »Ich will nicht wie eine ›misshandelte Ehefrau‹ sein, die einfach hofft, dass alles vorbei geht und besser wird.« Auch wenn ihr Rücktritt zeigt, dass es bei einigen Trump-Anhängern Unruhe gibt, macht er doch klar, dass Donald Trump immer noch die Macht über Leben und Tod von Republikanern hat. Um die Kontrolle über die US-Regierung zu festigen, wie sie Wladimir Putin, Viktor Orban und Recep Tayyip Erdoğan über Russland, Ungarn und die Türkei etabliert haben, muss Trump zeigen, dass er sogar seine treuesten Verbündeten opfern kann. Alle erfolgreichen Autokratien sind von solchen absurden Machtkämpfen und Positionskämpfen geprägt. Nicht umsonst spricht man von »kompetitivem Autoritarismus«.

In einem polarisierten politischen Klima ist es unwahrscheinlich, dass solche Spaltungen einen bedeutenden Teil von Trumps Basis gegen ihn aufbringen, aber sie zeigen, warum Trump jederzeit Stärke zeigen muss. Trumps Anhänger*innen haben sich für seinen Kult erniedrigt – sie haben Unwahrheiten bekräftigt, Gräueltaten entschuldigt und kognitive Dissonanzen ertragen. In dem Moment, in dem die Belohnungen dafür versiegen, wird es teuer werden.

Bitcoin hatte einen Höhenflug als Trump sein Amt antrat, noch bevor er seine versprochene Deregulierung der Kryptowährung umsetzte. Der Höchststand wurde unmittelbar vor der Veröffentlichung des Berichts des Weißen Hauses erreicht, der Angst vor »der Antifa« schürte. Im November stürzte er jedoch ab und verlor fast ein Drittel seines Wertes. Gleichzeitig gab es Gerüchte, dass die Investitionsblase im Bereich der künstlichen Intelligenz platzen und den Aktienmarkt zum Einsturz bringen könnte. Einige Republikaner befürchteten wahrscheinlich, dass Trumps Zölle und seine allgemeine Rücksichtslosigkeit zu einer Wirtschaftskrise beitragen könnten. Dies könnte ihre Bereitschaft gemindert haben, zu seinen unterwürfigsten Anhängern zu zählen.

Am 26. November wurden zwei Nationalgardisten in Washington, DC, von einem verärgerten afghanischen Kriegsveteranen erschossen. Trump versuchte erneut, dieses Ereignis zu nutzen, um seine Kampagne gegen Einwander*innen zu intensivieren, aber seine Reichstagsbrand-Strategie brachte schon weniger Erfolg. Es ist erwähnenswert, dass die Schießerei nicht passiert wäre, wenn Trump die Nationalgarde nicht erst nach DC geschickt hätte. *»Sie hat die Spinne verschluckt, um die Fliege zu fangen ... Ich weiß nicht, warum sie eine Fliege verschluckt hat.«*

Am 29. November versuchte die ICE, eine groß angelegte Operation in New York City durchzuführen, die jedoch durch den Widerstand der Bevölkerung komplett vereitelt wurde. Die Menschen umzingelten die ICE-Beamten, blockierten sie und eskortierten sie aus der Stadt. Anstatt die Bevölkerung zu unterwerfen, hatte Trumps hartes Vorgehen, Bundesbehörden zu einer politischen Waffe zu machen, die Menschen aufgebracht und sie aus ihrer Verzweiflung und Angst zu leidenschaftlichem kollektivem Handeln getrieben.

Der bevorstehende Kampf

Am 15. Dezember verbreitete sich die Nachricht, dass die Bundesbehörden als Reaktion auf die sinkenden Umfragewerte zu Razzien gegen Einwanderer*innen zu einer zurückhaltenderen Strategie übergehen würden. Am selben Tag gab Kash Patels FBI bekannt, fünf mutmaßliche Mitglieder einer »antikapitalistischen, regierungsfeindlichen Bewegung« festgenommen zu haben, von denen vier der Beteiligung an einer Verschwörung zur Herstellung von Bomben beschuldigt wurden. Die Strafanzeige weist die Merkmale eines klassischen ›Entrapment Falles‹ auf.

Ende 2025 stehen wir vor einer weiteren Wende. Wenn die Bundesbehörden noch nicht mit voller Kraft gegen ein anderes

Ziel als Einwanderer*innen vorgegangen sind, dann nur, weil die Menschen so hart dafür gekämpft haben, die ICE zu sabotieren. Das macht die wahre Bedeutung von Solidarität deutlich: Der beste Weg, uns selber zukünftig zu schützen, ist, uns heute gegenseitig zu schützen. Trump und seine Handlanger würden bereits außergerichtliche Tötungen in unseren Gemeinden durchführen, wenn sie könnten. Und das könnten sie noch tun.

Nachdem die Weichen für die Verfolgung von Antifaschist*innen gestellt sind, ist es fast unvermeidlich, dass die Bundesbehörden dies auch umsetzen werden. Jeder FBI-Agent, der seine Karriere vorantreiben will, hat jetzt einen Anreiz, einen Entrapment-Fall zu konstruieren, und wahrscheinlich stehen auch ehrgeizigere Angriffe bevor. Wenn es ihnen gelingt, die Leute zum Schweigen zu bringen, wenn die Fälschungen beim Fernsehpublikum gut ankommen und die öffentliche Meinung sich gegen den Widerstand der Bevölkerung wendet, wird das nicht nur das Trump-Regime ermutigen, sondern auch demokratische Politiker*innen, die ihre lästigen Rivalen gerne loswerden würden. Wir sollten auf die nächste Runde der Unterdrückung so reagieren, dass wir die Leute zusammenbringen, um neue Taktiken auszuprobieren, so wie die Leute als Reaktion auf die Razzien der Einwanderungsbehörde ICE schnelle Reaktionsnetzwerke gebildet haben.

Es ist nicht das erste Mal – nicht mal das erste Mal in diesem Jahrhundert –, dass Bundesbehörden Anarchist*innen zu ihrem wichtigsten Ziel im Inland erklärt haben. Das FBI hat das Gleiche im Mai 2005 gemacht. Innerhalb von sieben Monaten haben sie die »Operation Backfire« gestartet, einen der bekanntesten Fälle der Green Scare, neben der Strafverfolgung der SHAC 7. Wenn wir zwanzig Jahre zurückblicken, sehen wir, dass es für unsere Sicherheit genauso wichtig ist, unsere Bewegungen nicht unter Druck zerbrechen zu lassen, wie jede andere Praxis der Sicherheitskultur.

Wenn Trumps Unterstützung weiter bröckelt, könnte das ihn zwar daran hindern, seine Gegner*innen systematisch ins

Visier zu nehmen, aber es wird die von ihm ausgehende Gefahr nicht verringern. Wenn seine Lage prekärer wird, wird es mehr Reichstagsbrände und mehr Charlottesvilles geben. Wie Benjamin Netanjahu könnte er Kriege anzetteln – oder Schlimmeres –, um seinem Tag der Abrechnung zu entgehen.

Trotzdem ist der einzige Ausweg, durchzuhalten. Heute ist für alle klar, dass es keinen Weg in eine bessere Zukunft gibt, der nicht damit beginnt, die Fähigkeit aufzubauen, sich gegen die Gewalt des Staates zu wehren.

Die Wahlen

Da sie sich vor allem um ihre Jobs sorgen, haben die Politiker*innen der Demokratischen Partei versucht, die Aufmerksamkeit auf die Wahlen 2026 zu lenken, obwohl der Kongress selbst von der Exekutive und der Judikative weitgehend an den Rand gedrängt wurde. Die Wahlen 2026 könnten für Trumps zweite Amtszeit das sein, was die Mueller-Untersuchung für seine erste war: ein Spektakel, das die Menschen von der dringenden Aufgabe ablenkt, echte Macht aufzubauen. Unabhängig davon, wie die Menschen wählen, werden die Wahlen nur dann von Bedeutung sein, wenn sich das Machtgleichgewicht sowohl auf den Straßen als auch innerhalb des Staates zu Ungunsten von Trump verschiebt.

Im Jahr 2022 berichteten unsere Gefährt*innen in der Türkei von einer ähnlichen Dynamik unter dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan:

> »In den letzten zehn Jahren gab es immer wieder Wahlen, von denen die Leute hofften, dass sie Erdoğan den Todesstoß versetzen würden... Es gab nicht weniger als sechs solcher Wahlen, darunter ein Referendum sowie Präsidentschafts-, Parlaments- und Bürgermeisterwahlen. Einige davon wurden wiederholt, bis das ›richtige‹ Ergebnis erzielt wurde.«



Überprüfe deine Taktik, bevor es zu spät ist.

Donald Trump hat klar gemacht, dass er nicht freiwillig von der Macht zurücktreten wird. Am 23. Oktober sagte Steve Bannon, dass es einen Plan gebe, für eine dritte Amtszeit für Trump zu sorgen. Hätte es den Aufstand nach dem Tod von George Floyd nicht gegeben, hätte Trump vielleicht mehr Teile des Staates für seinen Putschversuch 2020 gewinnen können. Dieses Mal hat er alle Behörden, die ihn damals nicht unterstützt haben, mit seinen Leuten besetzt. Es ist möglich, dass er diese Amtszeit mit einer noch stärker gespaltenen Regierung als beim letzten Mal beendet – aber nur, wenn wir erheblichen Druck ausüben.

Wenn Trump nicht freiwillig die Macht abgibt, müssen wir unsere Proteststrategien entsprechend überdenken. Wir müssen die Fähigkeit entwickeln, Einfluss auf eine Weise auszuüben, der militarisierte Besatzer nicht so leicht entgegenwirken können. Die Demokraten, die argumentiert haben, dass Trumps Einsatz der Nationalgarde nicht notwendig sei, weil die Demonstrant*innen nicht gewalttätig genug seien, um dies zu rechtfertigen, denken in einer Weise, die nur Trump nützen kann. Ruhig und brav zu bleiben, wird nur den Weg für den Faschismus ebnen. Die Frage ist nicht, wie mensch die Massen unter Kontrolle hält, sondern wie mensch unkontrollierbar wird.

Selbst diejenigen, die nur Wahlsiege anstreben, müssen die Bedeutung von Unruhen an der Basis verstehen, wie wir 2020 gesehen haben:

> »In einem Kommentar nach dem anderen äußerten Zentrist*innen ihre Besorgnis, dass die Straßenkonfrontationen im Mai und Juni 2020 die Wahl zugunsten von Donald Trump entscheiden könnten. Tatsächlich stieg die Zahl der registrierten demokratischen Wähler im Juni 2020 um 50 %, während die Zahl der registrierten republikanischen Wähler in diesem Monat nur um 6 % zunahm. Diejenigen, die die Proteste als einen Faktor für ihre Wahlentscheidung im Jahr 2020 nannten, stimmten, mit einem Vorsprung von ganzen 7%, für Joe Biden.
> Mit anderen Worten: Die George-Floyd-Revolte hat dazu beigetragen, dass Biden gewählt wurde.
> Und denk dran: Die George-Floyd-Revolte begann nicht mit einer Wählerregistrierungskampagne. Sie begann mit dem Inbrandsetzen einer Polizeiwache. Laut einer Umfrage von Newsweek hielten 54% der Befragten dies für gerechtfertigt. Wäre das nicht geschehen, hätte die Bewegung es nicht geschafft, die Morde an George Floyd, Breonna Taylor und anderen in die öffentliche Debatte zu bringen, hätte es keinen Wahlgewinn für die Demokratische Partei gegeben. Es ist unmöglich, starke Bewegungen zu schaffen, ohne echte Maßnahmen gegen die Ursachen von Ungerechtigkeit zu ergreifen.«

Selbst wenn Trump durch Wahlen oder andere Mittel aus dem Amt gejagt wird, bleibt der Autoritarismus bestehen. Jetzt, wo das das vorherrschende Modell ist, sehen wir Politiker*innen aus dem ganzen politischen Spektrum, die sich bei den herrschenden Despoten einschmeicheln – nicht nur Eric Adams, sondern sogar Zohran Mamdani – oder sich ein Beispiel an ihnen nehmen, wie Gavin Newsom. Die Republikanische Partei wurde als privates Vehikel eines einzelnen Mannes neu erfunden; die Demokraten, die so hart daran gearbeitet haben, sich als scheinheilige Regelbefolger*innen zu profilieren, bemühen sich, ihren Rivalen nachzueifern.

Wenn Trump die Kontrolle verliert, wird es zu einem Machtkampf kommen, und der Gewinner könnte ein Autokrat wie er selbst sein – aus einer der beiden politischen Parteien. Dies ist ein weiterer Grund, warum wir, wenn wir echte soziale Veränderungen sehen wollen, Basisbewegungen aufbauen müssen, die nicht von der repräsentativen Politik abhängig sind und unabhängig davon, wer im Amt ist, effektiv handeln können.

Wir müssen allen klar machen, dass selbst die wohlmeinendsten Demokraten keine echte Alternative darstellen, egal wie sie ihre Wahlprogramme aktualisieren mögen. Die Biden-Regierung hat Millionen von Menschen dazu gebracht, für Trump zu stimmen, weil die Demokraten es versäumt haben, die Probleme anzugehen, die der Kapitalismus verursacht. Wenn es uns gelingt, Trump erneut aus dem Amt zu drängen, nur um diesen Kreislauf noch einmal zu wiederholen, wird die nächste Welle des Faschismus schrecklicher sein, als wir uns vorstellen können.

Die Bewegung gegen Trump muss tiefer gehen und über die Wahlpolitik hinausreichen. Wir müssen uns auf Praktiken konzentrieren, die die Macht in die Hände der einfachen Leute legen, und eine Strategie verfolgen, die die Parteipolitik sowie den Kapitalismus und die Gewalt, die ihn stützt, überflügelt und delegitimiert. Wir müssen die Mechanismen ab-

schaffen, die Milliardäre überhaupt erst hervorbringen. Wir haben in Minneapolis bereits einen kleinen Einblick bekommen, wie das aussehen könnte.

Das Problem ist viel größer als ein einzelner Politiker, eine Partei oder eine Regierung. Dieselben Kräfte, die Trump in den USA an die Macht gebracht haben, bringen ähnliche Leute in Argentinien, Chile und Europa an die Macht. Wir erleben gerade die letzten Zuckungen einer jahrhundertealten Gesellschaftsordnung, die uns zusammen mit sich selbst zu zerstören droht. Wir werden nur überleben, wenn wir die unmittelbaren Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, so lösen können, dass wir alle gemeinsam eine neue Lebensweise aufbauen können. Das ist das geheime Versprechen der Reaktionsnetzwerke.

Wie wir der Trump-Ära entkommen

Wie stürzt mensch einen Autokraten?
Identifiziere zunächst die Teile seiner Unterstützerbasis, die nicht dauerhaft an seiner Herrschaft festhalten,[8] deren Unterstützung jedoch unerlässlich ist, um ihn an der Macht zu halten. Analysiere ihre Interessen. Finde heraus, was für sie wichtiger ist als die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft. Denke über ihre Schwachstellen nach. Identifiziere dann eine Form der Aktivität, die diesen Teil der Anhänger*innen des Autokraten in eine Situation bringen könnte, in der sie es vorziehen würden, ihre Unterstützung zurückzuziehen.

Mach das – egal, was es kostet. Wiederhol das so oft wie nötig, bis genug Teile der Gesellschaft ihre Meinung ändern.

8 Gerade in Zeiten wutgetriebener sozialer Medien kann es verlockend sein, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die sich am stärksten für den Autokraten einsetzen, aber das ist ein Fehler. Es bringt wenig, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die lieber sterben würden, als ihren Anführer abgesetzt zu sehen.



So etwas Ähnliches passierte im Sommer 2020, als Trump Bundesbeamte in Portland konzentrierte, um seinen Anhänger*innen in der Kapitalistenklasse zu zeigen, dass er erfolgreich für Ordnung sorgen und den normalen Geschäftsbetrieb aufrechterhalten konnte. Im Grunde versuchte er, potenziellen Investor*innen eines Staatsstreichs einen *Proof of Concept* zu liefern. Weil er scheiterte, unterstützten die meisten großen Kapitalisten seinen Putschversuch von 2021 nicht. Das Verdienst dafür gebührt den Menschenmengen, die jeden Abend auf die Straße gingen und deren mutige Bemühungen nicht nur die Bundesbeamten besiegten, sondern auch Teile der herrschenden Klasse davon überzeugten, dass Trumps Bemühungen, an der Macht zu bleiben, sie nur gefährden würden.

Die Anti-Tesla-Demonstrant*innen im Frühjahr 2025 zeigten, wie effektiv diese Strategie war. Angesichts einer vereinten Front aus faschistischen Demagog*innen, christlichen Nationalist*innen und Tech-Milliardären übten die Demonstrant*innen Druck auf Tesla-Händler aus und erzielten innerhalb von drei Monaten erstaunliche Ergebnisse. Zufällig oder nicht, kam es kurz vor dem Aufstand im Juni 2025 in Los Angeles zum

Bruch der Allianz zwischen Donald Trump und Elon Musk – einem der mächtigsten Mitglieder von Trumps Koalition –, was Trump in einer entscheidenden Phase ablenkte.

Wenn wir nicht für den Rest unseres Lebens unter der autokratischen Herrschaft von Donald Trump oder seinen Nachfolgern leben wollen, müssen wir mit direkten Aktionen seine Unterstützerbasis aufbrechen und diejenigen, die bisher passiv geblieben sind, dazu bringen, sich gegen ihn zu stellen.

Und dann müssen wir das Problem an der Wurzel packen.

Chancen

Angesichts der Zerrüttung der alten Institutionen und des historischen Tiefstands des Vertrauens in Politiker*innen wäre dies eigentlich ein günstiger Zeitpunkt für eine mächtige Befreiungsbewegung – wenn es eine solche Bewegung nur gäbe. Das Hauptproblem ist nicht die Stärke unserer Feinde, sondern unsere eigene Schwäche.

Unzählige Menschen, die von Trumps Politik betroffen sind, erleben täglich eine emotionale Realität der *Wut, die durch Terror gezügelt wird*, in der die Angst vor staatlicher Gewalt in einem Tempo zunimmt, das kaum mit ihrer Angst vor der Zukunft Schritt halten kann. Sollten Risse in Trumps Kontrolle auftreten – zum Beispiel, wenn eine Bewegung entsteht, die seine Kräfte konsequent ausmanövrieren kann –, könnte dies eine enorme Menge an aufgestauter Energie freisetzen. Wer auch immer die Menschen auf dieser Grundlage zusammenbringen kann, wird einen Weg eröffnen, den Millionen Menschen eilig beschreiten werden.

Es wird keine Rückkehr zu Bidens Amerika geben. Die Zerstörung, die Elon Musk und Donald Trump angerichtet haben, kann nicht rückgängig gemacht werden. Aber sie haben Millionen von Menschen gezeigt, wie dringend echte Veränderungen nötig sind. In den Trümmern, die sie hinterlassen

haben, sollte es leicht sein, zu argumentieren, dass unsere Institutionen der Pflege und Fürsorge niemals der Gnade einiger weniger Narzissten ausgeliefert sein dürfen. Jede*r sollte erkennen können, dass das Rechtssystem die ganze Zeit nur wenige Ernennungen von der Tyrannei entfernt war, dass das gesamte politische System immer darauf ausgerichtet war, die meisten Menschen von ihrer eigenen Handlungsfähigkeit fernzuhalten.

Zumindest sind die Grenzen jetzt klar gezogen. Die extreme Rechte kann nicht mehr so tun, als würde sie sich gegen die Milliardäre stellen, die sie finanzieren; die Milliardäre können nicht mehr so tun, als würden sie Wohlstand für alle schaffen; die Zionist*innen, die sich mit der Heritage Foundation verbündet haben, können nicht mehr so tun, als würden sie Widerstand gegen den Faschismus leisten. Wer kann noch so tun, als würde Silicon Valley unsere sozialen Bindungen vertiefen, als würde künstliche Intelligenz uns kreativer machen, als würde Kryptowährung uns bereichern? Diejenigen, die 2020 Ausreden für die ICE und die Polizei gesucht haben, müssen sie jetzt als das sehen, was sie sind: eine Reservearmee, die darauf wartet, jedem Despoten zu dienen – genauso wie sie erkennen müssen, dass Grenzen keine Linien zwischen Gemeinschaften sind, sondern offene Wunden innerhalb dieser Gemeinschaften.

Während wir uns auf das Schlimmste vorbereiten, sollten wir auch proaktiv daran arbeiten, ein Best-Case-Szenario zu erreichen. So beängstigend diese Situation auch ist, wenn wir sie überstehen, werden wir in einer anderen Welt ankommen. Lasst uns jetzt, mitten im Kampf, herausfinden, was nötig ist, um dorthin zu gelangen, unsere Vorschläge bekannt machen und gemeinsam mit ihrer Umsetzung beginnen.

> Du gegen die Milliardäre. Sie verfügen über den ganzen Reichtum und die Macht des größten Imperiums in der Menschheitsgeschichte. Alles, was du hast, ist dein eigener

Einfallsreichtum, die Solidarität deiner Gefährt*innen und die Verzweiflung von Millionen wie dir. Die Milliardäre haben Erfolg, indem sie die Macht auf Kosten aller anderen in ihren eigenen Händen konzentrieren. Damit du Erfolg hast, musst du Wege aufzeigen, wie jede*r mächtiger werden kann. In diesem Wettbewerb stehen sich zwei Prinzipien gegenüber: auf der einen Seite die individuelle Verherrlichung auf Kosten aller Lebewesen, auf der anderen Seite das Potenzial des Einzelnen, die Selbstbestimmung aller Menschen und aller Lebewesen zu erhöhen.

Der Milliardär und die Anarchist*innen

erstveröffentlicht am 16.12.2025

Weitere Bücher bei immergrün:



2015 kamen Debatten in antifaschistischen Zusammenhängen auf, wie und mit wem der drohende Faschismus aufzuhalten sei. In zahlreichen Zeitschriften finden sich seitdem Veröffentlichungen zum Stand antifaschistischer Bewegung. Mit dieser Auswahl sollen die aktuellen Antifa-Debatten dokumentiert und damit eine Grundlage geschaffen werden, diese in die Praxis zu übersetzen und weiterzuentwickeln.

bis alle frei sind
Antifa-Debatten zu Staat, Patriarchat und drohendem Faschismus
2015–2025

978-3-910281-19-6



Die Proteste, die in den letzten fünf Jahren Indonesien erschütterten, flammten im August 2025 neu auf. Als am 28. August Affan Kurniawan von der Polizei ermordet wurde, weitete sich der Protest zu Aufständen aus. Um einen Eindruck von den tieferliegenden Problemen zu bekommen, haben wir in diesem Buch anarchistische Stimmen aus den Aufständen versammelt.

Indonesien: Anarchistische Stimmen aus den Aufständen

978-3-910281-26-4